

VOLLER ENERGIE FÜR NIEDERSACHSEN

Anträge

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER SPD NIEDERSACHSEN

24. JUNI 2023 | AURICH



VORSCHLAG DER ANTRAGSKOMMISSION ZUM VERFAHREN DER ANTRAGSBERATUNG

Ordentlicher Landesparteitag am 24. Juni 2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

um alle vorliegenden Anträge bearbeiten und gleichzeitig unseren Parteitag zügig durchführen zu können, schlägt Euch die Antragskommission folgendes Verfahren vor:

- Die Antragsberatung beginnt mit dem Leitantrag und ggf. den Änderungsanträgen dazu.
- Danach wird die Beratung der Anträge in der Kapitelreihenfolge (Satzungsänderung, Arbeit & Wirtschaft, Bauen & Wohnen, Bildungspolitik, Gleichstellungspolitik, Innenpolitik, Partei, Soziales & Gesundheit, Umweltpolitik und Verkehrspolitik) des Antragsbuches fortgesetzt.
- Wir bitten euch, rechtzeitig **vor Beginn** der Beratung eines jeden Antragblocks die entsprechenden Wortmeldungen/Änderungsanträge einzureichen. Wortmeldekarten liegen auf den Tischen aus und sollen bitte hierfür genutzt werden.
- Auf ihnen ist zu vermerken, zu welchem Kapitel und welcher Antragsnummer gesprochen und/oder ein Änderungsantrag eingereicht wird.
- Das Präsidium ruft zu Beginn der Beratung der Anträge eines jeden Kapitels zunächst die Anträge auf, zu denen Wortmeldungen/Änderungsanträge vorliegen.
- Diese Anträge werden als erstes beraten und zur Abstimmung gestellt.
- Anschließend ruft das Präsidium alle Anträge des jeweils behandelten Kapitels auf, zu denen keine Wortmeldungen/Änderungsanträge vorliegen und lässt den Parteitag en bloc über das Votum der Antragskommission abstimmen.

**Herzlichen Dank für Euer Verständnis &
Eure solidarische Mithilfe!**

ANTRAGSKOMMISSION ZUM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG 2023

**Die Antragskommission zum ordentlichen Landespartei-
tag 2023 in Aurich besteht aus:**

Recht	Gliederung	Name	Vorname
Stimmrecht	Landesvorstand	Tonne	Grant Hendrik
Stimmrecht	Bezirk BS	Schneider	Julius
Stimmrecht	Bezirk HA	van der Zanden	Lisa
Stimmrecht	Bezirk NN	Liebetruth	Dörte
Stimmrecht	Bezirk WE	Güldner	Thore
beratend	Programmbüro	Borowsky	Andre
beratend	LT-Fraktion	Drebold	Lars
beratend	60plus	Klausmeyer	Barbara
beratend	AfA	Szorec	Gregor
beratend	AfB	Liebetruth	Jutta
beratend	ASF	Brößling	Katja
beratend	ASG	Hammerschmidt	Andreas
beratend	ASJ	Nicholls	Robert
beratend	Jusos	Krasniq	Besian
beratend	SelbstAktiv	Finke	Karl
beratend	SGK	Hunter-Rossmann	Hannelore

1	Inhalt	
2	Leitantrag	4
3	Landesvorstand - Voller Energie für Niedersachsen.....	4
4	Satzungsändernde Anträge	10
5	SÄ1 Bezirk Hannover - Antragsrecht für Bezirks-Arbeitsgemeinschaften.....	10
6	Arbeit & Wirtschaft	11
7	AW1 UB Cuxhaven - Erweiterung Landesparteitagsbeschluss New Blue Deal: Natur & Wirtschaft	
8	im selben Boot.....	11
9	AW 2 UB Göttingen - Recht auf kürzere Vollzeit-Erwerbstätigkeit für erziehende Eltern -	
10	solidarisch abgesichert!.....	12
11	AW 3 OV Wilhelmshaven-Süd - Ein Ehrenamt ist Arbeit - Berücksichtigung für die Rente jetzt!...	13
12	AW 4 Jusos Niedersachsen - Gemeinsam gegen den Fachkräftemangel.....	14
13	AW 5 Jusos Niedersachsen - Niedersachsen zum Wasserstoffland Nr.1 machen	17
14	AW 6 OV Hannover Oststadt/Zoo - Bundesratsinitiative zur Vermögensteuer und zur	
15	Geltendmachung der Einnahmeausfälle	17
16	AW 7 KV Grafschaft Bentheim - Faire Strompreise - Preiszonen einführen!.....	18
17	AW 8 Bezirk Hannover - Hightech-Jobs durch Qualifizierung in Niedersachsen halten	19
18	Bauen & Wohnen	21
19	BA1 OV Meppen - Anpassung des Niedersächsisches Wohnraumfördergesetz (NWoFG) Richtlinie	
20	zur Durchführung der sozialen Wohnraumförderung in Niedersachsen	21
21	BA2 OV Hannover Oststadt/Zoo - Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten	22
22	BA3 OV Hannover Oststadt/Zoo - Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen.....	23
23	BA4 OV Hannover Oststadt/Zoo - Mietenstopp.....	24
24	BA5 KV Emsland - Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bausektor in Niedersachsen.....	24
25	BA6 OV Hannover Oststadt/Zoo - Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen.....	27
26	Bildungspolitik	27
27	B1 UB Osnabrück-Stadt - Bauliche und digitale Schulausstattung.....	27
28	B2 UB Oldenburg-Land - Erhalt von Sprachlernklassen.....	29
29	B3 UB Oldenburg-Land - Pflichtkurse zur Ersten Hilfe ab der weiterführenden Schule für alle	
30	Jahrgänge.....	29
31	B4 UB Osnabrück-Stadt - Queere Bildung fördern	30
32	B5 Bezirk Weser-Ems - Homeschooling und Onlinekonferenzen als Ausbildungsinhalt der	
33	Lehrer*innen-Ausbildung	30
34	B6 Bezirk Weser-Ems - Zukunftstag - dein Crashkurs fürs Leben	31
35	B7 Bezirk Weser-Ems - Stärkung der Kompetenzzentren für Fortbildung.....	31
36	B8 Bezirk Weser-Ems - Verbesserung der Erzieher:innenausbildung.....	31
37	B9 UB Wesermarsch - Verstetigung des Beratungs- und Bildungsangebotes für Migrant:innen.	32
38	B10 OV Wilhelmshaven-Süd - Klassenassistenz für alle niedersächsischen Grundschulklassen	33
39	B11 OV Gifhorn - Klassenassistenz an Grundschulen.....	33
40	B12 OV Gifhorn - Einzügige Lehrerausbildung in Niedersachsen	34
41	B13 OV Gifhorn - Zusätzliche Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen	34
42	B14 AfB Niedersachsen - Lehrkräftebildung auf die Füße stellen - neue Stufenlehrausbildung	
43	auf den Weg bringen.....	34

1	B15 KV Leer - Lernmittelfreiheit bedeutet Kostenfreiheit!.....	35
2	B16 KV Leer - Berufsorientierung ab der 8. Klasse.....	36
3	B17 KV Graftschaft Bentheim - Mehr Erzieherinnen und Erzieher braucht das Land	37
4	B18 UB Salzgitter - Befristete Weiterführung der Förderschule „Lernen“	38
5	B19 AfB Niedersachsen - Änderung des Niedersächsischen Klassenbildungserlasses nach der	
6	Corona-Pandemie.....	39
7	B20 UB Salzgitter - Überarbeitung der Lehrpläne in Schulen.....	40
8	B21 UB Salzgitter - Digitalisierung in Bildungseinrichtungen.....	41
9	B22 AfB Niedersachsen - Direkter Quereinstieg in den niedersächsischen Schuldienst:	
10	Verbesserung der berufsbegleitenden pädagogisch-didaktischen Qualifizierung	43
11	B23 UB Verden- Schnelle Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen	45
12	B24 UB Verden - Quereinstieg in den Lehrerberuf attraktiver machen	45
13	Gleichstellungspolitik.....	47
14	GL1 OV Meppen - Änderung des § 20 NGG sowie Anpassung der übrigen §§ des NGG.....	47
15	GL2 Jusos Niedersachsen - Unser Parlament wird weiblich! Frauen endlich nachhaltig empowern!	
16	47	
17	Innenpolitik.....	50
18	I1 UB Osnabrück-Stadt - Unabhängige Polizeibeschwerdestelle im Land Niedersachsen.....	50
19	I2 Ortsverein Neuenkirchen-Merzen-Voltlage - Kampfmittelbeseitigung - Kostenübernahme von	
20	Vor- und Nebenarbeiten durch das Land Niedersachsen	50
21	I3 Unterbezirk Gifhorn - Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen	51
22	I4 Ortsverein Vahrenheide/Sahlkamp - Humanitärer Fonds in Niedersachsen - Ehrenamtlichen	
23	Einsatz in humanitären Krisengebieten stärken.....	52
24	I5 Jusos Niedersachsen - Krieg' ich deine Nummer?! - Vertrauen in die Polizeiarbeit stärken!.....	53
25	I6 KV Emsland - Vollständige Aufhebung der Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern	
26	und Jugendlichen.....	55
27	I7 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - NKomVG novellieren, Fraktionsstärke staffeln	56
28	I8 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - Sicherung des kommunalen Grundvermögens.....	57
29	I9 OV Gleichen - Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie.....	57
30	I10 OV Vordorf - Lehrgangsangebot für Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren ausbauen	
31	und stärken	58
32	I11 OV Göttingen-Nordost - Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung:	
33	Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten ermöglichen	59
34	I12 KV Emsland - Lokale Berichterstattung fördern.....	60
35	I13 OV Barnstorf - Hilfsfonds für notleidende gemeinnützige soziale Organisationen.....	61
36	I14 UB Verden - Den 8. Mai als Feiertag anerkennen	61
37	Partei.....	62
38	P1 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - Beschlussmonitoring für Parteitagsbeschlüsse	62
39	P2 OV Göttingen-Ost - Historische Kommission für die niedersächsische SPD einsetzen.....	63
40	Soziales & Gesundheit	63
41	SG 1 AfB Niedersachsen - Umsetzung der Kindergrundsicherung.....	63
42	SG 2 OV Hannover Oststadt/Zoo - Rentenerhöhungen mind. auf dem Niveau des	
43	Inflationsausgleichs.....	64
44	SG 3 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - Förderung eines Teleneurologie-Netzwerk-Projektes....	65

1	SG 4 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - Patientensicherheit gemeinsam systematisch	
2	implementieren und kontinuierlich in Niedersachsen verbessern	65
3	SG 5 OV Göttingen-Ost - Medizin-Studienplätze erhöhen	67
4	Umweltpolitik	67
5	U 1 UB Oldenburg-Land - Möglichkeiten für Kostenbeteiligung von Arzneimittelherstellern für	
6	notwendige Reinigungsstufen in Kläranlagen prüfen.....	67
7	Verkehrspolitik.....	68
8	VP 1 UB Göttingen - Straßenausbaubeiträge abschaffen!.....	68
9	VP 2 OV Göttingen-Geismar - Verpflichtende regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für alle Autofahrenden	
10	69	
11	VP 3 Jusos Niedersachsen - Das Land in vollen Zügen genießen: für ein 29 Euro Ticket, das	
12	inkludiert!.....	70
13	VP 4 Jusos Niedersachsen - Außen grün, innen rot - die SPD kann die Verkehrswende schaffen!..	71
14	VP 5 OV Hannover Oststadt/Zoo - Besteuerung hochklimaschädlicher Privatflüge.....	73
15	VP 6 OV Georgsmarienhütte - Kommunales Förderprogramm für den Ausbau der schnellen	
16	Ladeinfrastruktur im kommunalen Bereich	74
17	VP 7 OV Gleichen - Kommunale Selbstverwaltung - Das Recht auf Anordnung von	
18	Verkehrsregelungen	74
19		
20		
21		
22		
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29		
30		
31		
32		
33		
34		
35		
36		

1 **Leitantrag**

2 **Landesvorstand - Voller Energie für Niedersachsen**

3

4 Das Ergebnis der Landtagswahl im vergangenen Jahr war ein großer Vertrauensbeweis der nieder-
5 sächsischen Bürgerinnen und Bürger. Mitten in einer Inflations- und Energiepreiskrise erneut einen
6 klaren Regierungsauftrag zu erhalten, war nach zehn Jahren an der Spitze der Landesregierung
7 keine Selbstverständlichkeit.

8 Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass die niedersächsische SPD heute fest verwurzelt ist in allen Re-
9 gionen Niedersachsens. In 69 von 87 Wahlkreisen – im Norden, Osten, Süden und im Westen unse-
10 res Landes – hat die SPD die Mehrheit der Zweitstimmen gewonnen. 57 Kandidatinnen und Kandi-
11 daten der SPD haben ihre Wahlkreise direkt gewonnen. Genau wie unsere Oberbürgermeister/innen,
12 Landrät/innen, haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister/innen sowie unsere Abgeordneten in
13 Bundestag und den kommunalen Parlamenten stehen sie dafür, dass die SPD in Niedersachsen
14 nah an den Menschen und in der Mitte der Gesellschaft verankert ist.

15 Uns ist es gelungen, im ländlichen Raum Wahlkreise zu gewinnen, die früher fest in der Hand der
16 CDU waren. Wir sind aber auch stärkste Kraft geworden in vielen städtischen Wahlkreisen mit ho-
17 her Bevölkerungsdichte. Zudem ist die SPD sowohl bei den Menschen mit niedriger als auch denen
18 mit hoher Bildung stärkste Kraft geworden.

19 Während andere Parteien sich bei der Landtagswahl nur auf ihr Kernklientel auf dem Land oder in
20 der Großstadt verlassen konnten, bleiben wir also die „Niedersachsenpartei“ für das ganze Land.

21

22 **Wir halten unser Versprechen: Wir führen Niedersachsen aus der Krise.**

23 Wir haben immer gesagt: In der Krise braucht das Land einen starken und handlungsfähigen Staat,
24 der an der Seite der Menschen steht. Eines unserer zentralen Versprechen im Wahlkampf war ein
25 Hilfsprogramm gegen die Auswirkungen der Inflation und der steigenden Energiepreise in Höhe von
26 einer Milliarde Euro.

27 Bereits 21 Tage nach der konstituierenden Sitzung des neuen Landtages und damit der Wahl der
28 neuen Landesregierung durch den Landtag haben wir dieses Versprechen eingelöst: Das Sofortpro-
29 gramm umfasst z.B. einen Härtefallfonds in Höhe von 55 Millionen Euro, der Strom- oder Gassper-
30 ren bei Bürgerinnen und Bürgern verhindern soll, die besonders hart getroffen sind. 200 Millionen
31 Euro werden für Kitas und Schulen bereitgestellt, um die Verpflegung bei steigenden Preisen zu fi-
32 nanzieren und die Energiekosten aufzufangen. Weitere 200 Millionen Euro werden für kleine und
33 mittlere Unternehmen, fast 80 Millionen Euro für die Veranstaltungsbranche und Kultur in Nieder-
34 sachsen zur Verfügung gestellt. Außerdem werden je 30 Millionen Euro für die Studierendenwerke
35 und die Sportvereine, 60 Millionen Euro für Beratungsstrukturen und soziale Einrichtungen, zwei
36 Millionen für den Aufbau von Verteilzentren durch die Tafeln, eine Million für Mehrbelastungen bei
37 Tierheimen sowie 160 Millionen Euro für den Finanzierungsanteil des bundesweiten Deutschland-
38 Tickets bereitgestellt.

39 Gleichzeitig haben wir beschlossen, dass auch den Pensionärinnen und Pensionären des Landes
40 und der Kommunen eine Energiepauschale in Höhe von 300 Euro ausgezahlt wird, und so Gerech-
41 tigkeit hergestellt.

42 Ohne zu zögern und wie versprochen haben wir denen unter die Arme gegriffen, die besonders unter
43 den hohen Preisen leiden.

44

45

1 **„Sicher in Zeiten des Wandels“: Partnerschaft für die Zukunft.**

2 „Wir werden eine Koalition bilden, die das große Ganze sieht, das Land handlungsfähig durch die
3 Krise führt und nicht in kleinteiligen Diskussionen verharrt.“ So steht es im Koalitionsvertrag der
4 Rot-Grünen Landesregierung – und so gestalten wir unser Land.

5 Am 9. Oktober haben die Niedersächsinnen und Niedersachsen die CDU aus der Regierung gewählt
6 und den Weg frei gemacht für eine neue Rot-Grüne Koalition. Gemeinsam ist es uns gelungen, ei-
7 nen ambitionierten Koalitionsvertrag auszuhandeln, den wir nun Schritt für Schritt umsetzen:

8 Wir haben bereits das Deutschlandticket eingeführt, was für die meisten ÖPNV-Nutzerinnen und
9 Nutzer eine deutliche finanzielle Entlastung bedeutet. Die noch regionalen Tickets für junge Men-
10 schen werden wir perspektivisch in ein verbilligtes Deutschlandticket überführen.

11 Wir haben die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe und sozialen Berufe rückwirkend ab
12 dem 1. Januar 2023 umgesetzt.

13 Wir bleiben Vorreiter bei der Energiewende. Dazu haben wir bereits eine „Task Force Energiewende“
14 geschaffen. Und wir haben ein Windenergiebeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, das au-
15 ßerdem Standortkommunen ebenso wie Bürgerinnen und Bürger finanzielle Vorteile bringen wird.

16 Wir werden noch in diesem Jahr eine Landeswohnungsgesellschaft gründen, im Baurecht Vereinfachungen
17 auf den Weg bringen und bei der Wohnraumförderung die Einkommensgrenzen erhöhen.

18 Wir werden 2024 beginnen, A13 für alle Lehrkräfte einzuführen. Für Polizei, Feuerwehr und Justiz-
19 vollzug haben wir bereits Verbesserungen umgesetzt und zahlen jetzt im Ländervergleich die
20 höchste Zulage.

21 Wir werden die Investitionen in Krankenhäuser massiv steigern, damit der vorhandene Investiti-
22 onsstau in einem überschaubaren Zeitraum abgebaut werden kann.

23 Wir werden mit einer Landesinvestitionsgesellschaft die Landesliegenschaften sanieren. Davon
24 werden die Hochschulen entsprechend ihres Anteils profitieren.

25 Wir setzen unsere Fachkräfteinitiative ressortübergreifend neu auf, um dem in nahezu allen Bran-
26 chen und Berufsgruppen drängenden Arbeits- und Fachkräftebedarf gemeinsam mit den Arbeits-
27 marktakteuren wirkungsvoll zu begegnen.

28

29 **Entschlossen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer.**

30 Seit über einem Jahr führt Russland einen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die
31 Ukraine. Zu Beginn des Krieges haben wir in der Bundesregierung mit dem langjährigen Grundsatz
32 gebrochen, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Heute gehört Deutschland zu den größten und
33 verlässlichsten Unterstützern der Ukraine – militärisch, finanziell und humanitär.

34 Die niedersächsische SPD steht hinter diesem Kurs unserer Bundesregierung und unseres Verteidi-
35 gungsministers Boris Pistorius. Und natürlich stehen wir zu unseren humanitären Verpflichtungen:
36 Wir werden die Ukrainerinnen und Ukrainer aufnehmen, die bei uns Zuflucht suchen. Dabei stehen
37 wir an der Seite der Kommunen, die die Hauptlast bei der Aufnahme und Integration der Geflüchte-
38 ten aus der Ukraine und anderen Ländern tragen, und dafür eine verlässliche finanzielle Unterstüt-
39 zung des Bundes brauchen.

40 Auch wenn die Stimmen derer, die die militärische Unterstützung der Ukraine kritisieren, lauter
41 werden: Allein Russland hat diesen Krieg begonnen und kann ihn jederzeit sofort beenden. Deswe-
42 gen setzen wir die Unterstützung der Ukraine fort und richten unsere Appelle, diesen furchtbaren
43 Krieg endlich zu beenden, ausschließlich an die russische Regierung.

44

1 Es war ein Fehler, den mit uns fast alle demokratischen Parteien gemacht haben, zu lange zu glau-
2 ben, dass eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland das Land stabilisieren und de-
3 demokratisieren könnte. Heute ist das Vertrauen in die russischen Machthaber unwiederbringlich
4 zerstört. Eine einseitige Abhängigkeit der Energieversorgung von Russland oder einem anderen
5 Staat darf uns nie wieder passieren. Daher arbeiten wir weiter an der Unabhängigkeit von Energie-
6 importen durch den massiven Ausbau von Windkraft und Solarenergie bei uns in Niedersachsen.

7

8 **Niedersachsen norddeutsch zukunftsfähig machen.**

9 Die Energiekrise in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat gezeigt, wie wichtig eine si-
10 chere, unabhängige und resiliente Energieversorgung ist. Die Umstellung auf Erneuerbare Energien
11 ist für die Zukunft Niedersachsens daher entscheidend. Unser Ziel ist: Niedersachsen soll Erneuer-
12 bare-Energien-Land Nr. 1 werden.

13 Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und den Importkapazitäten für grüne Moleküle werden
14 wir künftig Verantwortung für die Energieversorgung in ganz Deutschland übernehmen. Die großen
15 Mengen klimaneutraler Energien bietet große Chancen für unsere Betriebe und deren Arbeitsplätze.
16 Und dies bietet Chancen für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Beim massiven Ausbau der Erneuer-
17 baren Energien wie Wind, Sonne und Biomasse sollen die Standorte künftig finanziell profitieren
18 und zwar sowohl die Kommune selbst als auch die Bürgerinnen und Bürger. Und wir werden Verfah-
19 ren zum Ausbau vereinfachen und beschleunigen. Dazu haben wir eine „Task Force Energiewende“
20 geschaffen, die bereits erste Vorschläge gemacht hat.

21 Wir haben begonnen, die Infrastruktur für die weiter notwendigen Energieimporte zu realisieren.
22 Damit werden wir die maßgebliche deutsche Drehscheibe für Wasserstoffimporte. Wir werden als
23 Land die Anpassung der Infrastruktur von Häfen, Leitungen und Speicher unterstützen. Mit den ers-
24 ten deutschen LNG-Terminals und ihrer wasserstofffähigen Weiterentwicklung ist dazu ein erster
25 wichtiger Schritt getan.

26 Und wir haben die innovativen Unternehmen, damit der Standortvorteil auch für Wertschöpfung
27 und Arbeitsplätze bei uns in Niedersachsen genutzt wird. Wir haben starke Unternehmen, die sich
28 jetzt schon in der Transformation befinden. Grüne Industrie ist keine Zukunftsmusik mehr, son-
29 dern der Umbau hat bereits begonnen – mit Niedersachsen als Vorreiter, wie die Beispiele grüner
30 Stahl, grüne Chemie oder grüne Mobilität zeigt. Wir wollen der Standort sein, in dem sich neue zu-
31 kunftsträchtige Industrien ansiedeln. Dazu werden wir das Ansiedlungsmanagement neu aufstel-
32 len und vorausschauend Flächen entwickeln. Dazu gehört auch, dass wir vorbereitend auch die not-
33 wendigen Naturschutzflächen für die notwendige Kohärenz entwickeln.

34 Klimaneutralität bis 2040 ist unser Ziel. Den Weg dahin werden wir norddeutsch und konsequent
35 gehen. Das gelingt nur, wenn der soziale und ökologische Umbau zusammengedacht, gemeinsam
36 mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihren Gewerkschaften und Betriebsräten sowie
37 den Unternehmen realisiert und mit aktiver Industrie- und Ansiedlungspolitik eng begleitet wer-
38 den. Ziel muss die Aufrechterhaltung unserer industriellen Basis bleiben. Zentraler Punkt ist hier-
39 bei aktuell die Energieversorgung und die damit verbundenen Energiepreise. Wir brauchen an die-
40 ser Stelle eine Entlastung für die betroffenen Unternehmen. Wir setzen uns daher dafür ein, für eine
41 Übergangszeit einen Transformationsstrompreis für energieintensive Unternehmen und entspre-
42 chende Investitionshilfen einzuführen. Und dazu gehört auch, dass wir uns offener gegenüber
43 Techniken zeigen, die einzelnen Branchen überhaupt erst eine CO2-Neutralität ermöglichen. Dazu
44 gehört der übergangsweise Einsatz von klimaneutralen Gasen wie blauer Wasserstoff und die Prü-
45 fung von CO2-Speicherung im Offshore-Bereich.

46 Auch im privaten Bereich werden Veränderungen unumgänglich sein. Denn das Heizen mit Öl und
47 Gas wird perspektivisch für die meisten nicht mehr bezahlbar sein. In den Kommunen werden wir
48 unseren Einfluss nutzen, um schnellstmöglich kommunale Wärmepläne zu erarbeiten. Denn Quar-
49 tierslösungen sind kostengünstiger und sozialverträglicher als wenn jede Hausbesitzerin und jeder

1 Hausbesitzer alleine agiert. Wir wollen eine staatliche Unterstützung für Eigentümerinnen und Ei-
2 gentümer, die der Einbau einer neuen Heizung überfordert. Und es braucht für Mieterinnen und
3 Mieter Sicherheit, dass Investitionen durch die Vermieterinnen und Vermieter getätigt und die Ne-
4 benkosten nicht ins Unermessliche steigen. Unsere Leitplanke bei der Wärmewende ist: Wohnen
5 muss bezahlbar bleiben in Niedersachsen.

6 Niedersachsen ist ein Flächenland. Daher gehört zur Mobilität neben den öffentlichen Verkehrsmit-
7 teln auch weiterhin das private Auto. Wir werden weiter die notwendige Straßen- und Schieneninf-
8 rastruktur planen und bauen. Gerade der Erhalt der Infrastruktur wie unserer Brücken, Straßen und
9 Radwege hat eine zentrale Bedeutung. Wir werden aber auch dafür sorgen, dass die notwendige Inf-
10 frastruktur für emissionsfreie Mobilität vorhanden ist. Dazu gehört eine ausreichende Ladesäu-
11 leninfrastruktur. Wir werden Bahnstrecken reaktivieren und im ländlichen Raum Angebote wie Ruf-
12 busse, Bürgerbusse und anderer On-Demand-Angebote fördern. Wir starten Modellprojekte für eine
13 Mobilitätsgarantie in den Flächenregionen. Mit dem Deutschlandticket ist für viele Nutzerinnen
14 und Nutzer der ÖPNV schon deutlich billiger geworden, die zusätzliche Vergünstigung für junge
15 Menschen soll folgen.

16

17 **Eine hochwertige Gesundheitsversorgung in ganz Niedersachsen.**

18 Das niedersächsische Gesundheitssystem, einschließlich der Krankenhäuser, Spezialkliniken und
19 Gesundheitszentren, steht vor großen Herausforderungen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Die Fol-
20 gen der Corona-Pandemie, die gestiegenen Betriebs- und Energiekosten, eine sinkende Anzahl sta-
21 tionärer Behandlungen, Personalmangel und ökonomische Zwänge setzen die Krankenhäuser und
22 das gesamte System unter Druck.

23 Mit der Neufassung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes begegnen wir diesen Herausfor-
24 derungen. Unser Ziel ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Ge-
25 sundheitsversorgung im ganzen Land.

26 Die Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft in Versorgungsstufen und die flächendeckende
27 Versorgung mit Regionalen Gesundheitszentren ermöglicht zielgerichtete Investitionen. Sie führt
28 zu einer besseren Planbarkeit und mehr Qualität in der Gesundheitslandschaft und stellt die Ver-
29 sorgungsstruktur sowohl in den Ballungsräumen als auch in der Fläche sicher. Gemeinsam mit ei-
30 ner Reform des Rettungsdienstes wird so die Rund-um-die-Uhr-Versorgung überall in Niedersach-
31 sen sichergestellt.

32 Ganz in diesem Sinne werden wir auch die von der Bundesregierung angekündigte Krankenhausre-
33 form begleiten: Wir denken die Umsetzung der Krankenhausreform von den Patientinnen und Pati-
34 enten her. Um ein leistungsstarkes Gesundheitssystem zu haben, brauchen wir zudem qualifizierte
35 und motivierte Fachkräfte, die sich täglich um Patientinnen und Patienten kümmern. Deswegen
36 haben wir bei allen Veränderungen auch die Beschäftigten im Blick, die sichere Arbeitsplätze, ver-
37 lässliche Arbeitszeiten und eine gerechte Bezahlung verdienen, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Einer
38 weiteren Kommerzialisierung des Gesundheitswesens treten wir entschieden entgegen.

39

40 **Niedersachsen – ein modernes Zuwanderungsland.**

41 Niedersachsen ist ein Zuwanderungsland. Zuwanderung gehört seit Generationen zu diesem Land –
42 und Niedersachsen hat in der Vergangenheit immens von Zuwanderung profitiert. Und auch für die
43 Zukunft ist Zuwanderung wichtig, denn angesichts des Fachkräftemangels in Industrie, Handwerk,
44 Öffentlichem Dienst sowie im sozialen Bereich sind wir angewiesen auf Arbeits- und Fachkräfte
45 aus dem Ausland. Für die Bewältigung dieses Fachkräftemangels – und damit einer langfristigen
46 Sicherung der deutschen Sozialsysteme – sind wir auf die nachhaltige Integration von Menschen
47 aus dem Ausland in unseren Arbeitsmarkt angewiesen. Daher wollen wir Menschen legale Wege zur
48 Arbeitsmigration ermöglichen.

1 Gleichzeitig stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung, einerseits Fluchtursachen lang-
2 fristig und strukturell zu bekämpfen, und andererseits denjenigen Menschen zu helfen, die auf-
3 grund von Krieg, Hunger, Vertreibung und Verfolgung zu uns kommen. Das Asylrecht ist die elemen-
4 tare Grundlage, um diesen Schutz zu garantieren. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl ist
5 unantastbar. Allen Versuchen, dieses Grundrecht einzuschränken, werden wir uns entschlossen
6 entgegenstellen.

7 Unterbringung, Integration und Bildungsangebote für Geflüchtete sicherzustellen, stellt Land und
8 Kommunen vor Herausforderungen. Das wird in diesen Zeiten, die von hohem Fluchtgeschehen
9 nach Europa und Deutschland bestimmt sind, besonders deutlich.

10 Deswegen stehen wir an der Seite der Kommunen, die die Hauptlast bei der Aufnahme und Integra-
11 tion der Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Ländern tragen, und dafür eine verlässliche fi-
12 nanzielle Unterstützung brauchen. Wir sehen hier vor allem den Bund in der Pflicht, ausreichend
13 finanzielle Mittel für Aufnahme und Integration zur Verfügung zu stellen.

14 Darüber hinaus müssen wir besser werden in der Organisation von Verwaltung rund um die Auf-
15 nahme und Integration von Geflüchteten und Menschen, die auf dem Weg der Arbeitsmigration zu
16 uns kommen. Wir setzen uns ein für die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen in einem
17 niedersächsischen „Kompetenzzentrum Integration“ bzw. in einem „Willkommenszentrum“. Hier
18 sollen alle relevanten Akteure im Bereich Asyl und Zuwanderung (Ausländerbehörden, BAMF, Migra-
19 tionsberatungen, Anerkennungsstellen, Bundesagentur für Arbeit etc.) zusammenarbeiten. Wir wol-
20 len so eine deutliche Beschleunigung von Verfahrensabläufen erreichen.

21 Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrem Bemühen, die Arbeitsmigration zu erleichtern. Mit
22 dem Chancen-Aufenthaltsrecht wurde ein wichtiges Instrument geschaffen, so genannte Ketten-
23 duldungen zu beenden und Menschen, die schon längst Teil unserer Gesellschaft sind und deren
24 Heimat schon lange Deutschland heißt, Sicherheit und Heimat zu geben.

25 Mit der Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes machen wir unser Land attrakti-
26 ver für die dringend benötigten Fachkräfte und geben gut ausgebildeten Menschen aus Drittstaa-
27 ten nach kanadischem Vorbild die Möglichkeit, bereits zur Suche eines Arbeitsplatzes nach
28 Deutschland zu kommen.

29 Des Weiteren setzen wir uns als SPD Niedersachsen dafür ein, den sogenannten „Spurwechsel“ zu
30 ermöglichen. Wir wollen, dass ausgebildete, berufstätige und gut integrierte Menschen, die bisher
31 asylrechtliche Verfahren durchlaufen, aber so kaum eine Bleibeperspektive haben, vom Einwande-
32 rungsrecht für Fachkräfte profitieren können, ohne vorher ausreisen zu müssen. So beenden wir die
33 Abschiebungen gut integrierter, berufstätiger und auch dringend gebrauchter Menschen aus
34 Deutschland.

35 Zuwanderung und Asyl sind auf die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung angewiesen. Das
36 erreichen wir durch eine gute und angemessene Steuerung von Flucht und Migration. Diejenigen,
37 die weder Asyl erhalten noch eine Chance auf Migration auf dem Arbeitsmarkt haben, führen wir
38 zurück ins jeweilige Herkunftsland.

39

40 **Wir stellen uns den Herausforderungen der Partei.**

41 Das starke Wahlergebnis und der klare Regierungsauftrag geben uns die Kraft und das Selbstver-
42 trauen, auch die Herausforderungen, vor der die SPD Niedersachsen steht, klar zu benennen. Wir
43 müssen jetzt die Weichen für viele weitere erfolgreiche Jahre der SPD Niedersachsen stellen. Diese
44 Herausforderung packen wir gemeinsam an!

45 Wir schauen uns genau an, warum wir die letzten Wahlen in Niedersachsen so erfolgreich bestrei-
46 ten konnten. Mit Beteiligung von Landesvorstand, den Bezirken, den Ortsvereinen, unseren Arbeits-

1 gemeinschaften und der Hauptamtlichkeit gilt es, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Im Rahmen ei-
2 ner Wahlanalyse werden wir wichtige Themen wie Stadt/Land-Gefälle, Kommunikation, Hauptamtli-
3 chenstrukturen und Jungwähler/innen ansehen und Handlungsempfehlungen ableiten. Die Ergeb-
4 nisse wird der Landesvorstand vorstellen.

5 Die Partei hat auch in Niedersachsen viele Mitglieder verloren. Eine Umkehr dieses Trends ist weder
6 durch die Kampagne zur Landtagswahl noch durch andere Kampagnen bisher erreicht worden.
7 Gleichzeitig ist im Wahljahr besonders im ländlichen Raum deutlich geworden, dass es immer we-
8 niger Ehrenamtliche und Mitglieder gibt, die sich aktiv einbringen, Plakate aufhängen und Veran-
9 staltungen organisieren. Die Mitgliedschaft in der SPD muss sich lohnen. Zugang zu wichtigen In-
10 formationen, Mandatsträger/innen oder aktuellen Veranstaltungen sind wichtig. Gleichzeitig gilt
11 es, eine Beteiligung der Mitglieder zu ermöglichen. Hier gilt es, die Hochburgen zu stabilisieren und
12 gemeinsam hier schwächelnde Strukturen zu stärken. Motivierte und gut aufgestellte Mitglieder
13 können einfacher „gegenhalten“ und unsere Politik verteidigen – gegen politische Mitbewerber,
14 aber auch gegen populistische Parolen, Fake-News oder Querdenker.

15 Das aggressive Auftreten der sogenannten Querdenker und anderer Rechtsextremer, die sich ge-
16 zielt verabredet haben, um unsere Veranstaltungen zu stören, hat die engagierten Mitglieder zu-
17 sätzlich belastet. Auf diese Entwicklung müssen und werden wir reagieren.

18 In den Großstädten stehen wir vor einer wachsenden Konkurrenz durch die Grünen, die sich schon
19 bei den Kommunalwahlen im Jahr 2021 abzeichnete. Gleichzeitig ist die SPD die starke Partei im
20 ländlichen Raum. Wir müssen anerkennen, dass sich Themen, Herausforderungen und Personen
21 zwischen Stadt und Land immer mehr und stärker unterscheiden. Auf diesen Trend werden wir uns
22 einstellen. Hierbei gilt es, die Herausforderungen zu erkennen und Lösungen für die Stadt und den
23 ländlichen Raum anzubieten. Ein Entweder-Oder wird es mit der SPD in Niedersachsen nicht geben.

24 Das gleiche gilt für die Ergebnisse bei Erst- und Jungwähler/innen. Während wir bei den Wähler/in-
25 nen über 60 mehr als 40 Prozent der Stimmen bekommen haben, waren es bei den 18- bis 24-Jähri-
26 gen nur rund halb soviel. Gleichzeitig müssen uns aber auch die Wahlergebnisse der AfD Sorge be-
27 reiten. Insbesondere in Wahlkreisen, in denen die SPD traditionell stark ist, hat die AfD an Zustim-
28 mung gewinnen können.

29 Schließlich ist es uns nicht gelungen, die Frauenquote in unserer Landtagsfraktion zu steigern – im
30 Gegenteil. Wie bei der Landtagswahl 2017 hat die paritätisch besetzte Liste wegen der vielen gewon-
31 nen Direktmandate keine Rolle gespielt. Während wir uns also politisch einig sind, dass wir die
32 Diversität von Partei und Fraktion fördern und eine paritätische Vertretung im Landtag erreichen
33 wollen, werden in den traditionell aussichtsreichen Wahlkreisen dann doch vor allem Männer no-
34 miniert.

35

36 **Unsere Kampagnenfähigkeit erhalten.**

37 Der dritte Wahlsieg in Folge hat gezeigt: Wir sind die Niedersachsen-Partei und haben die schlag-
38 fertigeste und stärkste Struktur. Das ist aber kein Grund sich auszuruhen – im Gegenteil: Genau
39 jetzt ist der richtige Zeitpunkt, Selbstkritik zu üben, Herausforderungen zu benennen und Altherge-
40 brachtes zu hinterfragen. Unser Erfolg ist auch ein Risiko, einen entscheidenden Fehler zu machen.
41 Das werden wir vermeiden.

42 Deswegen werden wir uns darauf konzentrieren, Zielgruppen, die wir nicht erreicht haben, (wieder)
43 für uns zu begeistern. Junge Menschen müssen wir abholen und an die SPD binden. Diese Gruppe
44 sind die Wähler/innen von morgen. Gemeinsam mit den Jusos werden wir uns unsere Themen, un-
45 sere Ansprache und unsere Struktur genau ansehen und weiterentwickeln. Hierfür wird zeitnah
46 eine Jugend-Organisationskonferenz einberufen.

47 Wir werden die Strukturen unserer Partei analysieren und wenn nötig erneuern, um die Schlagkraft
48 der Organisation zu erhalten. Eine starke Hauptamtlichkeit und gut aufgestellte Ortsvereine sind

1 unser Schlüssel zum Erfolg. Wir werden erfolgreiche Strukturen ermitteln, analysieren und auf die-
2 ser Grundlage unsere Partei flächendeckend voranbringen. Dabei darf es keine Zurückhaltung oder
3 Wegducken geben. Der Landesverband hat im Wahlkampf gezeigt, wie gut flächendeckende Ange-
4 bote funktionieren können. Diese zentralen Angebote wollen wir weiter vorantreiben und ausbauen.

5 Und: Wir machen die Mitgliedergewinnung zur Aufgabe unserer ganzen Partei. Ganz besonders un-
6 sere Amts- und Mandatsträger/innen aber sind hier gefragt.

7 Um den Anteil der Frauen in unserer Fraktion endlich merklich zu erhöhen, sprechen wir uns dafür
8 aus, dass bei der Nominierung für die Direktkandidatur in einem Wahlkreis auf die Kandidatur ei-
9 nes Mannes bei der vorangegangenen Wahl die Aufstellung einer Frau folgen sollte. Hat bei der vo-
10 rangegangenen Wahl eine Frau kandidiert, kann ein Mann oder eine Frau als Direktkandidatin fol-
11 gen. Gewählte, amtierende Abgeordnete können unabhängig vom Geschlecht wieder in ihrem Wahl-
12 kreis antreten.

13

14 **Unser Anspruch: Die Nummer 1.**

15 Auf das Erreichte können wir stolz sein.

16 Aber ausruhen können wir uns drauf nicht. Unser Ziel und unser Anspruch ist es, die Nummer eins
17 zu sein – das gilt für die Partei wie für unser Land. Als SPD stellen wir jetzt die Weichen, um auch in
18 Zukunft die stärkste Kraft zu bleiben. Die Niedersachsenpartei eben.

19 Und auch unser Niedersachsen wollen wir weiter an die Spitze führen – als Energieland Nummer 1.
20 Als Bildungsland Nummer 1. Als Vorreiter bei bezahlbarem Wohnungsbau, bei der Gesundheitsver-
21 sorgung, Digitalisierung und sozialen Gerechtigkeit.

22 Wir sind voller Energie für Niedersachsen.

23

24 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

25

26

27

28 **Satzungsändernde Anträge**

29 **SÄ1 Bezirk Hannover - Antragsrecht für Bezirks-Arbeitsgemeinschaf-** 30 **ten**

31

32 Anpassung § 4 Absatz 5 der Satzung des SPD-Landesverbandes Niedersachsen:

33 (5) Antragsberechtigt zum Landesparteitag sind die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Bezirke, der
34 Landesvorstand, die auf Landesebene organisierten Arbeitsgemeinschaften und Foren. Sofern Ar-
35beitsgemeinschaften nur auf Bezirksebene organisiert sind, sind diese ebenfalls auf Landesebene
36 antragsberechtigt.

37 **Begründung**

38 Arbeitsgemeinschaften sollen sich auf Grundlage der Achimer Beschlüsse von 2010 möglichst nur
39 auf der Bezirks- oder auf der Landesebene organisieren, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

1 Die nur auf Bezirksebene tätigen Arbeitsgemeinschaften haben nach der aktuellen Satzung des
2 SPD-Landesverbandes Niedersachsen allerdings keine Möglichkeit auf dem Landesparteitag lan-
3 despolitisch ausgerichtete Anträge zu stellen. Dies ist nur Arbeitsgemeinschaften möglich, die sich
4 auf Landesebene organisieren.

5 Um den auf Bezirksebene organisierten Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit zu geben, landes-
6 politische Themen auf dem Landesparteitag einbringen und diskutieren zu können, ist die Satzung
7 anzupassen.

8

9 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

10

11

12

13 **Arbeit & Wirtschaft**

14 **AW1 UB Cuxhaven - Erweiterung Landesparteitagsbeschluss New** 15 **Blue Deal: Natur & Wirtschaft im selben Boot**

16

17 Der Landesparteitag wird aufgefordert, den Landesparteitagsbeschluss 24/I/2021 um eine achte For-
18 derung zu erweitern:

19 Die SPD fordert

- 20 1. die konsequente Umsetzung des Elbe-Passierverbots von Schiffen, die länger sind, als es die
21 Flussbreite erlaubt (schmalste Flussbreite dividiert durch 2,5),
- 22 2. von weiteren Anpassungsmaßnahmen der Elbe abzusehen und die Schlickverklappung zu be-
23 enden,
- 24 3. das Zuschütten von Seitenarmen der Elbe zu verbieten,
- 25 4. die Unterstützung von vielfältigen Unternehmensarten, die sich im Hamburger Hafen ansiedeln
26 wollen und für betriebliche Mitbestimmung sowie ökologisch nachhaltige Wirtschaft stehen,
- 27 5. Projekte zur Renaturierung von Elbe und Wattenmeer zu unterstützen,
- 28 6. die maximale Potentialausschöpfung des Jade-Weser-Ports und des Schienenverkehrs von Wil-
29 helmshaven nach Maschen, und
- 30 7. mehr staatliche Unterstützung für die Entwicklung nachhaltiger Technologien und.
- 31 8. eine nationale Hafenstrategie zur Vernetzung der Häfen in Nord- und Ostsee.

32 **Begründung:**

33 Der ordentliche Landesparteitag der SPD Niedersachsen hat am 29. Mai 2021 in Hildesheim den An-
34 trag „New Blue Deal: Natur & Wirtschaft im selben Boot“ (24/I/2021, Beschlussbuch siehe
35 www.spdnds.de/unsere-parteitage/) angenommen. Der Antrag ging auf Beratungen des ordentlichen
36 Parteitags des SPD-Unterbezirks Cuxhaven im Oktober 2020 zurück.

37 Die AG Hafenpolitik des Cuxhavener Unterbezirksvorstandes hat am 16. Juni 2021 eine digitale Ha-
38 fenkonferenz mit zahlreichen Fachleuten durchgeführt. Beteiligt waren zu dem Zeitpunkt u.a.

- 39 • Sascha Kuntzmann (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD
40 Cuxland),
- 41 • Fabian Goïny (Stellvertretender Konzernbetriebsratsvorsitzender der BLG),
- 42 • Jana Kamischke (Vertrauensleutesprecherin HHLA),

- 1 • Uwe Schmidt (Bundestagsabgeordneter, Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für See-
2 verkehr, Betriebsrat im GHB Bremerhaven),
3 • Thorsten Schut (Betriebsratsvorsitzender ELAG/EVAG),
4 • Johann Saathoff (SPD-Bundestagsabgeordneter aus Aurich, Mitglied im Ausschuss für Wirt-
5 schaft und Energie) und
6 • ver.di.

7 Im Ergebnis wurde der Beschluss des Landesparteitages begrüßt, jedoch die Aufnahme einer achten
8 Forderung gewünscht. Zur Begründung der achten Forderung heißt es:

9 • **Nationale Hafenstrategie!**

10 Hafenkooperation ist das Stichwort, das die einzig nachhaltige Alternative zur Elbvertiefung bietet.
11 Wenn wir Zuständigkeiten klar absprechen und damit den tiefgang-abhängigen Verkehr der Mega-
12 Carrier auf andere Häfen wie den Jade-Weser-Port lenken, bekommen wir das Problem der Elbvertie-
13 fung in den Griff. Dafür müssen wir Kernkompetenzen bündeln und Konkurrenz untereinander mit
14 anderen Häfen der Nordrange mindern.

15 Für die Begründungen der anderen sieben Forderungen wird auf das Antragsbuch zum ordentlichen
16 Landesparteitag 2021 verwiesen.

17

18 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

19

20

21

22 **AW 2 UB Göttingen - Recht auf kürzere Vollzeit-Erwerbstätigkeit für**
23 **erziehende Eltern – solidarisch abgesichert!**

24

25 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Gesetzesinitiativen für eine Arbeitszeitverkürzung
26 von erziehenden Eltern mit Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres bei Ausgleich von Ver-
27 gütungsnighteilen und Rentenansprüchen auf den Weg zu bringen.

28 Die Corona-Pandemie hat es gezeigt: Bei Frauen nehmen die Stressfaktoren in dem Maße zu, in dem
29 Schulschließungen und Doppelbelastungen auftreten. Sie reduzieren ihre Arbeitszeit und kommen
30 schwerer wieder in den Arbeitsmarkt zurück. Bei Männern gab es wenig Veränderungen. Männer ha-
31 ben über Generationen ihre Vollerwerbstätigkeit fortgeführt, Frauen passen ihre Lebensverläufe de-
32 nen der Männer an. (Quelle: Jutta Allmendinger, Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszent-
33 rums Berlin für Sozialforschung, taz 14. Januar 2021).

34 Ein Großteil junger Eltern haben den Wunsch, Erwerbsarbeit, Haushalt und Kindererziehung partner-
35 schaftlich aufzuteilen (SZ 17. Juli 2016 über den Vorstoß von Manuela Schwesig zur 32 Stunden Wo-
36 che). Zugleich erleben wir erschöpfte Eltern und Kinder, denen es an Zeit fehlt, ihre familiäre Bindung
37 zu vertiefen.

38 Um eine gleichwertige Belastung beider Elternteile zu erreichen, muss bezahlte und unbezahlte Ar-
39 beit fairer verteilt werden. Das Elterngeld reicht nicht aus, um geschlechtsspezifische Nachteile von
40 Frauen auszuräumen. Das einkommensersetzende Basiselterngeld steht Eltern 14 Monate insge-
41 samt zu. Es hat sich gezeigt, dass die Aufteilung dieser Zeit nicht dazu dient, Frauen in ihrer Berufs-
42 tätigkeit zu fördern und die sog. Care-Arbeit partnerschaftlich aufzuteilen.

43 Die Zahl der Männer, die Elterngeld bezogen, stieg vergangenes Jahr zwar um 1,4 Prozent auf rund
44 462.000. Gleichwohl übernehmen Väter in der Mehrzahl nur den kleineren Teil: Während Frauen im
45 Schnitt 14,5 Monate Elterngeld bezogen oder beziehen wollten, waren es bei den Männern 3,7 Monate.

1 (Quelle: (FAZ vom 25. März 2021, „Zahl der Männer in bezahlter Elternzeit leicht gestiegen“, unter Hin-
2 weis auf das Statistische Bundesamt).

3 Auch das ElterngeldPlus bewirkt keine Veränderung. Das Angebot von ElterngeldPlus richtet sich ins-
4 besondere an Eltern, die schon während des Elterngeldbezugs wieder in Teilzeit arbeiten wollen. Müt-
5 ter und Väter haben dabei die Möglichkeit, länger als bisher Elterngeld in Anspruch zu nehmen: Sie
6 bekommen doppelt so lange Elterngeld, allerdings in maximal halber Höhe. Die von Männern ange-
7 strebte Bezugsdauer war mit 8,6 Monaten bei Bezug von ElterngeldPlus deutlich kürzer (Werte für
8 2019 unter Hinweis auf das Statistische Bundesamt: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61609/elterngeld>).
9

10 Der UB Göttingen unterstützt die Idee von vormaliger SPD-Familienministerin, jetzt Ministerpräsi-
11 dentin Manuela Schwesig, dass junge Eltern / Alleinerziehende / Getrennterziehende einen Rechts-
12 anspruch erhalten, weniger arbeiten zu müssen und als Ausgleich ein staatliches Familiengeld in
13 Höhe von mind. 300 € bis zu mind. 2 Jahre bekommen bei Rückkehrmöglichkeit in die Vollzeit.

14 Nach seiner Einführung soll das Familiengeld evaluiert und im Hinblick auf die Höhe und die Be-
15 zugsdauer weiterentwickelt werden, denn mit der „neuen Vollzeit“ öffnet Politik notwendige „Opti-
16 onsräume“ für Eltern (so Allmendinger, ebenda). Ein entscheidender Baustein zur gerechteren Ver-
17 teilung der Care-Arbeit ist die Abschaffung der 40 Stunden-Woche für Eltern von Kindern bis zum
18 Alter von 12 Jahren. Der Gesetzgeber muss es Eltern ermöglichen, in Vollzeit zu arbeiten. In Vollzeit
19 arbeiten heißt aber, eine Erwerbstätigkeit im Umfang einer ca. 30 bis 35 Stunden-Woche auszuüben.
20 Denn wer seinem Beruf nachgeht und Geld verdient, muss dennoch Zeit für Care-Arbeit haben. Dies
21 darf aber nicht zu einem geringeren Erwerbseinkommen und geringeren Ansprüchen auf gesetzliche
22 Rentenleistungen führen.

23 Das Familiengeld kann damit in seiner eigenen Konzeption, anders als das Elterngeld, auch in den
24 späteren Lebensjahren des Kindes in Anspruch genommen werden. Erst dadurch wird Fürsorgearbeit
25 auch attraktiver für Männer. Frauen in Vollzeit-Jobs zu halten, ist für ihr Monatseinkommen und vor
26 allem für ihre Rentenversorgung von großer Bedeutung. Zugleich bietet eine Reduktion der Vollzeiter-
27 werbstätigkeit beiden Elternteilen die Möglichkeit, ohne großen finanziellen Verlust die häusliche
28 und die Care-Arbeit gerecht aufzuteilen. Für Arbeitgeber ergeben sich dann keine Unterschiede, ob
29 sie eine arbeitende Mutter oder einen arbeitenden Vater mit Kind bis zu 12 Jahren beschäftigen. Die
30 Geschlechterzugehörigkeit wird bei der Auswahl der Arbeitskräfte keine Rolle mehr spielen.

31

32 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material für Bundestagsfraktion

33

34

35

36 **AW 3 OV Wilhelmshaven-Süd - Ein Ehrenamt ist Arbeit – Berück-** 37 **sichtigung für die Rente jetzt!** 38

39 Der SPD Landesverband Niedersachsen setzt sich innerhalb der Bundespartei dafür ein, dass ehren-
40 amtlich tätige Menschen ihre Arbeit im Ehrenamt zumindest anteilig auf die Rente angerechnet be-
41 kommen. Wer mindestens 5 Jahre nachweislich ehrenamtlich aktiv ist, soll alle fünf Jahre einen Ren-
42 tenpunkt erhalten.

43 **Begründung:**

44 Unsere Gesellschaft wird durch ehrenamtlich tätige Menschen getragen: Freiwillige Feuerwehrleute,
45 ehrenamtliche Sanitäter, Fußballtrainer und viele andere sorgen dafür, dass wir unser Leben so leben

1 können wie wir es tun. Sie machen das alle aus ihrem Selbstverständnis heraus freiwillig und ohne
2 Verdienst. Dafür opfern sie Zeit mit der Familie und nicht selten auch Arbeitszeit. Es ist daher an der
3 Zeit, dass wir diesen Menschen etwas zurückgeben, um ihre Arbeit im Ehrenamt wert zu schätzen.
4 Zertifizierte Einrichtungen sollen nachweislich aktiven Ehrenamtlichen dafür bspw. Bescheinigun-
5 gen ausstellen, die bei der Rentenversicherung eingereicht werden können.

6

7 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

8

9

10

11 **AW 4 Jusos Niedersachsen - Gemeinsam gegen den Fachkräfteman-** 12 **gel**

13

14 Die duale Ausbildung war und ist in Deutschland ein Garant für eine gute und sichere Perspektive
15 auf dem Arbeitsmarkt. Sie gerät in den letzten Jahren immer mehr unter Druck, weil sich gesell-
16 schaftliche Rahmenbedingungen geändert haben, an die die betrieblichen Rahmenbedingungen
17 nicht ausreichend angepasst wurden.

18 So sind junge Menschen in den letzten 20 Jahren wesentlich mobiler in Bezug auf ihre Ausbildung
19 und Arbeit geworden. Sie bleiben nicht mehr ihr Leben lang in dem Betrieb, der sie ausgebildet und
20 damit Geld in sie investiert hat. Sie wechseln Betriebe, sei es, um der Familie hinterherzuziehen, um
21 mehr Geld zu verdienen oder einfach um was Neues auszuprobieren. Der Betrieb hat selbst entspre-
22 chend weniger von seinen ausgebildeten Fachkräften.

23 Seit ca. 15 Jahren wächst das Duale Studium. Der Zuwachs an Plätzen dort und das Festhalten am
24 Nicht-Regulieren dieser Form des Studiums führen zu einer Verzerrung und zu einer Abwertung der
25 dualen Ausbildung. Durch Tarifverträge konnte dem bereits teilweise entgegengewirkt werden, der
26 Effekt für den gesamten Ausbildungsmarkt bleibt aber erhalten.

27 Und schließlich gibt es seit vielen Jahren den Anstieg von Abiturient*innen. Dieser Trend hat unter-
28 schiedliche Gründe, führt derzeit aber zu einer massiven Abwertung des Hauptschul- und Realschul-
29 abschlusses. Auf dem Ausbildungsmarkt führt dieser Trend zusätzlich dazu, dass immer mehr Abi-
30 turient*innen auf den Ausbildungsmarkt strömen, die wenigen Ausbildungsplätze besetzen und oft
31 im Anschluss an die Ausbildung dann studieren gehen.

32 Diese drei großen strukturellen Veränderungen am Ausbildungsmarkt haben aber nicht zu Verände-
33 rungen in den Betrieben geführt. Stattdessen haben sich Betriebe daran gewöhnt, vermehrt nur mit
34 Azubis zu arbeiten, die nur wenig Unterstützung benötigen. Die gesamten Arbeits- und Ausbildungs-
35 berufe sind darauf ausgelegt, dass Auszubildende eben sofort ohne große Hilfe loslegen können. Alle,
36 die vielleicht ein bisschen mehr Unterstützung brauchen oder am Anfang langsamer sind als der
37 Rest, fallen durchs Raster. Dadurch finden wir auf dem Ausbildungsmarkt die Situation, dass bspw.
38 die Deutsche Bahn bundesweit ca. 4.500 Ausbildungsplätze anbietet, auf diese Ausbildungsplätze
39 ca. 115.000 Bewerbungen erhält, aber nicht alle Ausbildungsplätze besetzt bekommt. Außerdem lan-
40 den 50 Prozent der Hauptschüler*innen im Übergangssystem, sowie 42 Prozent der jungen Men-
41 schen mit Migrationsgeschichte. Sie bleiben also ohne Ausbildung.

42 In Niedersachsen kommen laut Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB) auf 100 Bewerber*innen
43 lediglich 94,8 Ausbildungsplätze. Schlechter dabei sind nur noch Berlin mit 86,9 und Nordrhein-
44 Westfalen mit 94,6. In Niedersachsen besteht also besonderer Handlungsbedarf. Schaut man auf die

1 ausbildenden Betriebe, lässt sich feststellen, dass der Anteil auf 20 Prozent der Gesamtunternehmen
2 gesunken ist. Es bildet nur noch jeder fünfte Betrieb aus.

3 Um das Matchingproblem bei Ausbildungsplätzen zukünftig lösen zu können, müssen zum einen
4 mehr Ausbildungsplätze in besonders gefragten Berufen geschaffen werden und zum anderen Aus-
5 bildungsberufe mit geringer Nachfrage attraktiver gestaltet werden. Nur so können letztlich Fach-
6 kräfte in allen Ausbildungsbereichen gewonnen werden. Für die Umsetzung dieses Vorhabens müs-
7 sen wir Unternehmen in die Verantwortung nehmen, wobei man sich am Bremischen Konzept orien-
8 tieren kann.

9 Wir fordern:

- 10 1. Alle Unternehmen ab fünf Beschäftigten, die ausgebildete Fachkräfte beschäftigen, zahlen pro-
11 portional zu ihrer Größe eine Abgabe in einen Ausbildungsfonds ein.
- 12 2. Die Unternehmen erhalten aus diesem Fonds eine Summe für jede*n Auszubildende*n in ihrem
13 Betrieb. Folglich bekommen Unternehmen, die viel ausbilden, viel Geld aus dem Fonds, während
14 Unternehmen, die dieser Verantwortung nicht nachkommen, mehr zahlen.
- 15 3. Aus dem gebildeten Fonds können Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung betrieblicher Aus-
16 bildungen finanziert werden, um Unternehmen bei der Suche nach fähigen Bewerber*innen zu
17 unterstützen und branchenspezifischen Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

18 In Zukunft sollen sich alle Unternehmen an der Ausbildung von dringend benötigten Fachkräften
19 beteiligen. Schließlich wäre es Ausbildungsbetrieben gegenüber nicht gerecht, die von ihnen ausge-
20 bildeten Fachkräfte anzuwerben, ohne selbst dafür zu sorgen, dass neue Fachkräfte auf den Markt
21 kommen. Die Finanzierung des Fonds wird über alle Betriebe, die nicht ausbilden, verteilt, wobei ge-
22 rade kleinere und mittlere Betriebe von der Unterstützung des Fonds profitieren werden, da sie an-
23 teilmäßig am meisten ausbilden.

24 **Begründung:**

25 Während wiederholt der Fachkräftemangel in unserer Gesellschaft beklagt wird, fehlen bis heute
26 wirksame Maßnahmen zur Stärkung der beruflichen Ausbildung. Die Sozialdemokratie hat die Dring-
27 lichkeit des Handlungsbedarfs bei der Berufsausbildung erkannt. Im vergangenen Bundestagswahl-
28 kampf fand sich die Forderung nach einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie wieder. Das
29 ist ein Erfolg der organisierten Auszubildenden, der DGB-Gewerkschaften und der Jungsozialist*in-
30 nen.

31 Der von der Bundesregierung vorgestellte Entwurf zur Ausbildungsplatzgarantie ist mindestens un-
32 zureichend! Eine Ausbildungsplatzgarantie ohne umfassende Stärkung der beruflichen Bildung und
33 ohne Umlagefinanzierung bleibt weit hinter dem Versprechen der Sozialdemokratie zurück.

34 Die Unternehmen, Arbeitgeber und ihre Verbände beklagen sich immer wieder laut über den Fach-
35 kräftemangel. Angesichts der Tatsache, dass nicht einmal 20 Prozent der Unternehmen überhaupt
36 noch ausbilden, ist das eine Farce. Hier zeigt sich deutlich:

37 Der Markt regelt die Bekämpfung des Fachkräftemangels nicht! Durch die Errichtung eines Ausbil-
38 dungsfonds können Unternehmen endlich in die Verantwortung genommen werden, ihren Beitrag
39 zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu leisten.

40 Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, obwohl sie es könnten, zahlen im
41 Sinne der Solidarität in einen Ausbildungsfonds ein. Dadurch können Betriebe, die Fachkräfte aus-
42 bilden, konkret unterstützt werden.

43 Mit so einem Umlagefinanzierten Ausbildungsfond können verschiedene Ziele gleichzeitig verfolgt
44 werden, wie zum Beispiel:

- 45 - die Qualitätsverbesserung der Berufsausbildung
- 46 - Faire Finanzierung der Ausbildungskosten und damit Schaffung von zusätzlichen Ausbildungs-
47 plätzen.

- 1 - sowie die gemeinschaftliche Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen, wie etwa die besondere
2 Unterstützung von Jugendlichen mit besonderem Förderungsbedarf
3 - oder die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben.

4 Die Vielfalt der Vorteile von umlagefinanzierten Ausbildungsfonds ist groß. Betriebe jeder Branche
5 können ihn individuell für die eigenen Bedürfnisse einsetzen. So werden ausbildende Betriebe finan-
6 ziell entlastet, die Zeit, Kapazitäten und Geld in die Ausbildung neuer Fachkräfte investieren.

7 Die Betriebe, die von frisch ausgebildeten Fachkräften profitieren, jedoch selbst keine Kapazitäten
8 in die Ausbildung eben jener stecken, tragen ihren Teil finanziell bei, indem sie in den Ausbildungs-
9 fond einzahlen.

10 Das Bundesland Bremen geht in dieser Frage voran und zeigt, dass die Einrichtung von umlagefi-
11 nanzierten Ausbildungsfonds möglich ist. Gerade als Flächenland sollten wir diesem Beispiel folgen.
12 Denn es ist egal, ob wir nun von den Kleinstbetrieben oder großen Unternehmen sprechen, über den
13 ländlichen Raum oder die größeren Städte, es geht um die Zukunft aller Unternehmen im gesamten
14 Bundesland.

15 Wir brauchen daher einen branchenübergreifenden niedersächsischen Ausbildungsfonds als Stütze
16 für eine starke niedersächsische Wirtschaft mit guter Arbeit, der leicht und ohne großen bürokrati-
17 schen Aufwand umsetzbar und zu administrieren ist. Denn berufliche Ausbildung bedeutet Teilhabe
18 an der Gesellschaft. Sie schützt vor Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung.

19 Rechenbeispiel:

20 Bäckereifachbetrieb mit Backstube und einigen Filialen. Insgesamt 60 Beschäftigte, davon 30 Voll-
21 zeit und 30 Teilzeit, 6 Auszubildende (alles auf Tarif gerechnet)

22 Bruttolohnsumme: 1,8 Millionen Euro

23 0,4% Umlage für den Zukunftsfonds: 7.200 Euro

24 Zuschuss für 6 Auszubildende: 15.000 Euro (6 x 2.500 Euro)

25 Betrieb erhält bei Bedarf weitere Unterstützung durch Ausbildungslotsen und ggf. Förderunterricht
26 für Auszubildende

27 Das bedeutet dann konkret, dass der Betrieb mehr aus dem Fonds bekommt als er einzahlt. Das
28 deckt aber nicht die Gesamtkosten für die Ausbildung, da 2.500 € nur ein Bruchteil der Kosten ist.
29 Das Beispiel dient nur zur Veranschaulichung, dass eine Umlage niemals alle Ausbildungskosten
30 (Vergütung, Arbeitsmittel, Dienstfahrten etc.) erstatten kann, aber Anreize für eine betriebliche Aus-
31 bildung und vor allem Hilfe bieten kann.

32

33 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

34 Antragstext neu: In Zukunft sollen sich alle Unternehmen an der Ausbildung von dringend benötig-
35 ten Fachkräften beteiligen. Schließlich wäre es Ausbildungsbetrieben gegenüber nicht gerecht, die
36 von ihnen ausgebildeten Fachkräfte anzuwerben, ohne selbst dafür zu sorgen, dass neue Fach-
37 kräfte auf den Markt kommen. Daher wollen wir, dass künftig alle Betriebe ab einer mit den Sozial-
38 partnern abgestimmten Zahl von Mitarbeitenden, proportional zu ihrer Größe eine Abgabe in einen
39 Ausbildungsfonds einzahlen. Die Unternehmen erhalten aus diesem Fonds eine Summe für jede*n
40 Auszubildende*n in ihrem Betrieb. Folglich bekommen Unternehmen, die viel ausbilden, viel Geld
41 aus dem Fonds, während Unternehmen, die dieser Verantwortung nicht nachkommen, mehr zahlen.
42 Für Betriebe aus Regionen und Branchen, in denen es insgesamt an Bewerber*innen fehlt, sollen
43 zwischen den Sozialpartnern abgestimmte Lösungen entwickelt werden

44

1

2

3 **AW 5 Jusos Niedersachsen - Niedersachsen zum Wasserstoffland**
4 **Nr.1 machen**

5

6 Bis 2045 sollen Deutschland und das Land Niedersachsen klimaneutral werden. Um dieses Ziel er-
7 reichen zu können, muss der Ausbau erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Neben Solar-
8 und Windenergie wird auch Wasserstoff entscheidend dazu beitragen, die angestrebte Klimaneut-
9 ralität zu erreichen. Wasserstoff ist als Energieträger flexibel einsetzbar. Besonders in der Stahl- und
10 Chemieindustrie kann Wasserstoff als klimaschonende Energiequelle eingesetzt werden, solange
11 der Wasserstoff mit erneuerbaren Energien im Elektrolyseverfahren gewonnen wird.

12 Niedersachsen beteiligt sich bereits an der norddeutschen Wasserstoffstrategie. Diese bündelt die
13 Synergien der 5 norddeutschen Bundesländer (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpom-
14 mern, Bremen und Niedersachsen), um einen schnellen Ausbau einer Wasserstoff-Infrastruktur zu
15 gewährleisten. Hierbei wurde bereits eine Übersicht zur flächendeckenden Versorgung von Wasser-
16 stoff-Hubs erarbeitet. In Niedersachsen sind 6 solcher Hubs in Planung.

17 Der Netzentwicklungsplan Gas 2022 bis 2032 hat eine Umfrage nach der Erzeugung und dem Bedarf
18 von Wasserstoff durchgeführt. Dieser sieht vor, dass bis 2030 in Deutschland 23,7 GW, in Nord-
19 deutschland 14,4 GW und in Niedersachsen 7 GW an Elektrolysekapazität vorhanden sein muss. Aus
20 diesem Schlüssel geht hervor, dass über ein Drittel des benötigten Wasserstoffes für Deutschland
21 in Niedersachsen produziert werden muss. Niedersachsen nimmt also nicht nur generell bei erneu-
22 erbaren Energien eine Vorreiterrolle ein, sondern muss diese auch insbesondere bei der Wasser-
23 stoffentwicklung, -produktion und -versorgung einnehmen.

24 Damit dieses Ziel erreicht werden kann, brauchen wir einen zügigen Ausbau der Wasserstofftechno-
25 logien. Deswegen fordern wir:

- 26 • Einen Ausbau der Förderprogramme für Wasserstoffprojekte, die besonders größere Projekte för-
27 dern soll um einen schnelleren Ausbau eine Wasserstoff Infrastruktur zu erreichen
- 28 • Gezielt den Aufbau von großen Elektrolyseuren im industriellen Maße fördern
- 29 • Einen Ausbau des Niedersächsischen Wasserstoff-Netzwerkes, welches Projekte nicht nur för-
30 dern soll, sondern zukünftig auch Synergien der Projekte erreichen soll.
- 31 • Einen schnelleren Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur, um die angestrebten Klimazielen zu
32 erreichen.

33

34 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

35

36

37

38 **AW 6 OV Hannover Oststadt/Zoo - Bundesratsinitiative zur Vermö-**
39 **gensteuer und zur Geltendmachung der Einnahmeausfälle**

40

41 Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die Vermögensteuer nach
42 dem Vermögensteuergesetz (VStG) in nun rechtmäßiger Weise wiederbelebt - erforderlichenfalls
43 über eines Gesetzesinitiative des Landes Niedersachsen im Bundesrat nach Art. 76 GG.

1 Vermögen oberhalb eines Freibetrages von 2 Millionen € wird wieder mit 1 % pro Jahr besteuert wer-
2 den. Grundlage der Berechnung der neu zu regelnden Steuer sind die Grundsätze, die das Bundes-
3 verfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22.06.1995 (2 BvL 37/91) aufgestellt hat.

4 Die Missachtung der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist an den Bundesgesetzgeber für
5 eine gebotene Neuregelung bis zum 31.12.1996 hat zu Einnahmeausfällen bei den Bundesländern in
6 mindestens zweistelligen Milliardenbeträgen geführt; den entsprechenden finanziellen Anteil macht
7 das Land Niedersachsen als Forderung gegenüber dem Bund geltend, der Bund erstattet den Ländern
8 die Einnahmeausfälle.

9

10 **Begründung:**

11 Die Vermögensteuer - einst von Theo Waigel (CSU) als unabdingbare Gerechtigkeitssteuer bezeich-
12 net - setzt den Gerechtigkeitsgedanken um und ist als einzige Maßnahme geeignet, die immer weiter
13 auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wieder ansatzweise zu schließen.

14 Nach Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist die ungleiche Vermögens-
15 verteilung in ganz Europa nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland.

16 Die Vermögensteuer setzt unseren Grundsatz der Solidarität in die Tat um, wonach starke Schultern
17 mehr tragen können als schwache, und ist langfristig dazu geeignet, die jeden Endverbraucher tref-
18 fende Umsatzsteuer wieder zu senken.

19 Im Übrigen trägt die Vermögensteuer als volkswirtschaftlich ankurbelnde Steuer dazu bei, den Weg
20 aus der Finanzkrise zu weisen, indem sie angelegtes bzw. liegendes Vermögen löst und in den Wirt-
21 schaftskreislauf zurückführt.

22 Da die jährlichen Erträge auf das zu steuernde Vermögen einen Steuersatz der Vermögensteuer
23 von 1 % im Regelfall deutlich übersteigen, ist die verfassungsmäßige Neuregelung der Vermögen-
24 steuer für die Betroffenen auch zumutbar.

25

26 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

27

28

29

30 **AW 7 KV Grafschaft Bentheim - Faire Strompreise – Preiszonen ein- 31 führen!**

32

33 Die Einführung von verschiedenen Strompreiszonen in Deutschland wird beschlossen, um so die
34 Strompreise für die Bürger*Innen im Norden Deutschlands fairer zu gestalten.

35 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag setzen sich für eine Einteilung Deutschlands in diffe-
36 renzierte Strompreiszonen ein. Es wird eine gesetzliche Grundlage für ein gerechteres System ge-
37 schaffen, um einen weiteren wichtigen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

38 **Begründung:**

39 Momentan besteht Deutschland aus einer Strompreiszone, obwohl die Produktions- und Verteilkos-
40 ten regional unterschiedlich sind. Problematisch ist, dass diese Entgelte von Bundesland zu Bun-
41 desland unterschiedlich hoch ausfallen. Das hat zur Folge, dass Verbraucher*innen, die in Bundes-
42 ländern mit hohem Anteil erneuerbarer Energien wohnen, einen sehr viel höheren Strompreis zahlen

1 müssen als Verbraucher*innen in Bundesländern, die selbst wenig bis gar keinen grünen Strom pro-
2 duzieren, diesen aber von anderen Ländern beziehen. Weil besonders im Norden viele Windparks an-
3 geschlossen wurden, müssen die Netzbetreiber dort stark in den Netzausbau investieren und wälzen
4 diese Kosten in der Folge auf die Verbraucher*innen vor Ort ab. Vereinfacht gesagt ist der Strompreis
5 in Bayern viel geringer als in Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern,
6 weil der Strom aus Windenergie vor allem im Norden produziert wird.

7 Es ist schlicht unfair, dass Bundesländer, die den Ausbau von Windkraft und Stromnetzen seit Jahr-
8 zehnten blockieren, nun zulasten derjenigen Länder und damit zulasten der Bürger*innen profitie-
9 ren, die die Notwendigkeit von Wind- und Wasserenergie erkannt haben und sich infolgedessen aktiv
10 für den Ausbau erneuerbarer Energien eingesetzt haben. Der Strom muss da am günstigsten sein,
11 wo er produziert wird. Nur das kann die – sich beinahe aufdrängende – Antwort auf 15 Jahre bayri-
12 schen energiepolitischen Irrwegs sein. Es lässt sich weder erklären noch rechtfertigen, warum aus-
13 gerechnet die Verbraucher*innen im Norden nun die höheren Kosten tragen müssen. Das ist schlicht
14 ungerecht! Die höheren Stromnetzentgelte belasten neben Verbraucher*innen aber auch den Wirt-
15 schäftsstandort Norddeutschland. Wenn ein Windrad in der Nähe von Häusern gebaut wird, sinkt
16 momentan der Wert der Immobilie. Hiervon Betroffene zahlen dann doppelt: Durch erhöhte Preise
17 und einen Wertverlust ihres Eigenheims. Würde man nun wenigstens die Strompreise fair gestalten,
18 könnte so auch die Akzeptanz von Windrädern gesteigert und ein Ausgleich geschaffen werden. Dass
19 die momentane Situation absurd ist, verdeutlicht auch ein weiteres Beispiel: Während die Winds-
20 tromproduktion in Niedersachsen in den letzten Jahren stark ausgebaut wurde, ist die Stromnach-
21 frage dennoch in den energieintensiven Wirtschaftsknotenpunkten im Süden am größten. Damit die
22 Stromleitungen nicht überlastet werden, sind in der Folge teure Maßnahmen zur Stabilisierung und
23 Sicherung des Netzes notwendig. Davon erfasst ist der „Redispatch“. Das bedeutet, dass zwischen-
24 zeitlich teure, umweltschädliche Kohlekraftwerke im Süden Energie produzieren müssen, weil grü-
25 ner Windstrom aus Norddeutschland mangels Kapazität nicht in den Süden transportiert werden
26 kann.

27 Deshalb sind wir für die Einführung von Strompreiszonen. Das hätte zur Folge, dass die Strompreise
28 in Bundesländern, die mehr erzeugen als verbrauchen, fallen. Im Gegenzug steigen die Preise überall
29 dort, wo zu wenig Strom selbst erzeugt wird. Die Menschen im Norden zahlen niedrigere, fairere Preise
30 und auch der Klimaschutz ist ein Gewinner dieses Vorschlags.

31

32 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

33

34

35

36 **AW 8 Bezirk Hannover - Hightech-Jobs durch Qualifizierung in Nie-** 37 **dersachsen halten**

38

39 Die digitale Transformation erfasst alle Wirtschaftsbereiche. Nicht nur in Produktion und Gewerbe
40 halten Künstliche Intelligenz, Mensch-Maschine-Schnittstellen und mehr Einzug, sondern auch die
41 Entwicklungsdienstleisterbranche wird voll erfasst. Das gilt insbesondere für die Autoindustrie
42 durch den schnellen Wandel vom Verbrennungsmotor zur Elektromobilität und vom einzelnen Fahr-
43 zeug zur vernetzten Mobilität.

44 Niedersachsen und insbesondere die forschungsintensive Metropolregion Hannover-Braunschweig-
45 Göttingen-Wolfsburg sind für die Branche ein zentraler Standort, unter anderem mit tausenden Ar-
46 beitsplätzen des weltweit größten Entwicklungsdienstleisters. Hier wandeln sich die Themenfelder

1 rasant. Während noch vor kurzem Komponenten für Fahrzeuge auf Verbrennerbasis entwickelt wur-
2 den, werden nun Softwareprodukte und neue Antriebsprodukte mit Einsatz erneuerbarer Energien
3 und deren Speicherung verlangt. Beispielsweise müssen Prüflingenieur:innen in kurzer Zeit zu Soft-
4 ware-Engineers oder Data Analysts weiterqualifiziert werden. Hierbei handelt es sich um Arbeits-
5 plätze mit hohen Qualifikationsanforderungen, deren Erhalt auch zentral für die nachfolgende Wert-
6 schöpfungskette und damit Arbeitsplätze in Produktion und Vertrieb ist.

7 Im Bereich der Weiterbildung in der Transformation haben die jetzige und die vorige Bundesregie-
8 rung unter SPD-Führung bereits viel auf den Weg gebracht, insbesondere das Qualifizierungschancengesetz
9 und das Quali-KUG. Für Hightech-Jobs sind diese Instrumente allerdings in der Praxis der-
10 zeit kaum anwendbar. Ursache hierfür sind die Faktoren Zeit und Kosten: In der geforderte Qualifi-
11 zierungszeit können nicht alle Elemente moderner Weiterbildung anerkannt werden und die aner-
12 kennungsfähigen Kosten für die Maßnahmen liegen weit unter dem Kostensatz für Dozent:innen im
13 Hochtechnologiebereich.

14 Vor diesem Hintergrund regen wir folgende Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene an:

15 1. Im in Erarbeitung befindlichen Weiterbildungsgesetz sollte die Anerkennung aller Elemente
16 moderner Weiterbildung ermöglicht werden.

17 Konkret sollten in Anpassungsqualifizierungen nach SGB III i.H.v. 121 Unterrichtseinheiten auch be-
18 gleitende Lern- und Transferprojekte anerkennungsfähig sein. Berücksichtigt werden sollten Bau-
19 steine des informellen Lernens, Peer Trainings, begleitendes Lernen und E-Learning-Formate bzw.
20 Selbstlerneinheiten. Hierfür müsste in das Weiterbildungsgesetz eine Öffnungsklausel eingefügt
21 werden, die es der Bundesagentur für Arbeit ermöglicht, solche Lernformen künftig anzuerkennen.
22 Um sicherzustellen, dass die Qualifizierungsmaßnahmen nachhaltig die einzelne Beschäftigte:n in
23 ihrer Beschäftigungsfähigkeit fördert und damit Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet, sollte die An-
24 erkennung von neuen Lernfeldern und -formen entweder durch eine Betriebsvereinbarung zwischen
25 Arbeitgeber und Betriebsrat oder durch einen Qualifizierungstarifvertrag mit der zuständigen Ge-
26 werkschaft abhängig sein.

27 2. Die Finanzierung und das Antrags- und Zertifizierungsverfahren für Hightech-Qualifizierun-
28 gen sollte besser und schneller gestaltet werden.

29 Durch die bestehenden Kostensätze sind Qualifizierungen im Hochtechnologiebereich kaum über
30 die Förderung nach dem Qualifizierungschancengesetz darstellbar. Für eine bessere Finanzierung
31 und schnellere Umsetzung sollte den Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit mehr Spiel-
32 raum für schnelle Akkreditierungs- und Kostenabweichungsverfahren sowie Pilotvorhaben gegeben
33 werden, beispielsweise durch ein gesetzlich abgesichertes Innovationsbudget für die einzelnen Re-
34 gionaldirektionen, dass diese in eigener Zuständigkeit einsetzen können.

35 3. Auf Landesebene sollte die bisherige Weiterbildungsförderung so umgestaltet werden, dass
36 Bundes- und Landesförderungen noch besser verzahnt werden, insbesondere für kleine und mittlere
37 Unternehmen (KMU).

38 Das bisherige Programm „Weiterbildung in Niedersachsen“ wird zum 30.06.2023 auslaufen. Ein
39 Nachfolgeprogramm sollte noch stärker eine Kombination mit dem Qualifizierungschancengesetz
40 ermöglichen. So hat beispielsweise das Land Bremen einen eigenen Qualifizierungsbonus finanziert
41 aus Landes- und EU-Mitteln ab Februar 2023 eingeführt, der bundesgeförderte Maßnahmen mit bis
42 zu 200 Euro pro Monat und Beschäftigte:r ergänzt, allerdings nur für un- und angelernte Arbeitneh-
43 mer:innen. Beispielsweise könnte ein niedersächsischer Qualifizierungsbonus eingeführt werden,
44 der nochmals erweitert allen Qualifikationsstufen eine Kofinanzierung ermöglicht.

45 4. Entscheidend für die Umsetzung und Finanzierung von erfolgreicher Weiterbildung in der
46 Transformation in Niedersachsen wird der Europäische Sozialfonds+ (ESF+) sein.

1 Bis 2027 erhalten Bund und Länder rund 6,56 Milliarden Euro aus dem ESF+, aus dem kombinierten
2 Programm EFRE und ESF+ stehen für Niedersachsen bis 2027 rund 1,06 Milliarden Euro zur Verfü-
3 gung. Im vom Land aufgelegten Programm stehen die Ziele der sozialen Gestaltung der Transforma-
4 tion und Gute Arbeit im Vordergrund. Entscheidend ist nun, dass aus dem Rahmen konkrete Förder-
5 programme im Einvernehmen mit den Sozialpartnern für Niedersachsen entwickelt werden, die Ver-
6 netzung und unterstützende Finanzierung mit Angeboten der Bundesagentur für Arbeit ermöglichen,
7 um konkurrierende Förderprogramme zu vermeiden und stattdessen einen Hebeleffekt zu erreichen.

8

9 **Begründung:** erfolgt mündlich.

10

11 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

12

13

14

15 **Bauen & Wohnen**

16 **BA1 OV Meppen - Anpassung des Niedersächsisches Wohnraumför-** 17 **dergesetzes (NWoFG) Richtlinie zur Durchführung der sozialen Wohn-** 18 **raumförderung in Niedersachsen**

19

20 Wir fordern das NWoFG anzupassen und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu verstärken.

21 Dazu sollten zwei Komponenten in dem Gesetz verändert bzw. ergänzt werden:

- 22 - Anpassung der Mietobergrenzen
- 23 - Einbindung einer Komponente für energetischen Bauen

24 **Begründung:**

25 Wohnen entwickelt sich immer mehr zur einer der zentralen Sozialen Fragen in Niedersachsen. Die
26 stark angestiegenen Nebenkosten setzen immer mehr Bürger wirtschaftlich unter Druck. Günstiger
27 und energetisch vertretbarer Wohnraum steht vielfach nicht mehr zur Verfügung. In Niedersachsen
28 ist ein flächendeckender Rückgang von Wohnungen mit Mietpreisbindungen zu beobachten.

29 Zeitgleich ist aktuell in dem Sektor kaum noch Bautätigkeit zu verzeichnen. Durch den starken An-
30 stieg der Grundstückpreise und der Baukosten, sind Investitionen im Sozialen Wohnungsbau wirt-
31 schaftlich nicht mehr lukrativ.

32 Die derzeitige Mietobergrenze für die Förderung nach Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz
33 durch die NBank liegt bei 5,60 € pro m². Dieser Mietzins liegt vielerorts bereits deutlich unter den
34 geförderten Obergrenzen nach dem SGB II oder SGB VII. In den meisten niedersächsischen Kommu-
35 nen werden Mieten von 6-9 € inzwischen als Mietobergrenzen für angemessene Unterkunftskosten
36 akzeptiert. Auch die Obergrenzen im Wohngeldgesetz liegen deutlich höher. Im

37 Schnitt liegt die Mietobergrenze bei Wohnung von 50 m² bei einer Einzelperson und Mietstufe 1 be-
38 reits bei 6,94€.

39 Wir fordern die Anpassung der Obergrenze an die durchschnittlichen Obergrenzen nach dem SGBII.

1 Vorstellbar wäre auch die Orientierung an den Vorgaben des Wohngeldgesetzes und den jeweiligen
2 Mietstufen.

3 Um im Sozialen Wohnungsbau energetischen Bauen zu fördern, sollten weitere Anreize im Nieder-
4 sächsisches Wohnraumfördergesetz eingebunden werden. Der Anteil der Energiekosten an den
5 Wohnraumkosten nimmt aktuell dramatisch zu. Die vorgegebene niedrige Mietobergrenze verhin-
6 dert die kostenintensive energetische Ausrichtung im Sozialen Wohnungsbau. Wir fordern daher das
7 energetische Bauen über das Wohnraumfördergesetz besonders zu fördern. Sofern Investoren im
8 KFW 40 Standard bauen, sollte dies mit höheren Tilgungszuschüsse zu Baubeginn oder alternativ
9 durch eine höhere Mietobergrenze besonders gefördert werden.

10 Durch die Veränderungen im Niedersächsisches Wohnraumfördergesetz würde der soziale Woh-
11 nungsbau für Investoren wieder wirtschaftlich attraktiver werden. Durch die Einbindung einer Kom-
12 ponente für energetischen Bauen könnten die Energiekosten für Einkommensschwache Haushalte
13 reduziert und gleichzeitig ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

14

15 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

16

17

18

19 **BA2 OV Hannover Oststadt/Zoo - Abschaffung der Zulässigkeit von** 20 **Indexmieten**

21

22 Die Regelung des § 557b BGB, der die Zulässigkeit von Indexmietverträgen regelt, wird aufgehoben.

23 **Begründung:**

24 Im Interesse der Vermieterseite wurde die Regelung des § 557b BGB eingeführt, der auch in Zeiten
25 hoher Inflation sicherstellt, dass die Realmieten nicht sinken.

26 Die dadurch geschaffene Möglichkeit, die Miete selbst dann zu erhöhen, wenn sie bereits über der
27 ortsüblichen Vergleichsmiete liegt, stellt eine ungerechtfertigte Besserstellung der Vermieterseite
28 dar, deren Einkünfte in den letzten 25 Jahren ohnehin exorbitant gestiegen sind.

29 Im öffentlichen Interesse der Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums ist diese Regelung da-
30 her ersatzlos zu streichen.

31

32 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung.

33 Antragstext neu: Wir fordern, die Regelung des § 557b BGB, der die Zulässigkeit von Indexmietver-
34 trägen regelt, aufzuheben.

35

36

37

1 **BA3 OV Hannover Oststadt/Zoo - Beschränkung von Modernisie-**
2 **rungsmieterhöhungen**

3

4 A) Die Regelung des § 559 Abs.1 BGB, der die Zulässigkeit von Modernisierungsmieterhöhungen re-
5 gelt, wird dahingehend abgeändert, dass sich die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen Miete auf
6 maximal 4 Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt.

7 B) Im § 559 BGB wird ferner ein Abs. 5a eingefügt:

8 „Die Erhöhung der Miete ist vom Vermieter wieder zurückzunehmen, sobald die Kosten für die Mo-
9 dernisierungsmaßnahme gedeckt sind, in der Regel nach spätestens 25 Jahren.“

10

11 **Begründung:**

12 Im öffentlichen Interesse der Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums ist diese Regelung da-
13 her entsprechend anzupassen. Früher konnten 11 % der Kosten umgelegt werden, auf Initiative der
14 SPD wurde diese Umlegungsmöglichkeit im Rahmen der Großen Koalition auf 8 % beschränkt.

15 Dennoch erfolgen weiterhin breitflächig Mieterhöhungen, mit denen sich die Vermietenden ihre
16 werterhöhenden Modernisierungsmaßnahmen von der Mieterseite bezahlen lassen, die nach aktu-
17 ellem Recht (8 % Umlegung) nach 12,5 Jahren die Modernisierung und Wertsteigerung vollständig
18 abbezahlt haben kann.

19 Da diese Modernisierungsmieterhöhungen zusätzlich zu anderen Mieterhöhungen hinzutreten
20 kann, kommt es für viele Mietende zu unzumutbaren Belastungen, die für sie nicht mehr tragbar
21 sind.

22 Mit der vollständigen Erstattung der Kosten der Modernisierungsmaßnahme durch die Mieterseite
23 entfällt der rechtfertigende Grund für die Erhöhung mit der Folge, dass diese Erhöhungen ab diesem
24 Zeitpunkt mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen sind.

25

26 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung.

27 Antragstext neu:

28 A) Die Regelung des § 559 Abs.1 BGB, der die Zulässigkeit von Modernisierungsmieterhöhungen re-
29 gelt, ist dahingehend abzuändern, dass die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen Miete auf ei-
30 nen geringeren Anteil der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt als die derzeit gel-
31 tenden 8 Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt.

32 B) Im § 559 BGB ist ferner ein Abs. 5a einzufügen:

33 „Die Erhöhung der Miete ist vom Vermieter wieder zurückzunehmen, sobald die Kosten für die Mo-
34 dernisierungsmaßnahme gedeckt sind, in der Regel nach spätestens 25 Jahren.“

35

36

37

38

39

1 **BA4 OV Hannover Oststadt/Zoo - Mietenstopp**

2
3 Der Bundesgesetzgeber führt einen Mietenstopp ein, der entsprechend des Berliner Gesetzes zur
4 Mietenbegrenzung im Wohnungswesen vom 11.02.2020 im BGB entsprechende Regelungen einführt,
5 die sowohl u.a. einen Mietenstopp mit Genehmigungsvorbehalt vorsehen als auch einen Tatbestand
6 für Ordnungswidrigkeiten für die Erhebung überhöhter Mieten und weiterer Gesetzesverstöße.

7 **Begründung:**

8 In Jahrzehnten exorbitanter Steigerungen der Wohnraummieten zunächst in Großstädten, mittler-
9 weile auch deutlich darüber hinaus, ist für die MieterInnenseite der Wohnkostenanteil am verfügba-
10 ren Einkommen im Durchschnitt deutlich angestiegen.

11 Viele Mitmenschen müssen damit ihre mühevoll erworbenen Erwerbseinkünfte zum erheblichen Teil
12 den Vertragspartnern am Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen, die in den letzten Jahren infolge
13 exorbitanter Mieterhöhungen bzw. starken Mietsteigerungen bei der Neuvermietung von Wohnraum
14 Rekordeinnahmen erzielen konnten.

15 Vor dem Hintergrund steigender Zinsen und derzeit leicht sinkender Nachfrage im Bereich des Kaufs
16 von Immobilien bekommt die Nachfrage bei der Vermietung von Wohnraum nochmals eine beson-
17 dere Dynamik.

18 Da Wohnen nicht zum Luxus werden darf, sind alle im Mietverhältnis wohnenden Mitmenschen da-
19 rauf angewiesen, dass bis auf weiteres ein Mietenstopp eingeführt wird.

20 Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 25.03.2021 (2 BvF 1/20,

21 2 BvL 4/20, 2 BvL 5/20) dürfen diese Regelungen derzeit nicht von den Bundesländern, sondern nur
22 vom Bund getroffen werden.

23 Vor dem Hintergrund des Sozialstaatsprinzips nach Art. 20 Abs.1 GG und der Sozialpflichtigkeit des
24 Eigentums nach Art 14 Abs.2 GG sind diese Regelungen zur Vermeidung von massenhafter Armut und
25 Wohnungslosigkeit geboten.

26
27 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material für Bundestagsfraktion

31 **BA5 KV Emsland - Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bausektor in** 32 **Niedersachsen**

33
34 Alle Neu- und Umbauvorhaben sowie sonstige bauliche Sanierungen des Landes Niedersachsen sol-
35 len nach den Kriterien der Kreislaufwirtschaft ausgeschrieben und errichtet werden. Dabei sollen fol-
36 gende Kriterien erfüllt werden:

- 37 • Verwendung von wiederverwendbaren oder recycelbaren Baustoffen /-materialien.
38 • Vermeidung von Sondermüll und anderen Abfallprodukten.
39 • Minimierung von Transportwegen und Energieverbrauch bei der Herstellung und Verarbeitung
40 von Baustoffen.
41 • Berücksichtigung von Möglichkeiten zur späteren De- oder Remontage von Bauelementen zur
42 Reduktion von Abfall bei Demontage und Abriss.

- 1 • Vermeidung von Abfällen durch eine effiziente Materialplanung und Abfallvermeidung bereits
- 2 in der Planungsphase.
- 3 • Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Baustoffen.
- 4 • Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Auswirkungen der Bauprojekte, beispielsweise
- 5 durch die Verwendung umweltverträglicher Materialien und die Einhaltung sozialer Standards
- 6 bei der Beschaffung von Bauleistungen und Materialien.

7

8 **Begründung:**

9 Die Kreislaufwirtschaft im Bausektor ist von großer Bedeutung, wertvolle Ressourcen werden ge-
10 schont und erhalten und Umweltschäden vermieden. Die Verwendung von recycelten oder wiederver-
11 wendbaren Baustoffen führt zu einer Verringerung des Abfallaufkommens (z.B. Sondermüll) und zu
12 einer Reduzierung der CO2-Emissionen, die derzeit bei der Entsorgung von Bauabfällen und der Her-
13 stellung von neuen Baustoffen entstehen.

14 Die wiedergewonnenen Baumaterialien können auf verschiedene Weise wiederverwertet werden, bei-
15 spielsweise durch Recycling, Wiederaufbereitung oder Wiederverwendung. Dies kann auch zur För-
16 derung der lokalen Wirtschaft beitragen, da lokale Unternehmen und Handwerker für die Wiederauf-
17 bereitung und Wiederverwertung von Baustoffen eingesetzt werden können.

18 Es gibt bereits viele öffentliche Gebäude, die nach den Kriterien der Kreislaufwirtschaft errichtet wur-
19 den. Das „Haus der Materialisierung“ in Berlin ist ein überzeugendes Beispiel für ein Gebäude, das
20 aus recycelten Materialien errichtet wurde.

21 In den Niederlanden wurde das Stadtverwaltungsgebäude der Gemeinde Venlo nach dem Prinzip der
22 Kreislaufwirtschaft geplant und erbaut. Auch das Europa-Haus, Hauptsitz des Europäischen Rates
23 und des Rates der EU in Brüssel, ist ein gutes Beispiel für den Einsatz wiederverwertbarer Baustoffe:
24 Für die Fassadengestaltung wurden restaurierte Holzfensterrahmen verwendet, die von renovierten
25 oder abgerissenen Gebäuden in der EU stammen.

26 Die Europäische Union hat bereits Gesetze und Vorschriften zur Kreislaufwirtschaft im Baubereich
27 erlassen, beispielsweise die „Bauproduktenverordnung“, die überarbeitet und modernisiert werden
28 soll und die „Abfallrahmenrichtlinie“. Außerdem verfolgt die EU den „Aktionsplan für die Kreislauf-
29 wirtschaft“ als einen wichtigen Baustein des europäischen „Green Deals“.

30 Auf Bundesebene gibt es Förderungen für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft im Baubereich, bei-
31 spielsweise das "Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand" (ZIM) des Bundesministeriums für
32 Wirtschaft und Klimaschutz. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) informiert über erfolgreiche
33 Initiativen der Kreislaufwirtschaft, daraus kann geschlossen werden, dass auch über die KfW Förde-
34 rungen für die Baubranche möglich sind.

35 In Niedersachsen können kleine und mittelständische Unternehmen bei der NBank Förderanträge
36 stellen im Bereich betrieblicher Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft.

37 Das Land Niedersachsen auf dem Weg zum Energieland Nr. 1 kann auch beim Thema Kreislaufwirt-
38 schaft in der Baubranche eine Vorreiterrolle übernehmen und ein deutliches Signal für mehr Nach-
39 haltigkeit setzen.

40 *Quellen und weiterführende Links:*

41 EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft:

42 <https://ec.europa.eu/environment/circular-economy/>

43 Wie will die EU bis 2050 eine Kreislaufwirtschaft erreichen?

44 <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20210128STO96607/wie-will-die-eu-bis-2050-eine-kreislaufwirtschaft-erreichen>

- 1 Kreislaufwirtschaft in der EU:
2 <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/circular-economy.html>
3 EU-Abfallrichtlinie:
4 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=legissum:ev0010>
5 Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand:
6 <https://www.zim.de/ZIM/Navigation/DE/Home/home.html>
7 KfW: Dossier Kreislaufwirtschaft:
8 <https://www.kfw.de/stories/dossier-kreislaufwirtschaft.html>
9 NBank: Förderprogramm Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft:
10 <https://www.nbank.de/F%C3%B6rderprogramme/Aktuelle-F%C3%B6rderprogramme/Ressourceneffizienz-und-Kreislaufwirtschaft.html>
11
12 Europa-Gebäude (Hauptsitz des Europäischen Rates und des Rates der EU): <https://www.consilium.europa.eu/de/contact/address/council-buildings/europa-building/>
13
14 Stadtverwaltungsgebäude Gemeinde Venlo:
15 <https://c2cvenlo.nl/de/stadtverwaltung-venlo/>
16 Circular Viaduct, Niederlande:
17 <https://www.circulaireviaducten.nl/>
18 Haus der Materialisierung, Berlin:
19 <https://hausdermaterialisierung.org/>
20 Open AI:
21 <https://chat.openai.com/>
22
23 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung.
24 Antragstext neu: Alle künftig neu zu planenden Neu- und Umbauvorhaben sowie künftig neu zu planende sonstige bauliche Sanierungen des Landes Niedersachsen sollen nach den Kriterien der
25 Kreislaufwirtschaft ausgeschrieben und errichtet werden. Dabei sollen möglichst viele der folgenden Kriterien erfüllt werden:
26
27
28 • Verwendung von wiederverwendbaren oder recycelbaren Baustoffen /-materialien.
29 • Vermeidung von Sondermüll und anderen Abfallprodukten.
30 • Minimierung von Transportwegen und Energieverbrauch bei der Herstellung und Verarbeitung
31 von Baustoffen.
32 • Berücksichtigung von Möglichkeiten zur späteren De- oder Remontage von Bauelementen zur
33 Reduktion von Abfall bei Demontage und Abriss.
34 • Vermeidung von Abfällen durch eine effiziente Materialplanung und Abfallvermeidung bereits
35 in der Planungsphase.
36 • Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Baustoffen.
37 • Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Auswirkungen der Bauprojekte, beispielsweise durch die Verwendung umweltverträglicher Materialien und die Einhaltung sozialer
38 Standards bei der Beschaffung von Bauleistungen und Materialien.
39
40

1

2

3 **BA6 OV Hannover Oststadt/Zoo - Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfs-**
4 **kündigungen**

5

6 Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die Vo-
7 raussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum deutlich anzuheben
8 und einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche Vortäuschen
9 der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe stellt.

10

11 **Begründung:**

12 Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum werden immer öfter von Vermieterseite ausgesprochen,
13 um bei der Neuvermietung deutlich höhere Mieten zu vereinbaren, ohne dass tatsächlich eine Eigen-
14 bedarfssituation gegeben ist.

15 Eine weitere beliebte Methode ist die Benutzung einer tatsächlich gegebenen Eigenbedarfssituation,
16 um gleich eine Mehrzahl an Eigenbedarfskündigungen auszusprechen.

17 Zur Vermeidung solcher für die Mieterseite häufig existenzgefährdenden Situationen sollte ein stär-
18 kerer gesetzgeberischer Mieterschutz den sozialen Frieden sichern.

19

20 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

21 Antragstext neu: Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivil-
22 rechtlich die Voraussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum an-
23 zuheben und einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche
24 Vortäuschen der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe
25 stellt.

26

27

28

29 **Bildungspolitik**

30 **B1 UB Osnabrück-Stadt - Bauliche und digitale Schulausstattung**

31

32 Die SPD Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, die Schulbaurichtlinie an baulichen und digitalen
33 Anforderungen in Schulen und an zeitgemäßen pädagogischen Konzepten auszurichten.

34 **Bauliche Ausstattungen:**

- 35 • Funktionsräume zur Differenzierung, für Fachräume und Räume für Eltern-gespräche.
36 • Pausen- und Rückzugsräume für Beschäftigte sowie Schüler*innen
37 • persönliche Arbeitsplätze für Lehrende

38 **Digitale Ausstattungen:**

- 1 • technische Wartung und Betreuung für die digitale Ausstattung schaffen,
- 2 • den Lehrenden Hardware bereitstellen,
- 3 • den Datenschutz gewährleisten,
- 4 • Fortbildungen für Lehrende anbieten,
- 5 • unabhängige Medienkonzerne nutzen und fördern
- 6 • die digitale Ausstattung an die pädagogischen Konzepte anpassen.

7 **Begründung:**

8 Die Aula ist wegen Einsturzgefahr gesperrt. Es regnet mal wieder durch das Flachdach. Schadstoffe,
9 Feinstaub, Schimmel und Lärm verursachen gesundheitliche Beschwerden. Gutes Lernen aber
10 braucht ein gesundes bauliches Umfeld. Die Beseitigung von offensichtlichen Bau-mängeln kann
11 daher nur der Anfang sein!

12 Moderne Lernformen, der Ausbau von Ganztageeinrichtungen und Inklusion schaffen zusätzliche
13 Anforderungen an Gebäude und Ausstattung. Allen Bildungsbeteiligten sollte Raum gegeben werden,
14 sich weiterzuentwickeln. Dazu braucht es Lernorte für große, aber auch kleine Gruppen, für unter-
15 verschiedene Lernformen, Lesecken, Rückzugsmöglichkeiten und Aufenthaltsräume, aber auch
16 Räume für alle Fachkräfte zur Vorbereitung, zum Austausch und zum Ausruhen. Und Ganztage kann
17 nur mit einer Mensa klappen, die groß genug ist und gesundes Essen für alle anbietet. Er braucht ein
18 spezielles Raumkonzept. So aber sieht die Realität aktuell leider nicht aus!

19 Nachholbedarf und Handlungsdruck bestehen bei der Digitalisierung genug. Sie muss vom pädago-
20 gischen Anspruch hergedacht werden: Nicht Laptops und Whiteboards um ihrer selbst willen sind
21 die Lösung aller Probleme, sondern die Anschaffung der „Hardware“, die die moderne Pädagogik tat-
22 sächlich benötigt.

23 Die Bundesregierung hat 3,5 Mrd. Euro für ein Schulsanierungsprogramm und 5 Mrd. Euro für den
24 „DigitalPakt Schule“ zur Verfügung gestellt. Dennoch hat sich der Sanierungs- und Investitionsstau
25 bei Schulen und Weiterbildung laut der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nochmals vergrößert.
26 Hier liegt er mittlerweile bei 47,7 Mrd., bei der Kleinkindbetreuung bei 7,6 Mrd. und den Hochschulen
27 bei bis zu 50 Mrd. Die Kämmerer*innen in den Städten und Gemeinden raufen sich wegen der Her-
28 ausforderungen die Haare.

29 Egal ob Unterhalt, Sanierung oder Neubau hat im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen
30 zu gelten: Die Lernorte müssen sich den Anforderungen zeitgemäßer pädagogischer Konzepte an-
31 passen!

32 Mehr Geld für Bildung! Sanierungsstau aufheben! Zeitgemäße Bildungsgebäude ermöglichen!

33 Quelle:

34 https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2019_05_Flyer_Gebaeude_web.pdf

36 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/kinder-wuenschen-sich-modernere-architektur-und-ausstattung-ihrer-schule>

38 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wie-digital-sind-deutschlands-schulen>

39 https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2018_09_24_Ergebnisse_Mitgliederbefragung_Gebaeude.pdf

41 https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2018-09-24_Infografik-Mitgliederbefragung.pdf

43

44 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Koalitionsvertrag

1

2

3

4 **B2 UB Oldenburg-Land - Erhalt von Sprachlernklassen**

5

6 Wir beantragen den Erhalt von Sprachlernklassen an öffentlichen Schulen, um den Spracherwerb
7 und die Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in einem geschützten Rahmen zu
8 fördern.

9

10

11 **Begründung:**

12 Deutschland ist ein Einwanderungsland und sollte eine Willkommenskultur bieten, welche die In-
13 tegration in die Gesellschaft durch das gezielte Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht.

14 Die Abschaffung von Sprachlernklassen hat sich nicht bewährt. Der schnellste Weg zur Integration
15 in einem fremden Land ist die Sprache. In einer Regelklasse haben die Kinder zwar mehr Kontakt
16 untereinander, können aber den Unterrichtsinhalten nur selten oder gar nicht folgen. Die Teilnahme
17 ist bezüglich des schnellen Erlernens einer Fremdsprache inklusive Schreibfertigkeit nicht zielfüh-
18 rend und erschwert auch die Eingewöhnung in ein regelmäßiges Schulsystem, das besonders ge-
19 flüchteten Kinder oft noch unbekannt ist. In einer Sprachlernklasse hingegen kann jedes Kind durch
20 Erwerb des Grundwortschatzes individuell auf den später vorgesehenen Besuch einer Regelklasse
21 vorbereitet werden, da der Spracherwerb im Vordergrund steht. Soziale Kontakte und weitere Sprach-
22 kenntnisse können bei der sukzessiven auszubauenden Teilnahme an Fächern wie Kunst, Musik,
23 Sport und in den Pausen erworben werden.

24

25 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Regierungshandeln

26

27

28

29 **B3 UB Oldenburg-Land - Pflichtkurse zur Ersten Hilfe ab der weiter- 30 führenden Schule für alle Jahrgänge**

31

32 Niedersachsen sollte für alle weiterführenden Schulen einmal im Jahr, mindestens aber alle zwei
33 Jahre, einen Erste-Hilfe-Kurs für Schüler*innen anbieten. Dieser Kurs sollte für alle Schüler*innen
34 verpflichtend sein.

35 **Begründung:**

36 Auch Jugendliche sollten in der Lage sein, die Grundkenntnisse

37 der Ersten Hilfe im Notfall anwenden zu können. Viele junge Leute

38 beschäftigen sich das erste Mal mit diesem Thema, wenn sie den Führerschein machen, was frühes-
39 tens mit 17 Jahren der Fall ist. Daher wäre es wünschenswert, dass die Schulen durch eine externe
40 (oder auch interne, vielleicht Sportlehrer*innen?) Lehrkraft mit den Schülern*innen einmal im Jahr,

1 mindestens aber alle zwei Jahre, einen erste Hilfe Kurs in den Klassen aller Jahrgänge durchführen
2 lassen. Damit das Interesse der Schüler*innen geweckt wird, sollte es sich dabei um eine Pflichtver-
3 anstaltung handeln.

4

5 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Beschlusslage LPT 2018

6

7

8

9 **B4 UB Osnabrück-Stadt - Queere Bildung fördern**

10

11 Wir fordern die Aufklärung über verschiedene Formen von Sexualität und Geschlechtsidentitäten
12 sowie eine nicht nur auf die Empfängnis fokussierte Verhütung und nicht-traditionelle“ Familienbil-
13 der in das Kerncurriculum des Sachunterrichts an Grundschulen aufzunehmen.

14 **Begründung:**

15 erfolgt mündlich

16

17 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Regierungshandeln

18

19

20

21 **B5 Bezirk Weser-Ems - Homeschooling und Onlinekonferenzen als** 22 **Ausbildungsinhalt der Lehrer*innen-Ausbildung**

23

24 Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand der SPD Niedersachsen auf, sich dafür einzusetzen,
25 dass die Landesregierung (hier. MK – Kultusministerium – und MWK – Wissenschaftsministerium)
26 die Lehrkräfteausbildung, unter dem Aspekt des derzeitigem Homeschooling bzw. Distancelearning
27 und Onlinekonferenzen, in den Fokus nimmt. Studierende und angehende Lehrkräfte müssen im
28 Umgang mit der Hardware und der dazugehörigen Software entsprechend ausgebildet sein.

29 Dazu muss für die entsprechende Infrastruktur an den Hochschulen und Studienseminaren gesorgt
30 werden, um den Studierenden sowie den angehenden Lehrkräften umgehend zielgerichtete Ausbil-
31 dungsinhalte im Bereich der (verantwortungsvollen) Anwendung der digitalen Medien und dem Da-
32 tenschutz vermitteln zu können. Hierzu sind in jedem Fach medienpädagogische und mediendidak-
33 tische Module in der Ausbildung vorzuhalten, um zu lernen, wie Unterricht mit digitalen Medien
34 funktioniert.

35 Unabhängig von diesen Forderungen ist dafür Sorge zu tragen, dass für die bereits in Schule Tätigen
36 die 10-Punkte-Agenda des MK umgehend umgesetzt wird.

37

38 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

39

1

2

3 **B6 Bezirk Weser-Ems - Zukunftstag – dein Crashkurs fürs Leben**

4

5 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Abschlussklassen der allge-
6 meinbildenden Schulen und der berufsbildenden Schulen ein Projekttag „Zukunftstag - dein Crash-
7 kurs fürs Leben“ für Schülerinnen und Schüler regelmäßig durchgeführt wird. Der Kultusminister
8 wird gebeten die notwendigen Maßnahmen hierfür einzuleiten und die Schulen in der Durchführung
9 zu unterstützen.

10

11 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung.

12 Antragstext neu: Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Ab-
13 schlussklassen der allgemeinbildenden Schulen und der berufsbildenden Schulen ein Projekttag
14 „Zukunftstag - dein Crashkurs fürs Leben“ für Schülerinnen und Schüler regelmäßig durchgeführt
15 wird. Die Kultusministerin wird gebeten die notwendigen Maßnahmen hierfür einzuleiten und die
16 Schulen in der Durchführung zu unterstützen.

17

18

19

20 **B7 Bezirk Weser-Ems - Stärkung der Kompetenzzentren für Fortbil-**
21 **dung**

22

23 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert die niedersächsischen Kompetenzzentren in ihrer Arbeit zu
24 unterstützen. Sie setzt sich daher für eine auf Dauer verlässliche Finanzierung ein, damit die Aufga-
25 ben für die Fortbildung der an Schule Tätigen zuverlässig wahrgenommen werden können.

26

27 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

28

29

30

31 **B8 Bezirk Weser-Ems - Verbesserung der Erzieher:innenausbildung**

32

33 Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, sich schnellstmöglich für ein dualisiertes
34 Ausbildungssystem für Er-zieher*innen und sozialpädagogische Assistenzkräfte in Kindertages-
35 stätten einzusetzen. Dadurch soll insbesondere die Zahlung einer Vergütung während der Ausbil-
36 dungszeit sichergestellt werden. Die entstehenden Aufwendungen werden im Rahmen der Allge-
37 meinen Finanzhilfe nach dem NKiTaG gefördert.

38

39 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Regierungshandeln

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

B9 UB Wesermarsch - Verstetigung des Beratungs- und Bildungsangebotes für Migrant:innen

1. Die Landes-SPD setzt sich dafür ein, dass Beratungsangebote für Migrant:innen verstetigt werden, indem eine auskömmliche grundständige Finanzierung für die Träger bereitgestellt wird.
2. Die Landes-SPD setzt sich für einen langfristigen Ausbau der Bildungsangebote, insbesondere für den Erwerb von Sprachkenntnissen sowie einem Gesellschaftsunterricht, für Migrant:innen ein. Personal in der Erwachsenenbildung ist hierfür unbefristet nach TVÖD einzustellen. Zudem sollte überprüft werden, inwiefern die Qualifikationsanforderungen an das Lehrpersonal an die tatsächlichen Bedarfe angepasst werden können.

Diese Forderungen beziehen sich nicht nur auf Geflüchtete, sondern auf alle Migrant:innen – auch aus dem Schengenraum.

Begründung:

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dies zeigt sich nur in den Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre, sondern auch im Zuzug aus Schengenländern und sog. Drittstaaten. Menschen die nach Deutschland kommen und hierbleiben wollen, muss schnell und nachhaltig ein dauerhafter Aufenthalt ermöglicht werden. Der Schlüssel für eine dauerhafte Integration liegt in der Bildung und insbesondere in guten Sprachkenntnissen. Die hierfür vorhandenen Bildungsangebote sind allerdings hoffnungslos unterfinanziert und daher nicht ausreichend vorhanden. Die beruflichen Perspektiven für potentielle Lehrkräfte sind – wie in der gesamten Erwachsenenbildung – prekär. Eine schlechte Bezahlung und (Ketten-)Befristungen sind üblich. So überrascht es nicht, dass in einem ohnehin leergefegten Arbeitsmarkt im Bildungssektor das notwendige Personal fehlt. Diese Personalnot wird verstärkt durch einen hohen Qualifikationsanspruch an potenzielles Personal. Hier sollte geprüft werden, inwiefern solche Anforderungen, die bspw. von den Jobcentern vorgegeben werden, den tatsächlichen Notwendigkeiten entsprechen.

Dass Ehrenamtliche den umfangreichen Beratungsbedarf ankommender Menschen zu bewältigen versuchen ist bewundernswert und Bedarf unseres Dankes. Ehrenamt darf aber staatliche Pflichtaufgaben, auch in diesem Bereich, nicht ersetzen, sondern höchstens ergänzen und bereichern. Damit die zahlreichen Träger ihren Aufgaben noch besser und in hauptamtlichen Strukturen nachkommen können, bedarf es daher einer dauerhaften und verlässlichen Finanzierung ihrer Angebote.

Zahlreiche Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft aktuell durch den Krieg in der Ukraine gestellt wird, wurden in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 bereits angegangen, deren Finanzierung dann aber in den Folgejahren wieder eingestellt. Dies darf sich nicht wiederholen.

Die SPD setzt sich für Freiheit, Gleichheit und Solidarität in der Gesellschaft ein. Diese Werte garantieren Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Deutschland. Sie konstituieren sich durch eine breite Teilhabe – sie muss allen Menschen in Deutschland zur Verfügung gestellt werden.

Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

B10 OV Wilhelmshaven-Süd - Klassenassistenz für alle niedersächsischen Grundschulklassen

Die Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass alle niedersächsischen Grundschulklassen eine beim Land Niedersachsen fest angestellte Klassenassistenz erhalten, damit die inklusive Beschulung aller Grundschulkinder gewährleistet werden kann.

Begründung:

Bildung und Inklusion für alle Schülerinnen und Schüler in Grundschulklassen kann nur gelingen, wenn die Lehrkräfte im Unterricht durch eine qualifizierte Klassenassistenz unterstützt werden. Eine Assistenzkraft hilft Störungen des Unterrichtsalltags zu verringern und ein lernförderliches Miteinander der Kinder zu fördern. Darüber hinaus vermag sie sich einzelnen Kindern zuzuwenden, wenn es individuelle Probleme im Unterricht oder im schulischen Miteinander gibt.

Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

B11 OV Gifhorn - Klassenassistenz an Grundschulen

An allen Grundschulen in Niedersachsen soll zusätzlich zur Lehrkraft eine weitere pädagogisch ausgebildete Person in den Klassen eingesetzt werden, um so die Inklusion umzusetzen und alle Kinder in den Klassen nach dem jeweiligen persönlichen Bedarf zu fördern.

Begründung:

Die inklusive Beschulung aller Schülerinnen und Schüler mit einem vielfältigen Förderbedarf ist für eine Lehrkraft allein insbesondere in der Grundschule nicht zu schaffen. Kinder mit einem sozialen und emotionalen Förderbedarf benötigen häufig die volle Aufmerksamkeit einer Person. Das kann die Lehrkraft nicht leisten, wenn sie allein ist, z. B. „Weglauf-Kinder“. Die Alternative hierzu ist eine Schulbegleitung. Die Begleitung eines Kindes durch einen Erwachsenen stigmatisiert dieses Kind und kann zur Ausgrenzung führen. Es ist für die anderen Kinder in der Klasse nicht einsichtig, warum sich dieser Erwachsene nicht auch um die anderen Kinder kümmern darf.

Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

1 **B12 OV Gifhorn - Einzügige Lehrerausbildung in Niedersachsen**

2

3 Um das Lehramtsstudium attraktiver zu gestalten, soll es für alle Lehrämter wieder eine einzügige
4 Lehrerausbildung geben, sodass eine Bewerbung auf einen Masterstudienplatz nach dem Bachelor
5 entfällt.

6 **Begründung:**

7 Es fehlt an Lehrkräften in allen Schulformen. Ein durchgehender Studiengang erleichtert die Ent-
8 scheidung für ein Lehramtsstudium.

9

10 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion.

11

12

13

14 **B13 OV Gifhorn - Zusätzliche Studienplätze in den Lehramtsstudien-**
15 **gängen**

16

17 Zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften für die Zukunft ist eine Erhöhung der Studienplätze für alle
18 Lehrämter in Niedersachsen notwendig.

19 **Begründung:**

20 Um die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen in Zukunft sicherzustellen, ist es notwendig, mehr
21 Lehrerinnen und Lehrer auszubilden.

22

23 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

24

25

26

27 **B14 AfB Niedersachsen - Lehrkräftebildung auf die Füße stellen -**
28 **neue Stufenlehrausbildung auf den Weg bringen**

29

30 Im Koalitionsvertrag der SPD geführten Landesregierung wird erneut die Stufenlehrausbildung als
31 Ziel vorgegeben.

32 Die SPD-Landtagsfraktion wird daher aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

- 33 1. die Stufenlehrausbildung nach dem Modell 1. bis 6. Jahrgang und 5. bis 13. Jahrgang umgesetzt
34 wird,
35 2. in den universitären Studiengängen verpflichtende Praxisanteile an den Schulen unter wissen-
36 schaftlicher Fragestellung bereits während des Bachelorstudienganges für alle Lehramt Studie-
37 renden vorgesehen sind,

- 1 3. im Masterstudiengang fächerorientierende und im Unterricht inhaltlich umgesetzte Praxisan-
2 teile unter wissenschaftlicher und fachdidaktischer Fragestellung für alle Lehramt Studieren-
3 den durchgeführt werden.

4 **Begründung:**

5 Die veränderte Schulstruktur sowie die gleichwertige Tätigkeit von Lehrkräften an verschiedenen
6 Schularten werden durch die gegenwärtige Struktur der Ausbildung an den Universitäten nicht mehr
7 abgebildet. Zudem ist die Anwahl der Studiengänge für ein Lehramt an Haupt- oder Realschulen so
8 verschwindend gering geworden, dass diese nur unzureichend inhaltlich an den Universitäten abge-
9 bildet werden können. Darüber hinaus müssen aufgrund der inklusiven Beschulung von Kindern Stu-
10 dienschwerpunkte auf Differenzierung und Integration gesetzt werden.

11 Seit langem werden die mangelnden Praxiskenntnisse in der unterrichtlichen Tätigkeit von Absol-
12 ventinnen und Absolventen beklagt. Eine einfache Rezeptologie durch die Übernahme von Tipps ist
13 hier nicht zielführend. Es bedarf bereits im Studium einer wissenschaftsorientierten Bearbeitung
14 von Praxiserfahrungen. Nur so kann später Berufspraxis sinnvoll reflektiert werden. Der Polyvalenz
15 des Bachelorstudienganges widerspricht dies nicht. Frühe wissenschaftlich angeleitete Praxiserfah-
16 rungen führen zudem zu einer bewussten Planung des Studiums.

17

18 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

19

20

21 **B15 KV Leer - Lernmittelfreiheit bedeutet Kostenfreiheit!**

22

23 Das Ausleihen von Schulbüchern an niedersächsischen Schulen ist für alle Schülerinnen und Schü-
24 ler unentgeltlich zu gestalten. Um eine echte Lernmittelfreiheit zu verwirklichen, sollen allen Schü-
25 lerinnen und Schülern von der Grundschule bis zum Ende der Sekundarstufe II sämtliche Lernmate-
26 rialien kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Es darf dabei keine finanzielle Mehrbelastung der
27 schultragenden Kommunen entstehen.

28 **Begründung:**

29 Kostenfreie Bildung ist seit Ewigkeiten ein Kernanliegen der Sozialdemokratie. Nicht zuletzt im Land-
30 tagswahlkampf 2022 forderte die SPD Niedersachsen die digitale Lernmittelfreiheit und gewann da-
31 mit die Wahl. Diese Forderung hat auch einen Sinn: In fast keinem Land auf der Welt, hängt der Bil-
32 dungserfolg so vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Das ist ein Zustand, den die SPD
33 nicht länger hinnehmen darf. Es ist deshalb richtig, dass durch die Bereitstellung von Tablets für alle
34 Schüler*innen weitere Ungleichheiten im Bildungssystem verhindert werden sollen.

35 Die Digitalisierung der Lehre an niedersächsischen Schulen ist jedoch noch ein langer Prozess. Noch
36 immer arbeiten die meisten Schulen mit den klassischen Schulbüchern. Auch dort galt jahrzehnte-
37 lang die Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen. Die unentgeltliche Ausleihe von Schulbüchern
38 wurde jedoch zum Schuljahr 2004/2005 in der schwarz-gelben Regierungszeit abschafft, sodass
39 Schulen nun eine Gebühr von 33 bis 40 Prozent des Buchpreises für Einjahresbände bzw. 40 bis 60
40 Prozent des Buchpreises für Mehrjahresbände erheben können.

41 Durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit bei Schulbüchern wurde eine weitere Hürde für ge-
42 rechte Bildung aufgebaut. Für die SPD muss klar sein, dass Bildung auf allen Ebenen kostenfrei zu
43 gestalten ist, um Ungleichheiten abzubauen und allen Menschen Teilhabe an der Gesellschaft zu
44 ermöglichen.

45

1 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Beschlusslage.

2

3

4

5 **B16 KV Leer - Berufsorientierung ab der 8. Klasse**

6

7 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die verbindliche Einführung des Themenberei-
8 ches Berufsorientierung ab der 8. Klasse bis zur 10. Klasse in die Kerncurricula an allen allgemeinbil-
9 denden Schulen zeitnah umzusetzen.

10 **Begründung:**

11 Angesichts des Fachkräftemangels ist es erforderlich, im frühen Stadium der Bildungsbiografie den
12 Schülerinnen und Schülern aufzuzeigen, welche berufliche Vielfalt heutzutage auf dem Arbeitsmarkt
13 besteht. Es ist zuzugeben, dass es immer wieder Forderungen nach Einführung von Schulfächern
14 gibt, obwohl im Gegenzug die Lehrpläne nicht entschlackt werden. Doch ist die Einführung eines
15 Unterrichtsfaches „Berufsorientierung“ aus mehreren Gründen zwingend erforderlich: Durch eine
16 Berufsausbildung können die Menschen Sicherheit für ihr späteres Leben erlangen. Noch immer
17 starten zu wenig Schulabgängerinnen und -gänger aus allen Schulformen eine Ausbildung. Dabei
18 gibt es an Haupt-, Real- oder Oberschulen positive Beispiele, wie berufliche Orientierung gelingen
19 kann. Dies gilt es flächendeckend auf alle Schulformen auszuweiten.

20 Mittlerweile besuchen 43% der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs das Gymnasium. Doch
21 nicht für alle dieser Schülerinnen und Schüler ist ein Studium, zu dem ein Abitur befähigen soll, der
22 Ausbildungsweg, der den Neigungen dieser Schülerinnen und Schüler entspricht. Das wird schon
23 durch eine Abbruchquote variierend nach Studiengang von knapp 40% (Universitäten), jedenfalls
24 aber 25% (Fachhochschulen) deutlich. Eine fehlerhafte Steuerung der potenziellen Arbeitskräfte
25 kann aber im Interesse der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht hingenommen werden.
26 Insbesondere in den sozialen Berufen sowie im Handwerk fehlt eine Vielzahl an Arbeitskräften, die
27 zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen des Pflegenotstandes und der
28 Energiewende (als nur zwei von vielen Herausforderungen) unabweisbar sind.

29 Häufig ist den Schülerinnen und Schülern gar nicht bewusst, welche vielfältigen Ausbildungsmög-
30 lichkeiten bestehen. Dafür ist aber erforderlich, eine Auseinandersetzung mit diesen Feldern zu er-
31 möglichen. Ab der 8. Klasse im Alter von 14 Jahren beginnt die Berufsorientierung. Eine Durchführung
32 erst ab der 10. Klasse mit einem Pflichtpraktikum führt häufig dazu, dass schon die Vorentscheidung
33 für ein Studium getroffen wird, ohne um die Möglichkeiten einer Ausbildung zu schätzen. Angesichts
34 der hohen Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, kann nicht mehr nur
35 davon gesprochen werden, dass Gymnasien nicht mehr nur zur Erreichung der Hochschulreife befä-
36 higen sollen, sondern sich verstärkt die Berufsorientierung zum Gegenstand haben sollen.

37

38 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

39

40

41

1 **B17 KV Grafschaft Bentheim - Mehr Erzieherinnen und Erzieher**
2 **braucht das Land**
3

4 Kindertagesstätten, die Kinder im Alter von 1-6 Jahren betreuen, sind wichtige Einrichtungen in der
5 frühkindlichen Bildungslandschaft. Die Berufstätigkeit der Eltern stellt zudem hohe Anforderungen
6 an flexible Öffnungszeiten dieser Bildungseinrichtungen.

7

8 Wir fordern:

- 9 • das System der Praxisintegrierten, vergüteten (sozialversicherungspflichtigen) Ausbildung
10 (PIA), wie es in den Bundesländern NRW und Baden-Württemberg möglich ist, soll auch in Nie-
11 dersachsen eingeführt werden
12 • der Personalschlüssel Fachkraft Kind muss dringend verbessert werden; Gruppen sollten klei-
13 ner werden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden
14 • Verfügungszeiten müssen angepasst werden; eine entsprechende Nachbesserung des NKiTa-
15 Gesetzes ist erforderlich
16 • vom Kultusministerium sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um den Fachkräf-
17 temangel zu begegnen (Quereinsteigerprogramme u.ä.)

18 **Begründung:**

19 Die Corona Zeiten haben zusätzliche Probleme aufgeworfen: Isolation und emotionale Vereinsamung,
20 Sorgen und Nöte in den Familien stellen die Kitas und Jugendeinrichtungen vor große Herausforderungen.
21 Dies erfordert vielfältige Wege in der fachlichen Begleitung, um sensibel auf diese
22 Bedingungen einzugehen. Auch die Integration von Migrantenkindern benötigt kontinuierliche Be-
23 treuung.

24 Das Berufsbild der Erzieher/innen hat jedoch im gesellschaftlichen Umfeld keine sehr hohe Wert-
25 schätzung. Die wichtigen Tätigkeiten und das Engagement in diesen Berufen wird nicht in ausrei-
26 chendem Maße gewürdigt beklagen die Lernenden in den Fachschulen für Sozialpädagogik. Deshalb
27 sind Aufklärungskampagnen wichtig. Auch die schlechtere Bezahlung während der Ausbildung im
28 Verhältnis zu anderen Berufsgruppen erschwert in ausreichendem Maße Neuzugänge.

29

30 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

31 Antragstext neu: Kindertagesstätten, die Kinder im Alter von 1-6 Jahren betreuen, sind wichtige Ein-
32 richtungen in der frühkindlichen Bildungslandschaft. Die Berufstätigkeit der Eltern stellt zudem
33 hohe Anforderungen an flexible Öffnungszeiten dieser Bildungseinrichtungen.

34 Wir fordern:

- 35 • Zur Gewinnung von Erzieher:innen die Durchführung einer Informationskampagne zur besseren
36 Aufklärung über die Möglichkeiten zur dualisierten und berufsbegleitenden Ausbildung an
37 Fachschulen
38 • der Personalschlüssel Fachkraft Kind muss dringend verbessert werden; Gruppen sollten klei-
39 ner werden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden
40 • Verfügungszeiten müssen angepasst werden; eine entsprechende Nachbesserung des NKiTa-
41 Gesetzes ist erforderlich

42 vom Kultusministerium sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um den Fachkräftemangel
43 zu begegnen (Quereinsteigerprogramme u.ä.)

44

45

1 **B18 UB Salzgitter - Befristete Weiterführung der Förderschule „Ler-**
2 **nen“**

3

4 Nach derzeitiger Gesetzeslage laufen die noch vorhandenen Standorte der Förderschule "Lernen"
5 spätestens 2028 aus, so dass ab dem kommenden Schuljahr 2023/2024 keine Fünftklässler/innen
6 mehr aufgenommen werden können. Die von der SPD/CDU-Landesregierung 2017 vereinbarte Verlän-
7 gerung dieses Förderschulschwerpunktes läuft somit ebenfalls aus.

8 Aktuell gibt es noch ca. 66 Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen in Niedersachsen, die sich
9 auf 35 verschiedene Landkreise und kreisfreie Städte verteilen. Über 4.000 Kinder und Jugendliche
10 werden in diesem System derzeit beschult.

11 Aus unserer Sicht ist es derzeit noch nicht sinnvoll, die Schulen mit diesem Förderschwerpunkt aus-
12 laufen zu lassen. Die Unterrichtsversorgung im Regelsystem ist aktuell unbefriedigend. Die Lehr-
13 kräfte sind dadurch und u.a. durch die heterogene Schülerschaft, diverse Förderbedarfe und Sprach-
14 defizite von Schüler/innen oder durch einen erhöhten Bedarf für Elterngespräche in erhöhtem Maße
15 gefordert. Jedem Kind individuell gerecht zu werden, ist die Aufgabe und die Berufung unserer Lehr-
16 kräfte, aber auch insgesamt unseres Schulsystems. Diesem Anspruch gerecht zu werden, wird aber
17 zunehmend herausfordernder.

18 Kinder und Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen brauchen ebenfalls eine gezielte individuelle
19 Förderung und lösen einen erhöhten, wenn auch individuell unterschiedlich hohen Betreuungsbe-
20 darf aus. Dieses ist aktuell von den Schulen und ihrem Fachpersonal leider nicht überall leistbar.

21 Durch die Abschaffung der Förderschule LE würde den Schüler/innen und ihren Eltern bereits ab dem
22 kommenden Schuljahr eine derzeit noch notwendige Alternative zur Beschulung im Regelsystem
23 genommen.

24 Welche Möglichkeiten hätten dann künftig die Betroffenen, wenn sie an einer oder ggf. mehreren
25 Schulen im Regelsystem nicht zurechtgekommen sind? Diese Frage müsste beantwortet werden,
26 bevor die Auflösung vollzogen wird. Es kann nicht richtig sein, wenn aus der Not heraus ggf. versucht
27 wird, sich andere Förderbedarfe bescheinigen zu lassen, um andere bestehende Förderschulen be-
28 suchen zu können.

29 Eine inklusive Schule ist weiterhin das richtige Ziel und sollte in Niedersachsen weiterverfolgt wer-
30 den. Eine befristete Verlängerung des Bestands der Förderschule Lernen ist aufgrund der aktuellen
31 Rahmenbedingungen allerdings geboten. In diesem Zeitraum sind die Unterrichtsversorgung und
32 die weiteren Rahmenbedingungen im inklusiven System so weit zu verbessern, dass im Anschluss
33 eine Reduzierung der Anzahl der Förderschulstandorte Lernen oder ihre gänzliche Auflösung möglich
34 sein werden.

35 Wir fordern daher die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für die befristete Fortführung der Förderschu-
36 len Lernen im Land Niedersachsen über 2028 hinaus einzusetzen.

37

38 **Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

39

40

41

1 **B19 AfB Niedersachsen - Änderung des Niedersächsischen Klassen-** 2 **bildungserlasses nach der Corona-Pandemie**

3

4 Die Klassengröße an weiterführenden Schulen kann in den Eingangsstufen in Jahrgang 5 und 6 wenn
5 erforderlich, wegen erheblicher Corona-Nachwirkungen bei ehemaligen Grundschulkindern deutlich
6 verkleinert werden, um Härten und Nachteile auszugleichen und eine Absenkung des Klassenteilers
7 erfolgen.

8 **Begründung:**

9 - Soziale Isolation: Aktuell zeigen sich vor allem in den 5. Klassen große Probleme mit dem sozialen
10 Miteinander. Viele Schülerinnen und Schüler haben während der Corona-Pandemie kaum oder keine
11 Gelegenheit gehabt, ihre Freunde zu treffen und soziale Kontakte zu pflegen. Eine Absenkung des
12 Klassenteilers würde es den Kindern in einem überschaubaren Rahmen ermöglichen, soziale Kon-
13 takte zu knüpfen, sich in der Schule mit Gleichaltrigen auszutauschen und somit die Regeln des
14 Miteinanders zu lernen.

15 - Ängste und Sorgen: Viele Kinder haben während der Coronazeit Ängste und Sorgen entwickelt, zum
16 Beispiel um ihre Gesundheit oder die ihrer Familienmitglieder. Eine Absenkung des Klassenteilers
17 könnte dazu beitragen, dass sich die Kinder sicherer und wohler fühlen, weil sie besser wahrgenom-
18 men werden. Konzentrationsprobleme und ihre Auswirkungen auf Lernerfolge werden durch ein ru-
19 higeres Lernklima minimiert und Sozialphobien vorgebeugt.

20 - Fehlende Struktur: Für viele Kinder war die Schule während der Corona-Pandemie die einzige Struk-
21 tur im Alltag. Ein regelmäßiger Schulbesuch gibt Kindern Halt und Routine, was sich positiv auf ihr
22 psychisches Wohlbefinden auswirken kann. Eine Absenkung des Klassenteilers könnte dazu beitra-
23 gen, dass der Schulbesuch für die Kinder wieder attraktiver wird und sie sich auf die Schule freuen.

24 - Bessere Unterstützung: Durch eine Absenkung des Klassenteilers haben Lehrerinnen und Lehrer
25 mehr Zeit, sich um die individuellen Bedürfnisse und Probleme der Kinder zu kümmern. Dadurch
26 können psychische Probleme schneller erkannt und gezielter behandelt werden. Eine Absenkung des
27 Klassenteilers und die damit verbundene bessere Betreuung und Unterstützung der Schülerinnen
28 und Schüler kann dazu beitragen, dass diese langfristig erfolgreich und glücklich sind.

29 - Verbesserte Lernbedingungen: Eine geringere Schülerzahl pro Klasse ermöglicht es den Lehrern,
30 sich besser auf die individuellen Bedürfnisse und Lernfortschritte der Schüler zu konzentrieren, was
31 zu besseren Leistungen führen und insgesamt die Lernbedingungen verbessern kann.

32 - Gerechtere Bildungschancen: Eine Absenkung des Klassenteilers würde dazu beitragen, die Bil-
33 dungschancen für alle Schülerinnen und Schüler zu verbessern, die in großen Klassen untergebracht
34 sind. Vor allem Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf, Migrations- oder Fluchterfahrung kön-
35 nen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung erfahren, wodurch ihre Integration erleichtert wird.

36 - Entlastung der Lehrkräfte: Eine geringere Schülerzahl pro Klasse würde die Arbeitsbelastung der
37 Lehrer reduzieren und ihnen mehr Zeit geben, sich auf die individuellen Bedürfnisse und Lernfort-
38 schritte ihrer Schüler zu konzentrieren. Dies könnte dazu beitragen, den Beruf des Lehrers attraktiver
39 zu machen und den Lehrermangel zu bekämpfen.

40 - Positive Auswirkungen auf die Gesellschaft: Eine bessere Bildung für alle Schülerinnen und Schüler
41 kann zu einer höheren Qualifikation und somit zu einer höheren Produktivität führen, was wiederum
42 positive Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt haben kann.

43

44 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

45

B20 UB Salzgitter - Überarbeitung der Lehrpläne in Schulen

Medienkompetenzen müssen in den Inhalten der Lehrpläne konkret festgehalten werden und Schulen an denen dies zurzeit technisch nicht umsetzbar ist, müssen modernisiert werden.

Begründung:

Die Lebenswelt der SuS gestaltet sich zunehmend digitalisierter. Belegen lässt sich dies leicht, beispielsweise mit der Studie „Jung und vernetzt“. Aus der Studie geht hervor, dass bereits 94% der 10 – 11-Jährigen täglich Zeit im Internet verbringen und dieser Wert mit höherem Alter zunimmt (vgl. Bitkom 2015, S. 12). Ein ebenfalls für die politische Bildung interessanter Wert ist, dass 70% der Befragten angaben, das Internet zur Informationsbeschaffung für die Schule und Hausaufgaben zu verwenden. Außerdem gaben 34% der Befragten an, sich im Internet über Nachrichten und das aktuelle Geschehen zu informieren. Demgegenüber stehen die noch konservativ wirkenden Lehrpläne, bei denen in den konkreten Unterrichtsinhalten die Medienkompetenzen kaum auftreten, obwohl der Umgang mit den Medien und eine Sensibilisierung für diese Medien in der heutigen Zeit unbedingt zu den in der Schule vermittelten Kompetenzen gehören müssen.

Am Ende von Schuljahrgang 8:

	Sachkompetenz	Methodenkompetenz	Urteilskompetenz
	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...
Politische Entscheidungsprozesse im Nahbereich	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Aufgaben der Kommunen und das Zusammenwirken von Organen der kommunalen Selbstverwaltung. 	<ul style="list-style-type: none"> arbeiten grundlegende Elemente des Politikzyklus anhand eines kommunalen Entscheidungsprozesses heraus. 	<ul style="list-style-type: none"> erörtern einen Entscheidungsprozess von kommunalen Institutionen.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Formen der kommunalen politischen Beteiligung (u.a. Wahlen, Bürgerbegehren und -entscheid). 		<ul style="list-style-type: none"> nehmen zu Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen Stellung.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Rahmenbedingungen kommunaler Haushaltspolitik. 		<ul style="list-style-type: none"> nehmen zu wirtschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten von Kommunen Stellung.
Konsumentscheidungen Jugendlicher	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Einkommensquellen und Möglichkeiten der Einkommensverwendung. 	<ul style="list-style-type: none"> erklären einen einfachen Wirtschaftskreislauf. 	<ul style="list-style-type: none"> überprüfen kriterienorientiert Konsumententscheidungen Jugendlicher auch im Hinblick auf soziale, ökonomische und ökologische Konsumrisiken.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten Jugendlicher. 	<ul style="list-style-type: none"> erklären Marketingstrategien anhand von Werbung. 	
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben rechtliche Rahmenbedingungen für den Konsum Jugendlicher. 	<ul style="list-style-type: none"> ordnen einen jugendspezifischen Fall mithilfe von Gesetzestexten rechtlich ein. 	
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Funktionen von Märkten und Preisen. 	<ul style="list-style-type: none"> erläutern die Preisbildung mithilfe des Marktmodells. 	

1

2 (Niedersächsisches Kultusministerium 2015, S. 14: http://db2.nibis.de/1db/cuvo/datei/pw_gym_si_kc_druck.pdf)

3
4 Abgebildet sind hier beispielhaft die Kompetenzen aus dem Fach Politik - Wirtschaft, die laut
5 Kerncurriculum in den Schuljahrgängen 7 und 8 vermittelt werden sollen. Medienkompetenzen oder
6 Medien im Allgemeinen werden bei den konkreten Inhalten mit keinem Wort erwähnt, trotzdem sich
7 der Studie nach die SuS schon seit mehreren Jahren im Internet bewegen.

8 Neben der Ausweisung der Medienkompetenzen in den Unterrichtsinhalten muss in der Schule in
9 diesem Zusammenhang auch die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit gängigen Office
10 Programmen gewährleistet werden. Beim Übergang zur Hochschule oder in das Berufsleben ist die
11 Arbeit mit diesen Programmen oft Voraussetzung. An der Hochschule werden alle Hausarbeiten mit
12 „Microsoft Word“ geschrieben und Präsentationen finden in der Regel mit „Power - Point“ statt. An
13 vielen Schulen scheitert es derzeit an den technischen Voraussetzungen, fehlender Software und
14 ungeschultem Personal. Eine Ermittlung des technischen Standes der Schulen ist hier notwendig
15 und damit einhergehend eine Nachbesserung an Schulen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

16 Werden die genannten Punkte nicht umgesetzt, besteht die Gefahr, dass die SuS aus Deutschland
17 im europäischen und internationalen Vergleich starke Nachteile haben werden.

18

19 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Koalitionsvertrag

20

21

22

23 **B21 UB Salzgitter - Digitalisierung in Bildungseinrichtungen**

24

25 Digitalisierung in Bildungseinrichtungen ist ein Kernelement der sozialen Teilhabe an einer Gesell-
26 schaft, in der die Nutzung digitaler Medien zur Normalität geworden ist. Der Ausbau und die Forde-
27 rung digitaler Bildung an Schulen ist eine Chance für Schülerinnen und Schüler Kompetenzen im
28 Umgang mit digitalen Medien zu erwerben und auszubauen sowie für Lehrkräfte die heterogenen
29 Schüler*innenschaft individuell zu fordern. Digitale Bildung steht somit für Fortschritt und Bil-
30 dungsgerechtigkeit.

31 Um die Implementierung digitaler Medien in den Unterricht erfolgreich zu gestalten, müssen Bil-
32 dungseinrichtungen, Schüler*innen sowie Lehrkräften gewisse Ressourcen bereitgestellt werden.

33 Daher fordern wir:

- 34 • Den Ausbau und die Modernisierung der digitalen Infrastruktur. Dies sollen die Anschaffung, die
35 Erneuerung sowie die Instandhaltung der Klassenräume und digitaler Arbeitsplätze beinhalten.

36 Immer früher besitzen Kinder Smartphones, Tablets oder auch Laptops im privaten Bereich. Ein ver-
37 antwortungsvoller Umgang mit diesen Medien ist leider nicht immer gewährleistet. Dort müssen
38 unserer Meinung nach die Bildungseinrichtungen nachhelfen.

39 Des Weiteren ist es für viele Schüler*innen ein großer Umbruch von der Grundschule auf die Weiter-
40 führende Schule zu wechseln, neue Lehrer*innen, neue Mitschüler*innen, neues Gebäude und viele
41 andere Eindrücke, die auf die Kinder wirken, auch deshalb ist es sinnvoll bereits in der Grundschule
42 mit digitalem Unterricht zu beginnen, um nicht noch einen weiteren Umbruch zu veranlassen.

43 Aus diesem Gründen fordern wir:

- 1 • Der Umgang mit digitalen Medien muss bereits in der Grundschule beginnen. Zwar soll nur ein
2 geringer Teil des Unterrichts mit Tablet, PC und Co absolviert werden, die Intensität soll sich
3 allerdings mit jeder Klassenstufe erhöhen.
- 4 Des Weiteren sollen klassenspezifische Konzepte zur Nutzung der digitalen Infrastruktur unter der
5 Einbeziehung der Lehrer*Innen entwickelt werden.
- 6 • Bereitstellung eines Stundenpools für Lehrende.
7 • Bereitstellung kostenfreier digitaler Geräte sowie notwendiger Lizenzen für Lehrer*innen und
8 Schüler*innen.
- 9 Die Schüler*innen nutzen digitale Medien nicht nur für schulische Zwecke,
- 10 Textdokumente verfassen oder ein PDF-Dokument ausdrucken sind Sachen, die wichtig sind, doch
11 die Medienkompetenz im außerschulischen Bereich ist so viel entscheidender: Welcher Quelle kann
12 ich vertrauen, was sind Gefahren im Netz, wann darf ich was machen. Solche Fragen sind häufig viel
13 entscheidender, deshalb soll in Schulen auch in Freizeitphasen aufgezeigt werden, wie verantwortungsvoller Umgang mit Medien aussehen kann. Auch deshalb fordern wir:
- 14
- 15 • Schüler*innen sollen ihre von der Schule kostenlos bereitgestellten digitalen Medien auch zu-
16 hause nutzen dürfen und zwar auch für Privates. Dazu soll ein sogenannter „Schulmodus“ und
17 ein sogenannter „Zuhause Modus“ eingeführt werden, in denen die Kinder verschiedene Berechtigungen für das jeweilige Gerät erhalten und somit das Gerät optimal nutzen können.
- 18
- 19 Damit Lehrer*innen die nötige Kompetenz besitzen den Kindern und Jugendlichen sowohl verantwortungsbewusstes Benutzen von Medien beibringen zu können als auch die technischen Fähigkeiten vermitteln zu können, erhoffen wir eine medientechnische und medienpädagogische Schulung.
20
21
22 Deshalb fordern wir:
- 23 • Einen verpflichtenden digitalen Führerschein für alle Lehrer*innen in Form von Seminaren und
24 Fortbildungen, auch weiterführende Seminare sollen Angeboten werden. Weiter soll Aufklärungs- und Präventivarbeit geleistet werden, damit den Schüler*innen auch in dieser Hinsicht beispielsweise im Umgang mit Mobbing oder Hass im Netz weitergeholfen werden kann.
25
26 • An jeder Schule sollen sogenannte Medienbeauftragte eingestellt werden.
27
28 • Wir wollen auch die soziale Verantwortung der Digitalisierung in Schulen berücksichtigen, deshalb fordern wir:
29
30 • „No bring your own devices“!
- 31 Alle Schüler*innen müssen das Gerät benutzen, welches die Schule für die Schulklassen anschafft
32 und nicht das, welches die Eltern gekauft haben. Dadurch soll Diskriminierung und sozialer Ungerechtigkeit vorgebeugt und eine Gleichheit symbolisiert werden. Wie zu Beginn angedeutet fehlen uns Visionen und Wagnisse für die Zukunft. Genau an diesem Punkt wollen wir einhacken und darstellen, inwieweit sich Schule anhand der Digitalisierung revolutionieren lässt. Immer mehr Aufgaben werden an Tablets, Laptops, dem PC oder sogar am Smartphone erledigt. Diese Entwicklung begrüßen wir und wollen diese Art und Weise zu arbeiten weiter realisierbar machen. Diese Entwicklung im technischen und gesellschaftlichen Bereich wollen wir zum Anlass nehmen, um eines der Grundpfeiler von Schulen anzupassen und an diesem zu rütteln. Dadurch, dass alles immer und überall mobil erledigt werden kann und kein Zwang an gewisse Gebäude und Bereiche gegeben ist, fordern wir:
- 33
34
35
36
37
38
39
40
41
- 42 • Freie Lernplätze in der Schule sollen geschaffen werden, sie können alternative Aufenthaltsplätze für Schüler*innen darstellen.
43
- 44 Des Weiteren stellen wir uns die mobile, digitalisierte Schule flexibler und individueller vor. Um dieses Ziel erreichbar zu machen, soll eine E-Learning Plattform etabliert werden, die sowohl alle Schulbücher in digitaler Form beinhaltet, als auch verschiedene Lernangebote bereitstellt, damit Schüler*innen individuell lernen können. Ebenso soll diese Plattform auch dazu dienen, sich auszutauschen, um sich gegenseitig helfen zu können. Deshalb fordern wir:
45
46
47
48

- 1 • Die Entwicklung und schließlich die Einführung einer E-Learning-Plattform mit genannten
2 Funktionen und Eigenschaften. Diese E-Learning-Plattform soll für alle Schüler*innen kostenlos
3 sein!

4 Außerdem wollen wir durch die immer stärker etablierte Nutzung von digitalen Medien eine generell
5 papierfreie Schule anstreben! Dies soll mit steigender Klassenstufe zunehmen.

6

7 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

8 Antragstext neu:

9 Digitalisierung in Bildungseinrichtungen ist ein Kernelement der sozialen Teilhabe an einer Gesell-
10 schaft, in der die Nutzung digitaler Medien zur Normalität geworden ist. Der Ausbau und die Forde-
11 rung digitaler Bildung an Schulen ist eine Chance für Schülerinnen und Schüler Kompetenzen im
12 Umgang mit digitalen Medien zu erwerben und auszubauen sowie für Lehrkräfte die heterogenen
13 Schüler:innenschaft individuell zu fordern. Digitale Bildung steht somit für Fortschritt und Bil-
14 dungsgerechtigkeit.

- 15 • Der Umgang mit digitalen Medien muss bereits in der Grundschule beginnen.
16 • Bereitstellung kostenfreier digitaler Geräte für Schüler*innen.
17 • Schüler:innen sollen ihre von der Schule kostenlos bereitgestellten digitalen Medien auch Zu-
18 hause nutzen dürfen. Dazu soll ein sogenannter „Schulmodus“ und ein sogenannter „Zuhause
19 Modus“ eingeführt werden

20

21

22

23 **B22 AfB Niedersachsen - Direkter Quereinstieg in den niedersächsi-** 24 **schen Schuldienst: Verbesserung der berufsbegleitenden pädago-** 25 **gisch-didaktischen Qualifizierung** 26

27 Der SPD-Landesparteitag fordert eine Überarbeitung der Regelungen für den direkten Quereinstieg
28 in die Schule dahingehend, dass die entsprechenden Kolleg:innen überhaupt eine Chance erhalten,
29 sich den Anforderungen des Lehrer:innenberufs entsprechend qualifizieren zu können. Insbesondere
30 muss die Anzahl an eigenverantwortlich erteiltem Unterricht so weit reduziert werden, dass studien-
31 bedingt fehlende Kenntnisse in Pädagogik, Lernpsychologie und Fachdidaktik nachgeholt sowie de-
32 ren Anwendung im Unterricht erlernt werden können. Sinnvoll für eine nachhaltige berufsbeglei-
33 tende Qualifizierung wäre eine gestaffelte Anhebung des Unterrichts in eigener Verantwortung, die
34 zunächst ermöglicht, fehlende Inhalte aus dem Studium im Studienseminar nachzuholen. Hierzu ist
35 sowohl ein einheitlicher zeitlicher Beginn der Qualifizierungsmaßnahme als auch eine Verlängerung
36 der Qualifizierungsmaßnahme auf 24 Monate notwendig, damit Studienseminare entsprechende
37 Blöcke hierzu vorschalten können. Auch müsste die Möglichkeit im Unterricht von Kolleg:innen mit-
38 zugehen ebenso deutlich erhöht werden, wie die Anzahl der Beratungsbesuche durch Ausbilder:in-
39 nen aus dem Studienseminar.

40 **Begründung:**

41 Aufgrund des aktuellen und in einigen Fächern und Schulen erheblichen Lehrer:innenmangels
42 nimmt auch die Zahl der Lehrkräfte in einem direkten Quereinstieg in den Schuldienst zu. Diese be-
43 ginnen unmittelbar mit einem vollen Stundendeputat und werden innerhalb der ersten 24 Monate
44 an der Schule und an einem Studienseminar berufsbegleitend qualifiziert. Die hohe Zahl an Kol-
45 leg:innen, die den Schuldienst in den ersten Jahren wieder verlassen (die GEW spricht von etwa 50%)

1 und auch die Klagen über mangelnde Unterrichtsqualität durch viele Schulleitungen belegen, dass
2 die derzeitige Form der berufsbegleitenden Qualifizierung dringend verbessert werden muss.

3 Kolleg:innen im direkten Quereinstieg ins Lehramt beginnen nach bisheriger Regelung sofort mit
4 einer Zahl an Unterrichtsstunden, die einer vollen Stelle entsprechen. Für die Dauer der 18-monatigen
5 Qualifizierungsmaßnahme erhalten eine Stundenentlastung im Umfang der der - im Studienseminar
6 zu besuchenden - pädagogischen und fachdidaktischen Seminare. Zusätzlich ist vorgesehen,
7 dass Ausbilder:innen des Studienseminars 3-4 mal den Unterricht besuchen und entsprechende Be-
8 ratungshinweise geben. Als Voraussetzung aus dem Studium sind in der Regel keinerlei Kenntnisse
9 zu Pädagogik, Lernpsychologie, Entwicklungspsychologie und Fachdidaktik vorhanden. Diese In-
10 halte neben einem vollen Stundendeputat - häufig ergänzt durch zusätzliche Aufgaben wie Klassen-
11 leitung und fachfremder Unterricht - nachzuarbeiten ist schlichtweg nicht möglich und führt nach
12 dem Eindruck der Studienseminare und vieler Schulleitungen zu vollkommener Überforderung. Auch
13 die Zahl der Beratungsbesuche ist viel zu gering, eine kontinuierliche Arbeit an der eigenen Quali-
14 fizierung im praktischen Bereich ist so mit den Ausbilder:innen der Studienseminare nicht möglich.
15 Auch fehlt die Zeit, von der Expertise der Kolleg:innen an den Schulen zu lernen, da es weit über der
16 Belastung einer vollen Stelle liegen würde, sich den Unterricht von Kolleg:innen als Modell anzuse-
17 hen und eigene Stunden gemeinsam zu planen, durchzuführen und eine Rückmeldung dazu zu er-
18 halten.

19 Stellt man diese Bedingungen denen einer grundständig ausgebildeten Lehrkraft (z. B. für das Lehr-
20 amt an Gymnasien) gegenüber, wird deutlich, dass eine berufliche Professionalisierung unter diesen
21 Umständen schlicht nicht möglich ist: Grundständig ausgebildete Lehrer:innen bringen aus dem
22 Studium eine fundierte Kenntnis nicht nur fachlicher Inhalte, sondern auch in Pädagogik, Lernpsy-
23 chologie, Entwicklungspsychologie und Fachdidaktik mit. Zudem haben sie in verschiedenen Prak-
24 tika bereits Erfahrung als Lehrkraft im System Schule und dem praktischen Unterricht sammeln
25 können und auch dazu Rückmeldungen erhalten. Beim direkten Quereinstieg ist davon nichts vor-
26 handen. Grundständig ausgebildete Lehrkräfte erteilen im Vorbereitungsdienst etwa ein Viertel der
27 Stundenzahl einer vollen Stelle in eigener Verantwortung. Sie haben also sehr viele Möglichkeiten im
28 Unterricht von verschiedenen Kolleg:innen mitzugehen, deren Unterricht als Modell anzusehen, ge-
29 meinsam mit Ihnen Unterricht intensiv zu planen und unter deren Aufsicht durchzuführen und
30 Rückmeldungen dazu zu erhalten. Zusätzlich gibt es etwa 20-25 Beratungsbesuche von Ausbilder:in-
31 nen aus dem Studienseminar, in denen oft auch mit den Kolleg:innen vor Ort gemeinsam festgelegt
32 wird, woran die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gerade in ihrer Professionalisierung arbeiten sol-
33 len. Beim direkten Quereinstieg gibt es nur 3-4 Beratungsbesuche von Ausbilder:innen des Studien-
34 seminars und eine Unterstützung durch Mentor:innen an den Schulen, die quantitativ durch die
35 Menge des eigenen Unterrichts eingeschränkt ist.

36 Die Tatsache, dass die genannten Probleme nicht annähernd so stark bei Kolleg:innen im Querein-
37 stieg in den Vorbereitungsdienst auftreten, spricht dafür, die berufsbegleitende Qualifizierung mög-
38 lichst dicht an den regulären Vorbereitungsdienst anzulehnen. Mittelfristig hätte eine Erhöhung der
39 Unterrichtsqualität durch eine erhöhte Berufszufriedenheit und entsprechend geringerer Abbrecher-
40 quoten eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zur Folge.

41

42 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

43

44

45

1 **B23 UB Verden- Schnelle Anerkennung von ausländischen Berufs-** 2 **abschlüssen**

3

4 Angesichts des großen Arbeitskräftemangels in Deutschland müssen im Ausland gemachte Ab-
5 schlüsse leichter anerkannt werden! Das gilt auch für Abschlüsse von Vertriebenen aus der Ukraine.
6 Arbeiten zur Probe mit Supervision muss ermöglicht werden u. U. nach erfolgreichem Praktikum. Er-
7 folgreich geleistete Arbeit muss somit honoriert werden und als Grundlage im Sinne eines Basisele-
8 ments für eine Einstellung an der Arbeitsstelle angerechnet werden, an der sich die/derjenige be-
9 währt hat.

10 **Begründung:**

11 Momentan werden Berufsabschlüsse aus der Ukraine nicht mehr in dem Maße anerkannt, wie zu
12 Beginn des Krieges. Da in Deutschland ein großer Mangel an Arbeitskräften besteht, sollte mit der
13 Genehmigung von Abschlüssen großzügiger verfahren werden. Probezeiten mit Supervision, Praktika
14 sind Möglichkeiten, zu zeigen, dass die/der Ukrainer*in in dieser speziellen Arbeitsstelle ein Gewinn
15 für den gesamten Betrieb ist. Das ist nicht nur für handwerkliche oder industrielle Betriebe, sondern
16 auch für pädagogische Berufe ein Weg. Gerade im Kindertagesstätten-Bereich herrscht ein großer
17 Fachkräftemangel. Menschen mit pädagogischen Ausbildungen und Abschlüssen, die in einem an-
18 deren Land erworben wurden, muss der Weg in den gelernten Beruf in Deutschland ohne große Bü-
19 rokratie ermöglicht werden.

20

21 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

22

23

24

25 **B24 UB Verden - Quereinstieg in den Lehrerberuf attraktiver machen**

26

27 Über den Quereinstieg in den Lehrerberuf sind viele engagierte Lehrkräfte gewonnen worden. Jetzt
28 gilt es sie mit attraktiveren Bedingungen zu motivieren, dabei zu bleiben. Teil dieser Bedingungen
29 sind:

- 30 1. Die berufsbegleitende Ausbildung schließt mit einem Zertifikat ab, das Grundlage für weitere
31 Qualifizierungen ist.
- 32 2. Als Weiterqualifizierung wird zum Beispiel auch eine mehrjährige erfolgreiche Klassenleitung
33 anerkannt.
- 34 3. Für Seiteneinsteiger gibt es die Möglichkeit, durch Weiterqualifizierung auf die Stufe der „re-
35 gulären Lehrkräfte“ zu kommen.
- 36 4. Für die Gewinnung weiterer Quereinsteiger/Siteneinsteiger gibt es
37 a. eine wohlwollende Anerkennung der geleisteten Ausbildungsqualifikationen.
38 b. eine Anerkennung der Berufserfahrungen.
- 39 5. In jedem Fall muss ausgeschlossen werden, dass Arbeitsverträge vor den Sommerferien ge-
40 kündigt und nach den Sommerferien wiederaufgenommen werden.

41 **Begründung:**

42 An manchen Schulen sind mehr als 20% Quereinsteiger und Seiteneinsteiger. Sie haben eine vierwö-
43 chige Kündigungsfrist und können leicht nach Bremen abwandern. Dort gibt es ein ähnliches Quer-
44 einsteiger-Programm wie in Niedersachsen, die Bezahlung ist aber deutlich besser. Es besteht also
45 die akute Gefahr, dass die engagierten, in den Schulalltag eingebundenen guten Lehrkräfte in einer

- 1 großen Zahl abwandern. Viele überlegen so einen Schritt. Sie müssen keinen Versetzungsantrag stel-
 2 len. Niedersachsen darf sich hier nicht verkalkulieren!
- 3 Hier gilt es attraktive Bedingungen zu schaffen, die die Leute motivieren an ihren Schulen zu bleiben.
- 4 • Bei der Anerkennung der Qualifikationen müssen auch Berufserfahrungen mit einfließen.
 5 • Die Anerkennung der Ausbildungsqualifikationen muss transparent und wohlwollend erfolgen.
 6 Es kann nicht angehen, dass einer promovierten Historikerin das Fach Geschichte für den Un-
 7 terricht in einer Oberschule nicht als erstes Fach anerkannt wird, nur, weil sie in ihrer ersten Uni
 8 Phase bestimmte Module nicht belegt hatte.

9 Motivation sieht anders aus!

Seiteneinsteiger:	Quereinsteiger	
es werden zwei Studienfächer anerkannt	Es wird nur ein Fach anerkannt	
es folgen Referendariat	eine berufsbegleitende Qualifizierung folgt höheres Stundendeputat etwas weniger kleine Unterrichtsbesuche	In der gleichen Situation Beide Ausbildungen sind ähnlich Quereinsteiger haben am Ende die Referendare beraten bei der kollegialen Beratung zwischen Quereinsteigern und Referendaren ging es um den Schulalltag (Elterngespräche, Umgang mit schwierigen Situationen usw.). Durch unser höheres Stundendeputat hatten wir da ein Mehr an Erfahrung.
Abschlussprüfung, Zertifikat	Kein Prüfungstag	Es ist nicht einzusehen, weshalb eine berufsbegleitende Qualifizierung ohne Zertifikat abschließt
Verbeamtung	Verbeamtung auch später nicht möglich	Verbeamtung sollte im Bereich des Möglichen sein, durch Weiterqualifikation, berufsbegleitend
Aufstiegsmöglichkeiten	Keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten	Weshalb sollten engagierte Quereinsteiger*innen nicht auch leitende Funktionen ausüben können?
Ein 25jähriger Berufsanfänger der die „normale Ausbildung“ durchlaufen hat, bekommt 1000€ mehr als ein Seiten-/Quereinsteiger	E 10 Bremen zahlt E 13 das sind monatlich 700€ mehr	
	Einer promovierten Historikerin wurde das Fach Geschichte als erstes Fach nicht anerkannt für den Unterricht in der OBS, weil sie bestimmte Module in der ersten Uniphase nicht belegt hatte .	Eine transparente, wohlwollende Anerkennung der Ausbildung ist angesichts des akuten Lehrkräftemangels unabdingbar
	Qualifizierung durch Berufserfahrung muss möglich sein: Auch bereits bei der Anerkennung der Voraussetzungen für die zu unterrichtenden Fächer	

10

1 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

2

3

4 **Gleichstellungspolitik**

5 **GL1 OV Meppen – Änderung des § 20 NGG sowie Anpassung der übr-** 6 **gen §§ des NGG**

7

8 Der Landesparteitag möge beschließen, dass eine Änderung des § 20 NGG angestrebt wird, wonach
9 es allen Geschlechtern möglich wird zur/zum Gleichstellungsbeauftragten (m/w/d) gewählt zu wer-
10 den.

11 **Begründung:**

12 Derzeit zielt § 20 NGG nur auf die Wahl einer weiblichen Gleichstellungsbeauftragten ab. Dies ist
13 nicht mehr zeitgemäß. Nicht nur, dass hierbei die Geschlechter Diversität nicht berücksichtigt wird,
14 stellt dabei ein Problem dar. Die Reduzierung auf nur ein biologisches Geschlecht erfüllt dabei prak-
15 tisch den Tatbestand der Diskriminierung, da sich Trans- oder Non-binäre-Personen nicht automa-
16 tisch angesprochen fühlen.

17 Zudem hat in vielen Arbeitsbereichen heutzutage ein deutlicher Wandel stattgefunden. Dabei gibt
18 es zwischenzeitlich viele Gebiete, auf denen die Mehrzahl der Mitarbeitenden nicht zum cis-männli-
19 chen Geschlechts zu zählen ist. In diesen Gebieten wird es sich im Sinne der Gleichberechtigung
20 sinnig gestalten, dass auch ein anderes Geschlecht die Position „Gleichstellungsbeauftragte/r“ in-
21 nehmt, oder die Ausschreibung geschlechtsneutral erfolgt.

22 Nach unserer Auffassung verbietet schon die Begrifflichkeit „Gleichstellung“, dass es anderen Ge-
23 schlechtern nicht möglich ist, diese Position zu ergreifen.

24

25 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

26

27

28

29 **GL2 Jusos Niedersachsen – Unser Parlament wird weiblich! Frauen** 30 **endlich nachhaltig empowern!**

31

32 Frauen wählen die SPD. Das ist das Ergebnis der Wahlanalyse der vergangenen Landtagswahl, die
33 zeigte, dass unsere Landespartei deutlich mehr Stimmen von weiblichen, als von männlichen Wahl-
34 berechtigten erhält. Dem gegenüber steht ein Frauenanteil von gerade einmal 33% in unserer Frak-
35 tion, womit die SPD sogar unter dem Durchschnitt aller Fraktionen liegt. Wie kann das sein, wenn
36 unsere Liste doch paritätisch aufgestellt ist?

37 Seit mehreren Jahren sind auf unserer Landesliste abwechselnd Frauen und Männer, doch diese Liste
38 zieht in den vergangenen Wahlperioden nicht, da wir zu viele Wahlkreise gewinnen. Was auf der einen
39 Seite ein Erfolg ist, ist auf der anderen Seite eine hoffnungslose Chance für viele Frauen. Denn unser
40 Problem liegt nicht in der Landesliste, sondern in den aussichtsreichen Wahlkreisen, in denen nur

1 selten Frauen bei der Nominierung zum Zuge kommen. Wir stellen seit Jahren fest, dass es zu wenig
2 parteiengagierte und kandidaturwillige Frauen gibt. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass unser
3 Engagement nicht ausreicht. Deswegen fordern die Jusos Niedersachsen nun eine zielgerichtete Um-
4 setzung von Maßnahmen, die wirklich Frauen innerhalb unserer Partei nachhaltig empoweren!

5 Daher fordern wir:

- 6 • Eine Neuauflage des Mentoringprogramms für (junge) Frauen

7 In der Vergangenheit gab es bereits ein Mentoringprogramm für Frauen in unserer Partei, das vor der
8 Pandemie auslief. Es soll ein Patinnenprogramm entwickelt werden, in der bereits politisch aktive
9 Frauen innerhalb der SPD Niedersachsen als Mentorinnen fungieren und Mentees einen Einblick in
10 den politischen Alltag ermöglichen. Die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, sollen
11 aufgearbeitet werden. Dabei ist wichtig, dass Frauenförderung vor allem in den Wahlkreisen statt-
12 findet. Durch das Mentoring Prinzip schaffen bereits politisch aktive Frauen einen Nachwuchs.
13 Gleichzeitig erhalten Mentees ein Netzwerk, auf das sie aufbauen können. Denn wir wissen: Netzwerk
14 ist Macht. Wir wollen sicherstellen, dass Frauen Zugang zu Politik und vor allem Zugang zu politi-
15 scher Macht und Räumen haben. Es ist notwendig, dass ein sicheres Umfeld geschaffen wird, in dem
16 ein fundierter Austausch zwischen den Mentorinnen und den Mentees ermöglicht wird. Wir wollen
17 die nachgewiesenen Vorteile von Mentoringprogrammen nutzen und junge, mandatswillige Frauen
18 ermutigen. Durch erste Einblicke in Netzwerke, Veranstaltungen und die politische Arbeit erfahren
19 sie, was ein Mandat oder ein innerparteiliches Amt bedeutet und sammeln wertvolle Erfahrungen
20 sowie Kontakte.

- 21 • ein exklusives Aufbauprogramm für potenzielle weibliche Kandidatinnen gefördert von der Lan-
22 desebene

23 Schon lange werden für potenzielle Kandidat:innen verschiedene Seminare angeboten, die sie auf
24 ihre Kandidatur vorbereiten sollen. Diese sind meist frei zugänglich und setzen die Eigeninitiative
25 der Teilnehmenden voraus. Auf der anderen Seite stehen Unterbezirke und Wahlkreise, die verzwei-
26 felt nach geeigneten Frauen für Mandate suchen. Dass diese meist nur nicht gesehen werden, weil
27 Männer dominiert hervorstechen, wird dabei ignoriert. Außerdem neigen Frauen dazu, ihre Potenziale
28 zu unterschätzen und lassen Männern den Vortritt, die in vielen Fällen objektiv maximal genauso
29 gut geeignet sind.

30 Der Aufbau von Kandidierenden stellt für Unterbezirke einen großen Aufwand dar, den viele sowohl
31 inhaltlich als auch zeitlich und organisatorisch kaum leisten können. Ein gezieltes Vorbereitungs-
32 programm exklusiv für Frauen würde einen enormen Anreiz geben, Frauen in freierwerbenden Wahl-
33 kreisen kandidieren zu lassen. UB-Vorsitzende sollen Vorschlags- und Frauen ein Eigeninitiativrecht
34 auf die Bewerbung für ein solches Programm erhalten. Vor Ort sollen sie in allen nötigen Inhalten,
35 aber auch in Tools und Rhetorik geschult werden. So bereiten wir unsere Kandidat:innen auf den
36 Wahlkampf und die Parlamentsarbeit vor und geben ihnen das notwendige Selbstbewusstsein. Ne-
37 benbei werden Unterbezirke in der Vorbereitung von Kandidatinnen entlastet und können sich da-
38 rauf verlassen, eine gut vorbereitete, durch den Landesverband geschulte Kandidatin in den Wahl-
39 kampf schicken zu können. Außerdem stellen die Seminarveranstaltungen einen Schutzraum für
40 engagierte Frauen dar, in dem sich Netzwerke bilden können und strukturelle, wiederkehrende Prob-
41 leme aus den Wahlkreisen erfasst werden.

- 42 • ein*e Mitarbeiter*in im Landesverband, die sich auf Gleichstellungsförderung konzentriert

43 Wir stellen fest, - wie bereits erwähnt in der ersten Forderung-, dass die bisher entwickelten Ideen
44 zur Gleichstellungsförderung nicht ausreichend sind, um Frauen und queere Menschen in unserer
45 Partei zu stärken. Unsere Partei und insbesondere unsere Geschäftsführung tut ihr Bestes und hat
46 bereits verschiedene Projekte ins Leben gerufen. Dies hat allerdings bisher nicht ausgereicht, die
47 Situation nachhaltig zu verbessern. Wir stellen immer wieder fest, dass unsere Partei strukturelle
48 Schwächen im Bereich der Gleichstellung aufweist. Allein die Feststellung hat aber nicht zur Verbes-
49 serung beigetragen. Daher erachten wir es als sinnvoll, die Geschäftsführung zu entlasten und eine

1 Person einzustellen, die eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung in der SPD Niedersachsen
2 entwickelt. Damit wollen wir erreichen, dass die Gleichstellung nicht neben anderen Projekten in den
3 Hintergrund rückt und die notwendige Aufmerksamkeit erhält, damit wir uns rechtzeitig aufkom-
4 mende Wahlen und Aufstellungen vorbereiten können.

5

6 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

7 Antragstext neu: Unsere Partei und unser Parlament müssen weiblich werden. Deswegen fordert der
8 Landesparteitag nun eine zielgerichtete Umsetzung von Maßnahmen, die die Kette der bloßen Fest-
9 stellung durchbrechen und wirklich Frauen innerhalb unserer Partei nachhaltig empoweren!

10 Wir fordern:

- 11 • Eine Neuauflage des Mentoringprogramms für (junge) Frauen

12 In der Vergangenheit gab es bereits ein Mentoringprogramm für Frauen in unserer Partei, dass vor
13 der Pandemie auslief. Es soll ein Patinnenprogramm entwickelt werden, in der bereits politisch ak-
14 tive Frauen innerhalb der SPD Niedersachsen als Mentorinnen fungieren und Mentees einen Einblick
15 in den politischen Alltag ermöglichen. Die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind,
16 sollen aufgearbeitet werden. Dabei sollen sich alle niedersächsischen Arbeitsgemeinschaften betei-
17 ligen können, um das Konzept bestmöglich auszuarbeiten und wiederholte Fehler zu vermeiden. Für
18 das Programm ist wichtig, dass Frauenförderung vor allem in den Wahlkreisen stattfindet. Durch das
19 Mentoring Prinzip schaffen bereits politisch aktive Frauen einen Nachwuchs. Gleichzeitig erhalten
20 Mentees ein Netzwerk, auf das sie aufbauen können. Denn wir wissen: Netzwerk ist Macht. Wir wollen
21 sicherstellen, dass Frauen Zugang zu Politik und vor allem Zugang zu politischer Macht und Räumen
22 haben. Es ist notwendig, dass ein sicheres Umfeld geschaffen wird, in dem ein fundierter Austausch
23 zwischen den Mentorinnen und den Mentees ermöglicht wird. Wir wollen die nachgewiesenen Vor-
24 teile von Mentoringprogrammen nutzen und junge, mandatswillige Frauen ermutigen. Durch erste
25 Einblicke in Netzwerke, Veranstaltungen und die politische Arbeit erfahren sie, was ein Mandat oder
26 ein innerparteiliches Amt bedeutet und sammeln wertvolle Erfahrungen sowie Kontakte.

- 27 • ein exklusives Aufbauprogramm für potenzielle weibliche Kandidatinnen gefördert von der Lan-
28 desebene

29 Schon lange werden für potenzielle Kandidat:innen verschiedene Seminare angeboten, die sie auf
30 ihre Kandidatur vorbereiten sollen. Diese sind meist frei zugänglich und setzen die Eigeninitiative
31 der Teilnehmenden voraus. Auf der anderen Seite stehen Unterbezirke und Wahlkreise, die verzwei-
32 felt nach geeigneten Frauen für Mandate suchen. Dass diese meist nur nicht gesehen werden, weil
33 Männer dominiert hervorstechen, wird dabei ignoriert. Außerdem neigen Frauen dazu, ihre Potenziale
34 zu unterschätzen und lassen Männern den Vortritt, die in vielen Fällen objektiv maximal genauso
35 gut geeignet sind.

36 Der Aufbau von Kandidierenden stellt für Unterbezirke einen großen Aufwand dar, den viele sowohl
37 inhaltlich als auch zeitlich und organisatorisch kaum leisten können. Ein gezieltes Vorbereitungs-
38 programm exklusiv für Frauen würde einen enormen Anreiz geben, Frauen in freiwerdenden Wahl-
39 kreisen kandidieren zu lassen. UB-Vorsitzende sollen Vorschlags- und Frauen ein Eigeninitiativrecht
40 auf die Bewerbung für ein solches Programm erhalten. Vor Ort sollen sie in allen nötigen Inhalten,
41 aber auch in Tools und Rhetorik geschult werden. So bereiten wir unsere Kandidat:innen auf den
42 Wahlkampf und die Parlamentsarbeit vor und geben ihnen das notwendige Selbstbewusstsein. Ne-
43 benbei werden Unterbezirke in der Vorbereitung von Kandidatinnen entlastet und können sich da-
44 rauf verlassen, eine gut vorbereitete, durch den Landesverband geschulte Kandidatin in den Wahl-
45 kampf schicken zu können. Außerdem stellen die Seminarveranstaltungen einen Schutzraum für
46 engagierte Frauen dar, in dem sich Netzwerke bilden können und strukturelle, wiederkehrende Prob-
47 leme aus den Wahlkreisen erfasst werden.

48

1

2 Innenpolitik

3 I1 UB Osnabrück-Stadt – Unabhängige Polizeibeschwerdestelle im 4 Land Niedersachsen

5

6 Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle im Land Niedersachsen.

7 **Begründung:**

8 Jeder Mensch, der in Deutschland wohnt beziehungsweise sich aufhält muss die Möglichkeit haben,
9 im Sinne eines funktionierenden Rechtsstaats, Handlungen der Polizei von einer unabhängigen Po-
10 lizeibeschwerdestelle überprüfen zu lassen. Nicht zuletzt durch das Fehlverhalten von Polizist*innen
11 in verschiedenen Bundesländern innerhalb der letzten Jahre ist klargeworden, dass die Polizei ein
12 strukturelles Problem mit Polizeigewalt, Rassismus und Rechtsextremismus hat, das kaum noch als
13 latent bezeichnet werden kann. Diese strukturellen Probleme in der Polizei führen zu Fehlverhalten
14 bzw. Straftaten, die bislang im Land Niedersachsen nicht unabhängig ermittelt und aufgeklärt wer-
15 den können. Stattdessen ermitteln Polizist*innen gegen Polizist*innen. Dies unterminiert das Ver-
16 trauensverhältnis zwischen Bürger*innen und der Polizei. Die besondere Position der Polizei als be-
17 waffnete Ordnungshüter mit staatlichem Gewaltmonopol macht es nötig, das missbräuchliches Ver-
18 halten der Polizei unabhängig von polizeilichen Strukturen angezeigt und überprüft werden kann.

19 Nicht nur Bürger*innen müssen die Möglichkeit einer unabhängigen Beschwerde haben. Auch Poli-
20 zisten, die Fehlverhalten anderer Polizist*innen erkennen und sich darüber beschweren möchten,
21 müssen eine Institution außerhalb der Polizei haben, bei der sie dieses Fehlverhalten vorbringen
22 können. Da, wo Polizei gegen Polizei ermittelt, ist aufgrund des Korpsgeist oder der sogenannten
23 „Cops Culture“ einer unabhängigen Ermittlung nicht möglich. Die Polizeibeschwerdestelle muss un-
24 abhängig ermitteln können. Dazu soll sie räumlich von den Polizeidienststellen getrennt arbeiten
25 und die Mitarbeiter sollen in keinem institutionellen oder hierarchischen Verhältnis zu den von der
26 Beschwerde betroffenen Polizeibeamten stehen. Die Polizeibeschwerdestelle soll auch unabhängig
27 von individuellen Beschwerden strukturelle Mängel bei der Polizei untersuchen können, die diskri-
28 minierendes Verhalten begünstigen. Die Polizeibeschwerdestelle ist eine unabhängige Ermittlungs-
29 stelle mit allen dafür nötigen Rechten wie Akteneinsicht, Beweiserhebung und Vernehmung von Zeu-
30 gen.

31

32 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

33

34

35

36 I2 Ortsverein Neuenkirchen-Merzen-Voltlage - Kampfmittelbeseiti- 37 gung – Kostenübernahme von Vor- und Nebenarbeiten durch das 38 Land Niedersachsen

39

40 Das Land Niedersachsen soll neben der bei der Beseitigung von Kampfmitteln anfallende Kosten, die
41 der Abwehr einer unmittelbaren Gefahr dienen (die Kosten der tatsächlichen Bergung, der Entschär-
42 fung oder Sprengung, des Transports und der Vernichtung eines Kampfmittels) auch erforderliche

1 Vor- und Nebenarbeiten tragen Insbesondere soll hier das Abräumen von Gegenständen sowie deren
2 Wiederherstellung oberhalb des Erdreichs eibegriffen sein. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefor-
3 dert, entsprechende Gesetze anzupassen.

4 **Begründung:**

5 Wenn man als Grundstückseigentümer Kampfmittel auf seinem Grundstück findet, müssen diese
6 Funde sofort angezeigt werde, ansonsten macht man sich strafbar und setzt sich und andere Perso-
7 nen einer hohen Gefahr aus. Zu den Kampfmitteln gehört sämtliche zur Kriegsführung bestimmte
8 Munition, insbesondere Bomben, Minen, Granaten, Spreng- und Zündmittel. Die Zuständigkeit liegt
9 bei der Gemeinde, der Samtgemeinde und der Stadt sowie der nächstgelegenen Polizeidienststelle.

10 Grundsätzlich ergibt sich aus § 7 Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)
11 die Verantwortlichkeit des Grundstückseigentümers. Daher werden die Kosten der Kampfmittelbe-
12 seitigung auf Liegenschaften, die sich im Eigentum des Bundes befinden, auch vom Bund selbst
13 getragen.

14 Bei der Kampfmittelbeseitigung auf nicht bundeseigenen Liegenschaften trägt das Land aus Billig-
15 keitsgründen die Kosten für die Entschärfung, die Bergung, den Transport und die Vernichtung alli-
16 ierter Munition. Die Aufwendungen für ehemals reichseigene Fundmunition werden vom Bund im
17 Rahmen der so genannten Staatspraxis grundsätzlich erstattet.

18 In Niedersachsen muss der Grundstückseigentümer die meisten Aufwendungen bei einer Bom-
19 benentschärfung wie z.B. Erd- und Rück- sowie Wiederaufbauarbeiten aus eigener Tasche zahlen.
20 Das Land übernimmt nur die Kosten für die systematische Luftbildauswertung, für die Entschärfung
21 oder Sprengung einer Bombe sowie für ihren Abtransport und ihre Vernichtung, nicht aber für die
22 Vor- und Nacharbeiten.

23 Viele Kommunen haben jedoch entschieden, den betroffenen Bürgern zumindest nicht die Kosten
24 für vorab erforderliche Sondierungsarbeiten aufzubürden. Dies erfolgt insbesondere im Zuge des
25 derzeit voranschreitenden Breitbandausbaues. Müsste allerdings für eine spätere Bergung zum Bei-
26 spiel eine Pflasterfläche aufgenommen oder gar das Grundwasser im Bereich des Fundortes abge-
27 senkt werden, so zahlt das derzeit der Eigentümer.

28

29 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

30

31

32

33 **I3 Unterbezirk Gifhorn - Stellenausbau der Betroffenenberatung**
34 **Niedersachsen**

35

36 Rechte Gewalt ist leider heutzutage eine bittere Realität in unserem Lebensumfeld. So auch im Bezirk
37 Braunschweig. Dort, wo rechte Gruppen und Kleinstparteien präsent sind und versuchen sie ihr ras-
38 sistisches Gedankengut und ihre antisemitische Weltanschauung zu verbreiten, bleibt es bedauer-
39 licherweise nicht aus, dass Menschen, die sich gegen jene Gruppen und Kleinstparteien richten und
40 sich in Bündnissen, Organisationen und Parteien engagieren, Opfern von rechter Gewalt werden. Dies
41 kann auf eine sehr vielfältige Art und Weise geschehen.

42 Sei es, dass Menschen beleidigt, bedrängt, eingeschüchtert oder sogar zu Opfern physischer Gewalt
43 werden. Es bleiben immer Menschen übrig, die als geschädigte Personen aus der Tat hervorgehen.

1 Um diese Personen nach solch einem Vorfall zu unterstützen, gibt es die Betroffenenberatung Nie-
2 derschachsen, welche eine Beratung und psychische Unterstützung bei Übergriffen für Betroffene an-
3 bietet. Außerdem informiert sie über die rechtlichen Möglichkeiten, die die jeweiligen Betroffenen
4 haben, um gegen solch eine Tat vorzugehen. Des Weiteren helfen sie den Geschädigten während der
5 Gerichtsverhandlung, wenn es zu einer Anklage kommt, in Form einer Prozessbegleitung und unter-
6 stützen die Opfer Wege zu finden, den Prozess zu finanzieren. Selbstverständlich ist das Angebot
7 kostenlos.

8 Konkret ist für den Großraum Braunschweig die Betroffenenberatung „Region Süd-Niederschachsen“
9 zuständig, welche in Hildesheim ansässig ist. Um das dringend nötige Angebot der Betroffenenbera-
10 ratung in unserer Region zu unterstützen, fordern wir deshalb:

- 11 • einen Stellenausbau der Betroffenenberatung, um zu gewährleisten, dass zu jederzeit die Bera-
12 tung von Betroffenen sichergestellt ist.
- 13 • die Einrichtung einer Zweigstelle oder eines zusätzlichen Büros in Braunschweig, um vor Ort in
14 Braunschweig die Möglichkeit zu schaffen, schnell und unmittelbar eine persönliche Beratung
15 anzubieten.

16 **Begründung:**

17 Erfolgt ggf. mündlich.

18

19 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

20 Antragstext neu: Um das dringend nötige Angebot der Betroffenenberatung in unserer Region zu
21 unterstützen, fordern wir deshalb einen Stellenausbau der Betroffenenberatung, um zu gewährleis-
22 ten, dass zu jederzeit die Beratung von Betroffenen sichergestellt ist

23

24

25

26 **I4 Ortsverein Vahrenheide/Sahlkamp - Humanitärer Fonds in Nie-**
27 **dersachsen – Ehrenamtlichen Einsatz in humanitären Krisengebie-**
28 **ten stärken**

29

30 Für ehrenamtliche Hilfseinsätze im Rahmen von humanitären Krisen, etwa durch Krieg oder Natur-
31 katstrophen, wird ein humanitärer Fonds in Niedersachsen errichtet. Arbeitnehmer:innen sind bei
32 Genehmigung des Sonderurlaubes durch ihren Arbeitgeber berechtigt, den Ausfall des Arbeitsent-
33 geltens für die Dauer ihres Hilfseinsatzes durch den humanitären Fond erstatten zu lassen.

34 **Begründung:**

35 Innerhalb weniger Monate haben uns zwei katastrophale Ereignisse erschüttert und in Europa zu
36 tiefgreifenden humanitären Krisen geführt, etwa im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges oder durch
37 das Erdbeben in der Türkei und Syrien mit Abermillionen Geflüchteten und Opfern. In solchen Notla-
38 gen und humanitären Krisen sind die betroffenen Länder auf internationale Hilfe und Solidarität an-
39 gewiesen.

40 Hierbei engagieren sich auch in Niedersachsen Ärztinnen und Ärzte, Mitarbeiter:innen aus den Ret-
41 tungsdiensten oder der Pflege in internationalen Hilfsorganisationen, die in Krisengebieten wichtige
42 Hilfe für notleidende Menschen leisten. Dieses humanitäre bzw. ehrenamtliche Engagement ist der-

1 zeit nur dann möglich, wenn Arbeitnehmer:innen ihren gesetzlich festgeschriebenen Erholungs-
2 laub dafür aufwenden. Regelungen zur Freistellung mit Fortzahlungen des Arbeitsentgeltes bestehen
3 derzeit für das Technische Hilfswerk (THW-Gesetz), nicht aber für ehrenamtliches bzw. humanitäres
4 Engagement mit internationalen Hilfsorganisationen in Krisengebieten.

5 Das Land Niedersachsen errichtet daher einen humanitären Fonds, mit dem die Erstattung des Ar-
6 beitsentgeltes für die Dauer des Hilfeinsatzes ermöglicht wird, bei dem zuvor der Arbeitgeber den
7 Sonderurlaub – und damit die Entbehrung der Arbeitskraft über eine bestimmte Dauer – genehmigt
8 bzw. zugestimmt hat.

9 Mit der Errichtung des humanitären Fonds bekennt sich das Land Niedersachsen zu seiner Verant-
10 wortung in Krisengebieten und ermöglicht es (Fach-)Personal sich in humanitären Krisengebieten
11 zu engagieren, ohne dafür ihren wichtigen Erholungsurlaub aufwenden zu müssen.

12

13 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

14

15

16

17 **15 Jusos Niedersachsen - Krieg' ich deine Nummer?! - Vertrauen in** 18 **die Polizeiarbeit stärken!**

19

20 “Polizeibeamtinnen und -beamte [...] sind für unser Gemeinwesen tragende Stützen” - so steht es in
21 der Norderneyer Erklärung, die Anfang März dieses Jahres von der SPD-Landtagsfraktion beschlossen
22 wurde. Dort wird die besondere gesellschaftliche Rolle der Polizei betont, die auch in der Übertragung
23 des staatlichen Gewaltmonopols Ausdruck findet. Doch diese besondere Rolle führte auch in der jün-
24 geren Vergangenheit öfter zu Konflikten. Vielfach wird von Gewalt durch Einsatzkräfte an Demonst-
25 rant*innen, Besucher*innen von Sportveranstaltungen oder auch gänzlich Unbeteiligten berichtet.
26 Ob es sich um Einzelfälle durch individuelles Fehlverhalten handelt, ist dabei zu oft nicht bekannt.
27 Vielfach lassen sich die Beschuldigungen gegenüber Polizist*innen durch fehlende Identifizierbar-
28 keit der einzelnen Beamt*innen nicht nachverfolgen. Anzeigen gegen Unbekannt verstärken folgend
29 die Tendenz, Einheiten oder die Polizei als Ganzes unter Generalverdacht zu stellen.

30 Schon im Koalitionsvertrag 2013 hat sich die rot-grüne Koalition deshalb auf die Einführung einer
31 individualisierten Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen geeinigt. Eine Umsetzung dieses Ent-
32 schlusses fehlt jedoch bis heute. Durch die im aktuellen Koalitionsvertrag niedergeschriebene Um-
33 setzung der Kennzeichnungspflicht ist der Wille, diese bei geschlossenen Einsätzen der Polizei ein-
34 zuführen, klar erkennbar. Auch von Seiten der Menschenrechtsorganisation Amnesty International
35 wird die Forderung nach der Umsetzung der Kennzeichnungspflicht seit Jahren artikuliert. Amnesty
36 International wirft dem Staat mit der Anonymität der Polizeikräfte einen Eingriff in die Menschen-
37 rechte vor. Dabei nennt die NGO in einem Positionspapier 2018 drei zentrale Gründe für die Kenn-
38 zeichnung der Beamt*innen, die von weiteren Akteur*innen geteilt werden:

- 39 • Die Stärkung der Bürgernähe und der demokratischen Legitimation des Exekutivorgans Polizei
- 40 • Das stärkere Vertrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Polizei
- 41 • Den Schutz vor falschen Anschuldigungen bei Polizeibeamt*innen selbst.

42 Hierbei wird klar, dass die Umsetzung der Kennzeichnungspflicht auch im Interesse der Polizei
43 selbst ist! Die so geschaffene Transparenz und die Personifizierung von Beamt*innen kann somit
44 das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeit der Polizei stärken. Es ist unstrittig, dass dort, wo Men-
45 schen agieren, Fehler auftreten. Dieser Punkt gilt auch für unsere Polizeikräfte. Die gute Ausbildung,

1 die Polizist*innen hier in Niedersachsen erfahren, ist nicht zuletzt auch auf die gute Arbeit der nie-
2 dersächsischen SPD zurückzuführen. Jedoch schützt auch die beste Ausbildung nicht vor Fehlern in
3 der eigenen Arbeitsweise. Individuelles Fehlverhalten kann besser identifiziert und sanktioniert wer-
4 den, wenn durch eine Kennzeichnung das Einstellen von Strafverfahren gegen Polizeikräfte aufgrund
5 einer fehlenden Identifizierung erschwert wird.

6 Durch das Übertragen und Ausüben des staatlichen Gewaltmonopols genießen unsere Polizist*innen
7 großes Vertrauen, aber auch eine hohe Verantwortung. Ein Staat, der transparent und bürgernah ist,
8 muss dieses Handeln nachvollziehbar gestalten und gesetzlich prüfbar machen. Dies gilt insbeson-
9 dere für unsere Demokratie! Denn eins ist unstrittig: Unsere Polizist*innen, die sich an geltendes
10 Recht und Gesetz halten, haben nichts zu verbergen!

11 Mit der bisher nicht umgesetzten Kennzeichnungspflicht steht das Land Niedersachsen aktuell in
12 einer Reihe mit Bundesländern wie Bayern, Sachsen oder auch Nordrhein-Westfalen, wo die unter
13 Rot-Grün eingeführte Kennzeichnungspflicht von der aktuellen schwarz-gelben Regierung wieder ab-
14 geschafft wurde. Niedersachsen schließt sich mit der aktuell nicht umgesetzten Kennzeichnungs-
15 pflicht somit konservativ regierten Bundesländern an. Dies kann nicht unser Anspruch sein! Selbst
16 in Baden-Württemberg wurde eine anonymisierte Kennzeichnung von Polizeikräften zuletzt wieder-
17 eingeführt. Bereits existent ist diese Kennzeichnung in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Meck-
18 lenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Das
19 Land Niedersachsen sollte daher endlich mit gutem Beispiel nachziehen und die Kennzeichnungs-
20 pflicht für Polizeikräfte schnellstmöglich umsetzen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts
21 aus dem Jahr 2022, welches die Rechtmäßigkeit der Kennzeichnungspflicht zuletzt bestätigte, sind
22 auch die letzten rechtlichen Bedenken ausgeräumt. Daher fordern wir

- 23 • die schnelle, konsequente und zeitnahe Umsetzung der im Koalitionsvertrag niedergeschriebe-
24 nen Kennzeichnungspflicht von Polizeikräften in geschlossenen Einsätzen, wie es bereits im
25 Koalitionsvertrag festgelegt ist.

26 Transparenz ist der Schlüssel für eine bürgernahe und vertrauenswürdige Polizei. Dennoch wissen
27 wir momentan sehr wenig über Handlungen und Folgen dieser bei unseren Polizist*innen. Waffen
28 sind im Polizeialltag nur die allerletzte und äußerste Maßnahme, weshalb es einer genauen Kontrolle
29 des Einsatzes bedarf. Doch auch ohne den Einsatz von Waffen oder Schusswaffen kann die Polizei
30 körperlich eingreifen. Über die körperlichen und psychischen Folgen von Verdächtigungen nach Fest-
31 nahme durch die Polizei gibt es bisher kaum Informationen. Für eine bessere Transparenz und eine
32 Aufklärung über die Folgen polizeilichen Einschreitens fordern wir:

- 33 • das Erstellen einer Statistik, inwiefern Folgeschäden (psychisch/physisch) nach Polizeieinsät-
34 zen auftreten, bzw. aufgetreten sind

35 Das Tragen von Bodycams soll die Transparenz der Polizeiarbeit erhöhen und den Einsatz im Nach-
36 hinein nachvollziehbar machen. Außerdem wird die Beweisaufnahme unterstützt. Nach derzeitigen
37 Regeln, schalten die Einsatzkräfte diese Bodycams eigenständig manuell an oder müssen dies nach
38 Aufforderung tun. Ob sie dieser Aufforderung im Zweifelsfall nachkommen, ist fraglich, wenn es um
39 die Angst vor Sanktionierung des eigenen Verhaltens geht. Zum Schutz der Bürger*innen und zur
40 Transparenz des polizeilichen Handelns sollten diese Bodycams im geschlossenen Einsatz dauer-
41 haft aufnehmen. Gleichzeitig müssen diese Aufnahmen zentral gespeichert, von dritten, im besten
42 Fall unabhängigen Organisationen geprüft und in regelmäßigen Abständen gelöscht werden, um
43 dem Grundrecht nach informationeller Selbstbestimmung gerecht zu werden. Um polizeiliches Han-
44 deln nachvollziehbar zu machen und genaue Aufnahmen von Tathergängen zu erhalten, fordern wir:

- 45 • die durchgängige Aufzeichnung von Bodycams, ohne, dass diese durch Polizeikräfte an- und
46 abgeschaltet werden können sowie eine unabhängige Auswertung und Speicherung der Daten

47

48 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

I6 KV Emsland - Vollständige Aufhebung der Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen

Sexualstraftaten an Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen sollen nicht mehr der Verjährung unterliegen, die entsprechenden Verjährungsfristen sind vollständig aufzuheben.

Begründung:

Nach einer Gesetzesänderung im Januar 2015 ruht die Verjährung bei Sexualstraftaten u.a. an Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen nach § 78b StGB bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres des Opfers der Tat, anstatt wie zuvor nur bis zum 21. Lebensjahr.

Das bedeutet, dass die Verjährung bei (beispielsweise) einem sexuellen Missbrauch von Kindern nach § 176 Abs.1 StGB erst zu laufen beginnt, wenn das Opfer 30 Jahre alt geworden ist. Rechnet man nun die 20-jährige Verjährungsfrist hinzu, verjährt die Tat mit dem 50. Geburtstag des Opfers.

Die Gesetzesänderung im Jahr 2015 war eine deutliche Verbesserung der bis dahin geltenden Rechtslage, reicht aber letztendlich nicht aus.

Die Aufdeckung der Missbrauchsfälle innerhalb der katholischen Kirche zeigt ebenso beispielhaft wie erschütternd, dass Opfer sexuellen Missbrauchs in der Regel Jahrzehnte brauchen, um über die schwerwiegenden Taten, die sie im Kindesalter erlitten haben, zu sprechen. Wenn Dinge, die man erlebt hat, nicht mehr aktiv verarbeitet werden können, weil das Kind noch jung ist, ein Missbrauch immer wieder vorkommt, Hilfe und Unterstützung nicht vorhanden sind oder keine altersgemäße Stressverarbeitung möglich ist, dann muss das Erlebte aus der Erinnerung und dem Bewusstsein verdrängt werden.

Missbrauchten Menschen, besonders Kindern und Jugendlichen, fällt es oft schwer, ihre Gefühle zu kontrollieren und in Worte zu fassen. Sie misstrauen anderen, haben eine sehr niedrige Frustrationstoleranz. Und es kann manchmal zu unvorhersehbaren Wutanfällen kommen oder sie richten ihre Wut gegen sich selbst (Haare ausreißen, Verbrennungen zufügen, Haut ritzen). Nicht selten weisen die Biografien der Betroffenen Depressionen, Angstzustände, Suchtkrankheiten bis hin zu Suiziden auf.

Im besten Fall erfolgt die Aufarbeitung der tiefen seelischen und psychischen Verletzungen im Rahmen einer Psychotherapie. Die Opfer des Missbrauchs erkennen, wegen des beschriebenen, unausweichlichen Verdrängungsmechanismus, erst sehr spät, wie groß die Verletzungen waren und wie gravierend sich das Trauma des Erlebten auf das eigene Leben ausgewirkt hat. Aufgrund der Hoffnungslosigkeit der erlittenen Situation wird die Realität umgedeutet und die Person sucht nach Erklärungen, die den Täter von Schuld befreien. Opfer leugnen hier oft die erlebte Gewalt und die eigene Verletzung und geben sich selbst eine Mitverantwortung.

Daraus folgt, dass die notwendige aktive Auseinandersetzung mit dem Missbrauch erst sehr spät einsetzt, häufiger Anlass für den Beginn einer Therapie ist eine akute Belastungsstörung, auch als Nervenzusammenbruch bekannt. Und häufig erkennen die in ihrer Kindheit missbrauchten Personen erst im Laufe dieser Therapie, dass die Schuld einzig beim Täter liegt. Erst am Ende dieses langwierigen, unter Umständen mehrere Jahre dauernden Prozesses ist die betroffene Person gegebenenfalls bereit und in der Lage, den Täter anzuzeigen. Trotz der in 2015 verlängerten Verjährungsfrist für sexuellen Missbrauch ist es dann aber häufig zu spät, um den Missbrauch zur Anzeige zu bringen und den Täter zur Verantwortung zu ziehen. Die Opfer werden bis an ihr Lebensende mit den Folgen des Missbrauchs zu kämpfen haben. Die Täter sollen dem gleichgestellt sein und bis an ihr Lebensende der möglichen Strafverfolgung unterliegen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

17 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - NKomVG novellieren, Fraktionsstärke staffeln

Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, im Zuge der mit Bündnis 90/Die Grünen vereinbarten Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes den § 57 (1) NKomVG dahingehend zu formulieren, dass die Stärke der Fraktionen oder Gruppen in den Vertretungen künftig gestaffelt nach Größe der Vertretung entsprechend der Zahl der Abgeordneten (§ 46 NKomVG) erfolgt.

Begründung:

Während § 46 NKomVG sehr detailliert die Größe der Vertretungen nach der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner staffelt, entbehrt § 57 (1) jeglicher Differenzierung. Die Einführung des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens bei der Novellierung des § 71 NKomVG (Ausschüsse der Vertretung) vor zwei Jahren hat die Landesregierung mit der „verstärkten Fragmentierung der kommunalen Vertretung durch eine Zunahme der jeweils vertretenen Gruppierungen“ begründet wie auch mit der „Tatsache, dass der organisatorische und finanzielle Aufwand für die Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen dadurch steigt“.

Hat die NKomVG-Novelle der genannten „Fragmentierung der kommunalen Vertretung“ bereits durch das neue Verfahren bei der Ausschussbesetzung entgegengewirkt, so ist eine Differenzierung bei der Mindeststärke der Fraktionen entsprechend der Größe der Vertretungen unterblieben, obwohl diese erheblich den „organisatorischen und finanziellen Aufwand“ für die Vertretung und damit für die Kommunen insgesamt deutlich verringern würde.

Vielmehr lähmt die bisherige Regelung, wonach bereits zwei Abgeordnete einer Vertretung unabhängig von der Größe der Vertretung eine Fraktion oder Gruppe bilden können, zunehmend vor allem die größeren kommunalen Vertretungen. Sie erschwert bei der Vielzahl an Fraktionen die Mehrheitsbildung in den Vertretungen und strapaziert die Finanzen der betroffenen Kommunen durch die Zuwächse an Fraktionen, da die Kommunen für die auskömmliche Ausstattung der Fraktionen zu sorgen haben.

Möglich wäre eine Staffelung, die sich an die Geschäftsordnungen des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen Landtages anlehnt, wonach mindestens fünf Prozent der Abgeordneten des Parlaments zur Bildung einer Fraktion notwendig sein.

Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

1 **18 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - Sicherung des kommunalen** 2 **Grundvermögens**

3

4 Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass das Land künftig den Erwerb kommunalen Grund-
5 vermögens bei der Haushaltsgenehmigung der Kommunen nicht mehr im Rahmen der Kreditober-
6 grenzen anrechnen wird.

7 Damit leistet die SPD Niedersachsen einen wesentlichen Beitrag dazu, den Kommunen die Bevorra-
8 tung von Flächen und damit eine aktive(re) Bodenpolitik zu ermöglichen.

9 **Begründung:**

10 Das Grundvermögen der Kommunen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sie vor allem
11 mit Blick auf die Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau, für die Ansiedlung und Entwick-
12 lung von Gewerbe wie auch für die Entwicklung von Freiflächen im Sinne des Klimaschutzes und der
13 Naherholung handlungsfähig bleiben. Deshalb brauchen die Kommunen Flächenvorräte, die ihnen
14 eine aktive Bodenpolitik ermöglichen. Zugleich schaffen Investitionen in Grund und Boden stabile
15 und auf absehbare Zeit wachsende Vermögenswerte.

16

17 **Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

18

19

20

21 **19 OV Gleichen – Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten De-** 22 **mokratie**

23

24 Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie. Bei technisch orientierten Landesbehör-
25 den, insbesondere der NLSTBV, sind die Belange der Bürger*innen nicht Teil ihrer Aufgabe.

26 Das Land Niedersachsen identifiziert Behörden deren Aufgabenstellung keinen direkten Zusammen-
27 hang mit einzelnen Bürger*innen oder Gruppen hat, aber bei Durchführung die Rechte und Lebens-
28 qualität dieser einschränkt bzw. einzuschränken droht. Im nächsten Schritt werden geeignete Maß-
29 nahmen und Methoden (z.B. Antizipation von Konflikten, transparente Moderation u.a.) entwickelt
30 und für die Behörden verbindlich gemacht, um eine zeitgemäße Bürgerorientierung in die behördli-
31 chen Prozesse einzubinden.

32 **Begründung**

33 Nachgeordnete Landesbehörden veranlassen in ihrem Zuständigkeitsbereich Maßnahmen, die für
34 den jeweiligen Umfang eine rechtlich einwandfreie Grundlage haben.

35 Mittelbar sind aber häufig Menschen betroffen, deren Individual- oder Gruppeninteressen in den je-
36 weils geregelten Prozessen keine Berücksichtigung finden. Deutlich wird dies immer wieder am Bei-
37 spiel und Verhalten der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, so jüngst im
38 Raum Gleichen.

39 Sanierungsmaßnahmen an Straßen werden festgelegt und die Umsetzung wird terminiert. Die ein-
40 zige Information für die betroffene Öffentlichkeit ist in der Regel die wenigen Tage vor Beginn der
41 Maßnahme angeordnete Verkehrseinschränkung, in zunehmendem Maß eine Vollsperrung aus ar-
42 beitssicherheitstechnischen Gründen.

43 Die Folge ist Unverständnis und Protest der betroffenen Öffentlichkeit begleitet von der regionalen
44 Presse und protestierenden Trittbrettfahrern. Ein Pressesprecher übernimmt die Kommunikation der

1 Behörde. Die öffentliche Stimmung kippt langsam zulasten der Behörde. Am Sachverhalt und Vorge-
2 hen seitens dieser ändert sich aber nichts. Im Gegenteil wird mit dem Hinweis auf interbehördliche
3 Abstimmung der Sachstand zementiert und der kritische Zugang Betroffener blockiert.

4 Solche auch in stärkerem Maße bei anderen Landesbehörden zu beobachtende Abläufe sind in kei-
5 ner Weise zeitgemäß, sie untergraben vor allem das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in das
6 Handeln des Staates und führen am Ende häufig zu innerlicher Abkehr und Zweifel am demokrati-
7 schen Wesen.

8 Es geht ausdrücklich nicht um neue Bürgerbeteiligungsmodelle, sondern es geht um die die Ent-
9 wicklung von zeitgemäßem bürgernahen Behördenhandeln.

10

11 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

12 Antragstext neu: Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie. Sie müssen sich dabei
13 neuen Herausforderungen stellen und ihre Arbeit hieran ausrichten. Es bedarf einer leistungsstar-
14 ken Mobilitätsbehörde, um diese Herausforderungen für Niedersachsen zu gestalten. Der SPD-Lan-
15 desparteitag begrüßt und unterstützt den Weg der Niedersächsischen Landesregierung, die Nieder-
16 sächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) zu einer Mobilitätsbehörde wei-
17 terzuentwickeln.

18

19

20

21 **I10 OV Vordorf – Lehrgangsangebot für Führungskräfte der Freiwilli-** 22 **gen Feuerwehren ausbauen und stärken**

23

24 Das Lehrgangsangebot für Führungskräfte in den Freiwilligen Feuerwehren soll den Bedarfen ent-
25 sprechend ausgebaut, erweitert und gestärkt werden.

26

27 **Begründung:**

28 Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein essenzielles Fundament für den niedersächsischen Brand-
29 und Katastrophenschutz. Ohne eine kontinuierliche Ausbildung von Führungskräften ist die Einsatz-
30 fähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren nachhaltig beeinträchtigt. Nachwuchskräfte können schlicht-
31 weg nicht nachrücken, da Lehrgangsangebote fehlen.

32 Das Lehrgangsangebot und die Zuteilung von beispielsweise Truppführer, Gruppenführer und Zug-
33 führerlehrgängen an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz ent-
34 spricht keineswegs den Bedarfen der örtlichen Feuerwehren. Hier muss dringend nachgebessert wer-
35 den und das Angebot erweitert werden, damit alle Bedarfe gedeckt werden können. Vielen Ortsbrand-
36 meister:innen sowie Jugend- und Kinderfeuerwehrwart:innen fehlen die erforderlichen Lehrgänge
37 und werden mit Ausnahmegenehmigungen kommissarisch eingesetzt. Dieser Zustand entspricht
38 nicht der Wertschätzung und Förderung sowie der Aufrechterhaltung des Ehrenamtes Feuerwehr.

39

40 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

41

42

43

1 **111 OV Göttingen-Nordost – Änderung der Niedersächsischen Kom-**
2 **munalverfassung: Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirks-**
3 **räten ermöglichen**
4

5 Die Nds. Kommunalverfassung soll ein Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten als
6 Mischform zulassen.

7 Alternativ soll es bei der Einführung von Stadtbezirksräten den Gemeinden und Räten ermöglicht
8 werden, über die Größe und Gestalt der Grenzen von Stadtbezirken frei zu entscheiden.

9 **Begründung:**

10 Die Nds. Kommunalverfassung soll ein Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten in Städ-
11 ten mit mehr als 100.000 Einwohnern*innen als Mischform zulassen. In Niedersachsen ist dies im
12 Unterschied zu anderen Bundesländern bisher nicht möglich.

13 Alternativ soll es bei der Einführung von Stadtbezirksräten den Gemeinden und Räten ermöglicht
14 werden, über die Größe und Gestalt der Grenzen von Stadtbezirken frei zu entscheiden. Dadurch
15 könnten die historisch gewachsenen Grenzen bestehender in der Bevölkerung verankerter Ortsräte
16 in Stadtbezirksräte überführt werden und die bisher nicht durch eine Stadtteilvertretung vertretene
17 Bevölkerung der Kernstädte bekäme ein Sprachrohr durch neue Stadtbezirksräte.

18 In weiten Teilen des Stadtgebietes Göttingen etwa sind für insgesamt 13 Göttinger Ortsteile neun
19 Ortsräte für die Bürger/innen tätig. Die Geschichte der Göttinger Ortsteile und Ortsräte geht auf Ein-
20 gemeindungsprozesse in den Jahren 1964 und 1973 zurück. Ortsräte vertreten die Interessen der Ort-
21 schaft und fördern deren positive Entwicklung innerhalb der Gemeinde.

22 Die Kernstadt Göttingens jedoch mit allein 55.000 Einwohner*innen wird nicht durch Ortsräte ver-
23 treten. Auch diese Einwohner*innen haben das berechnigte Anliegen, ebenfalls durch eine Stadtteil-
24 vertretung repräsentiert zu werden. Nach der derzeitigen Rechtslage in § 90 NKomVG ist es nur mög-
25 lich, die gesamte Stadt flächendeckend in Stadtbezirksräte aufzuteilen. Solche Stadtbezirksräte ha-
26 ben gegenüber den bestehenden Ortsräten sogar den Vorteil, dass sie auch initiativ tätig sein kön-
27 nen.

28 Nach Auffassung des Nds. Innenministeriums müssen aber solche Stadtbezirksräte in etwa gleich
29 groß geschnitten sein. Es ist also bisher nicht möglich, bei der flächendeckenden Einführung von
30 Stadtbezirksräten die historisch gewachsenen Grenzen der bestehenden Ortsräte als Stadtbezirks-
31 räte zu übernehmen.

32 Heute liegen beispielsweise die Einwohnerzahlen von ca. 1.000 Einwohnern im Ortsteil Göttingen-
33 Roringen mit eigenem Ortsrat bis 20.000 Einwohnern in Göttingen-Geismar mit eigenem Ortsrat weit
34 auseinander. Bei einem freien Zuschnitt der Stadtbezirksgrenzen durch den Rat der Stadt könnten
35 die Vorteile beider Systeme berücksichtigt werden. Hierzu ist die Nds. Kommunalverfassung entspre-
36 chend zu ändern.

37 Basisdemokratische Partizipation, Bürgerbeteiligung und Verhinderung von Politikverdrossenheit
38 wird in der aktiven Arbeit der Ortsräte vorgelebt. Bürokratische Regelungen in der Nds. Kommunal-
39 verfassung verhindern jedoch bisher eine notwendige Reform, die neben den bestehenden Ortsräten
40 die übrigen Einwohner*innen der Stadt durch Stadtbezirksräte vertritt. Eine Änderung im § 90
41 NKomVG würde die Vorteile beider Systeme zusammenführen.

42 Die Bürger und Bürgerinnen, die heute in einem Ortsratsgebiet leben, sind politisch privilegiert, da
43 sie ein politisches Sprachrohr haben, über eine Repräsentanz verfügen und über zusätzliche Haus-
44 haltsmittel für ihre Vereinsleben und ihr Gemeindegebiet verfügen. Gleiches Recht wird auch von den
45 Einwohnern und Einwohnerinnen des übrigen Stadtgebietes berechtigterweise eingefordert.

46

47 **Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

1

2

3

4 I12 KV Emsland – Lokale Berichterstattung fördern

5

6 Die lokale Berichterstattung soll durch geeignete Fördermaßnahmen unter Berücksichtigung der un-
7 terschiedlichen Bedürfnisse der diversen medialen Kanäle und Plattformen gestärkt und wiederbe-
8 lebt werden.

9 **Begründung:**

10 Der drastische Rückgang der lokalen Berichterstattung gibt zunehmend Anlass zu Besorgnis. Der
11 Zusammenhang zwischen der Berichterstattung zu örtlichen Ereignissen, Veranstaltungen und
12 kommunalpolitischen Entscheidungen und dem gesellschaftlichen und politischen Engagement
13 der Bürgerinnen und Bürger wird in zahlreichen Studien eindeutig belegt. Neben den drei Kernfunk-
14 tionen Information, Meinungsbildung, Kontrollfunktion, die die Presse in demokratischen Gesell-
15 schaften erfüllt, ordnet die Journalismusforschung insbesondere der Lokalpresse weitere Funktio-
16 nen zu. Darunter nicht zuletzt die Recherche, Aufbereitung und Bereitstellung von lokalen Gescheh-
17 nissen und damit der Schaffung und Stärkung eines sozialen Gefüges beizutragen.

18 Das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Auftrag gegebene Gutachten
19 zur „Situation der Lokalpresse und ihre Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung“ stellt im
20 Rahmen der umfassenden Analyse fest, dass insbesondere der Lokal- und Regionaljournalismus
21 sich in einer sich verschärfenden Krise befindet. Somit wäre zukünftig mit einer zunehmenden
22 Marktkonzentration sowie mit weiteren Einsparungen in den Lokal- und Regionalredaktionen zu
23 rechnen. Diese strukturellen Entwicklungen seien eine Bedrohung für die inhaltliche Vielfalt in der
24 lokalen Berichterstattung.

25 Es steht also zu befürchten, dass nicht nur die Berichterstattung, sondern auch das Engagement der
26 Menschen für ihre und in ihren Gemeinden einem weiteren Niedergang entgegengeht. Unter der all-
27 gemein gültigen, herrschenden Meinung, dass die Kommune die Keimzelle der Demokratie ist, so
28 kann man diese Entwicklung auch als Bedrohung für unsere freiheitlich, demokratische Grundord-
29 nung betrachten, der mit allen Mitteln entgegengewirkt werden muss. Dazu gehört auch die direkte
30 Presseförderung, die gezielt die lokale Berichterstattung adressieren soll. Zwingend muss dabei
31 selbstverständlich beachtet werden, dass die Staatsferne und Unabhängigkeit der Presse durch die
32 Förderung nicht beeinträchtigt werden. Die Förderung soll außerdem plattformneutral sein und in
33 transparenter und differenzierter Form die diversen Erscheinungsformen wie Tageszeitungen, Anzei-
34 genblätter aber auch rein digitale Angebote berücksichtigen.

35 In seiner Rede anlässlich der Medienpolitischen Stunde des 46. Kongresses Deutscher Lokalzeitun-
36 gen am 01. Juni 2022 in Berlin, kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz an, sich im Besonderen für den
37 Schutz des Lokaljournalismus und den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung mit regelmäßig
38 erscheinender Presse einzusetzen. Die zu dem genannten Anlass angekündigte Prüfung, welche För-
39 dermöglichkeiten geeignet und ob ein staatlicher Förderbedarf gerechtfertigt sein könnte, sollte in-
40 zwischen erfolgt sein.

41 Die niedersächsische SPD soll sich an den zu erwartenden Beratungen zur Förderung der qualitäts-
42 vollen, flächendeckenden lokalen Berichterstattung unterstützend und konstruktiv beteiligen und
43 auf die baldige Einführung wirkungsvoller Förderinstrumente hinwirken.

44

45 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

46 Antragstext neu: Die niedersächsische SPD soll sich an den zu erwartenden Beratungen zur Förde-
47 rung der qualitätsvollen, flächendeckenden lokalen Berichterstattung unterstützend und konstruk-
48 tiv beteiligen und auf die baldige Einführung wirkungsvoller Förderinstrumente hinwirken.

1 Der ursprüngliche Antrag fließt in die Begründung.

2

3

4

5 **I13 OV Barnstorf – Hilfsfonds für notleidende gemeinnützige soziale** 6 **Organisationen**

7

8 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für einen Fonds einzusetzen, der notleidende gemein-
9 nützige Organisation mit Liquiditätshilfen unterstützt. In der aktuell angespannten Situation auf
10 dem Fachkräftemarkt, stellen kurzfristige Finanzierungslücken eine Bedrohung für die langfristige
11 Überlebensfähigkeit gemeinnütziger Organisationen dar. Durch den Verlust von hauptamtlichen
12 Mitarbeiter/innen auf Grund von Finanzierungslücken, die aus dem Wechsel von Förderprogrammen
13 oder des Fördermittelgebers resultieren, kann die Organisation als solche in ihrer Existenz bedroht
14 sein.

15 **Begründung**

16 Gemeinnützige soziale Organisationen sind Netzwerke zwischen hilfsbedürftigen Menschen, ehren-
17 amtlich engagierten Unterstützer/innen, Spendengeber/innen und kooperierenden Organisationen.
18 Häufig werden hauptamtliche Mitarbeiter/innen über projektabhängige Mittel finanziert. Laufen
19 diese Projekte aus, droht der Organisation ein Verlust ihrer Funktionsfähigkeit, der im schlimmsten
20 Fall das gesamte soziale Netzwerk zusammenbrechen lässt. Der strukturelle Wert von gemeinnützi-
21 gen Organisationen für die Gesellschaft ist weitaus größer als die Lohnkosten ihrer Mitarbeiter/in-
22 nen und/oder andere laufende Kosten der Organisation. Neben dem allgemeinen gesellschaftlichen
23 Nutzen würden die betroffenen Mitarbeiter/innen von einem gesicherten Arbeitsverhältnis profitie-
24 ren. Der im Antrag genannte Fonds zielt dabei nicht auf eine perspektivlose Unterstützung ab, son-
25 dern soll insbesondere dann helfen, wenn eine zukünftige Finanzierung bereits absehbar gesichert
26 ist. Beispielsweise erhalten die niedersächsischen Krebsberatungsstellen seit 2022 eine finanzielle
27 Unterstützung durch das Land Niedersachsen. Eine finanzielle Lücke, die – trotz Zusage der Gesund-
28 heitsministerkonferenz – wegen fehlender Haushaltsmittel im Jahr 2021 entstanden ist, verursacht
29 für viele Krebsberatungsstellen bis heute eine existenzielle Notlage.

30

31 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

32

33

34

35 **I14 UB Verden – Den 8. Mai als Feiertag anerkennen**

36

37 Der SPD-Landesparteitag begrüßt die Initiative der Landesverbände von SPD und Grünen, die Einfüh-
38 rung eines weiteren Feiertages im Land zu prüfen. Der SPD-Landesparteitag regt an: der 8. Mai, der
39 Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, sollte Feiertag sein.

40 **Begründung:**

41 Demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele Sozialdemokraten, sind in den
42 zwölf Jahren der NS-Diktatur von 1933 bis 1945 von der Gestapo verhaftet, gedemütigt und getötet
43 worden. Diesen Menschen gilt es am Tag der Befreiung zu gedenken und Respekt zu zollen. Im euro-
44 päischen Ausland hat der Tag der Befreiung teilweise einen hohen Stellenwert.

1 Drei geschichtsträchtige Daten stehen für einen weiteren Feiertag in Niedersachsen zur Diskussion
2 und Prüfung. Wie schon vor einigen Jahren spricht sich die Mitgliederversammlung des SPD-Orts-
3 vereins für den 8. Mai, den Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, aus.

4 Auch in der Tschechischen Republik und unserer Partnergemeinde Letovice ist der 8. Mai nationaler
5 Feiertag. Schon seit Jahren wird an diesem Tag in Letovice, gemeinsam mit Sozialdemokraten aus
6 Kirchlinteln und Letovice, der Opfer der NS-Diktatur gedacht. Warum nicht auch in Niedersachsen
7 und Kirchlinteln?

8 Bereits im Januar 2018 sprach sich der SPD-Ortsvereinsvorstand für den 8. Mai als zusätzlichen Fei-
9 ertag aus. Damals wurde argumentiert, dass an diesem Tag im Jahr 1945 die amerikanischen, russi-
10 schen, britischen und französischen Soldaten die zwölfjährige Naziherrschaft im Deutschen
11 Reich und den von den Nationalsozialisten angefachten Zweiten Weltkrieg beendeten.

12

13 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

14

15

16

17 **Partei**

18 **P1 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel – Beschlussmonitoring für** 19 **Parteitagsbeschlüsse**

20

21 Die SPD Niedersachsen

- 22 - wird ein Beschlussmonitoring über die Beschlüsse der Landesparteitage einführen;
- 23 - wird sich auf Bundesebene durch einen entsprechenden Antrag an den Bundesparteitag für ein
24 Beschlussmonitoring von Parteitagsbeschlüssen einsetzen, das für alle Ebenen (Unterbezirke,
25 Bezirke, Landesverbände und Bund) verbindlich ist.

26 Das Beschlussmonitoring führt alle Parteibeschlüsse der jeweiligen Ebene auf und dokumentiert
27 einmal jährlich die Umsetzung der Parteibeschlüsse.

28 Das Beschlussmonitoring ist öffentlich über die jeweilige Homepage der entsprechenden Gliederung
29 einsehbar zu machen.

30 **Begründung:**

31 Die Dokumentation von Parteitagsbeschlüssen ist ein wesentlicher Bestandteil des Berichtswesens
32 der Partei. Bisläng fehlen jedoch sowohl eine durchgängige Dokumentation von Parteitagsbeschlüs-
33 sen als auch eine Dokumentation ihrer Umsetzung. Gerade dies ist aber wesentlich, um die Hand-
34 lungskraft und den Gestaltungswillen der SPD zu dokumentieren und zu demonstrieren.

35 Zudem kann ein Beschlussmonitoring die Entwicklung und Beratung von Anträgen im Vorfeld von
36 Parteitag vereinfachen, da bereits beschlossene und vor allem umgesetzte Anträge dann obsolet
37 werden.

38

39 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Anschaffung von OpenSlides als Antragstool
40 durch den Parteivorstand

1

2

3

4 **P2 OV Göttingen-Ost – Historische Kommission für die niedersäch-** 5 **sische SPD einsetzen**

6 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, eine Historische Kommission einzurichten.

7 Die Kommission sollte folgende Aufgaben wahrnehmen:

- 8 - Entwicklung eines mittelfristigen Programms, das die Geschichte der niedersächsischen SPD
- 9 mit Veranstaltungen und Events vorstellt. Im Mittelpunkt sollte die SPD-Geschichte seit Grün-
- 10 dung des Landes stehen,
- 11 - Vorschläge für Publikationen erarbeiten,
- 12 - Die Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine bei deren Jubiläen beraten.

13

14 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

15 Antragstext neu: Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, die Einrichtung einer Historischen
16 Kommission zu prüfen. Sie könnte beispielsweise folgende Aufgaben bekommen:

- 17 - Entwicklung eines mittelfristigen Programms, das die Geschichte der niedersächsischen SPD
- 18 mit Veranstaltungen und Events vorstellt. Im Mittelpunkt sollte die SPD-Geschichte seit Grün-
- 19 dung des Landes stehen,
- 20 - Vorschläge für Publikationen erarbeiten,
- 21 - Die Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine bei deren Jubiläen beraten.

22

23

24

25 **Soziales & Gesundheit**

26 **SG 1 AfB Niedersachsen - Umsetzung der Kindergrundsicherung**

27

- 28 1. Die SPD Niedersachsen spricht sich für die zügige Umsetzung der Kindergrundsicherung aus.
- 29 2. Die SPD Niedersachsen fordert die bedarfsgerechte Umsetzung des Vorhabens in den Haus-
- 30 haltsverhandlungen im Bund.
- 31 3. Die SPD Niedersachsen hält an flankierenden Maßnahmen fest, die über die Kindergrundsiche-
- 32 rung als reine Zahlungen an die Eltern hinausgehen und Infrastrukturmaßnahmen wie, die
- 33 Schaffung bundesweit guter und beitragsfreier Kitas, kostenlose Ganztagsangebote für Schul-
- 34 kinder und die kostenlose Nutzung von Bus und Bahn für alle Kinder zur Schaffung für mehr
- 35 Chancengleichheit vorsehen.

36 **Begründung:**

37 Die Kindergrundsicherung ist eines der zentralen Projekte, zu denen sich diese Bundesregierung in
38 ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet hat. Sie ist eine Chance sehr viele Kinder aus der Armut zu holen
39 und ihnen die Teilhabe an unserer Gesellschaft und eine gute Zukunft zu ermöglichen.

40 Es ist daher unerträglich dabei zuzusehen, wie Finanzminister Lindner dieses für uns als SPD so
41 zentrale Projekt blockiert und wir an der Basis in eine Erklärungsnot gegenüber unseren Wählerinnen
42 und Wählern, den vielen Eltern in unserem Land, geraten.

1 Als Sozialdemokraten haben wir aber bereits erkannt, dass es mehr braucht als nur die bisherigen
2 Leistungen an Eltern zu bündeln und haben daher ein eigenes, sehr gutes Konzept für die Kinder-
3 grundsicherung vorgelegt, in denen weitere flankierende Maßnahmen benannt werden.

4 Eine gute und beitragsfreie Kita ist hier genauso wichtig, wie ein bundesweiter kostenloser Nahver-
5 kehr für Kinder. Denn wir ermöglichen unseren Kindern nur dann echte Zukunftschancen, wenn wir
6 auch in die Strukturen investieren, in denen sich Kinder außerhalb ihrer Familie aufhalten. Kosten-
7 freie Angebotsstrukturen wie Schulessen, Lernförderung, digitale und analoge Lernmittel und die
8 Teilhabe an den Angeboten von Vereinen und Organisationen im Rahmen des Ganztages geben Kin-
9 dern die Chance, Ideale zu entwickeln, Vorbilder kennen zu lernen, Orientierung zu finden und sich
10 frei zu entfalten.

11

12 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

13

14

15

16 **SG 2 OV Hannover Oststadt/Zoo - Rentenerhöhungen mind. auf dem** 17 **Niveau des Inflationsausgleichs**

18

19 Zur Stärkung der gesetzlichen Rente und des Vertrauens in ihre Kaufkraft soll im SGB VI eine Rege-
20 lung verankert werden mit dem Inhalt, dass die jährlichen Rentenerhöhungen immer mindestens
21 auf dem Niveau der jährlichen Inflation zu erfolgen haben.

22 **Begründung:**

23 Während sich die Inflationsrate im Juli 2021 in Deutschland auf 3,8 % belief und damit auf den
24 höchsten Stand seit Jahrzehnten kletterte, im Jahresvergleich auf rund 3 %, fiel die zum 01.07. jeden
25 Jahres üblicherweise stattfindende Rentenerhöhung im Jahr 2021 für die Rentnerinnen und Rentner
26 in Westdeutschland komplett aus.

27 Für alle betroffenen Rentnerinnen und Rentner bedeutete dieser Ausfall einen erheblichen Verlust
28 der Kaufkraft.

29 Mittlerweile hat die Inflation zwischenzeitlich zweistellige Werte erreicht, mit denen Realrentenver-
30 luste in beträchtlicher Höhe einhergehen. Um konjunkturelle und inflationsbedingte Herausforde-
31 rungen gesellschaftlich nicht auf den Schultern der Rentnerinnen und Rentner abzuladen, ist diese
32 Untergrenze erforderlich.

33 Um in Zukunft sicherzustellen, dass es nicht mehr zu Kaufkraftverlusten hinsichtlich der meist
34 schwer erarbeiteten Renten kommt, bedarf es eines gesetzlichen Anspruchs.

35

36 **Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

37

38

39

40

1 **SG 3 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - Förderung eines Teleneu-** 2 **rologie-Netzwerk-Projektes**

3

4 Die SPD Niedersachsen setzt sich ein für die Förderung eines Projektes eines Niedersachsen-weiten
5 Teleneurologie-Netzwerks zur Sicherstellung der Schlaganfallakutbehandlung in unterversorgten
6 Kreisen und Krankenhäusern Niedersachsens.

7 **Begründung**

8 Der Schlaganfall stellt in Niedersachsen eine der häufigsten Todesursachen und die häufigste Ur-
9 sache von bleibender Behinderung dar. Durch Schlaganfälle kommen auf die Betroffenen wie auch auf
10 unsere Gesellschaft hohe direkte und indirekte Kosten zu. Aktuell besteht für Bürger*innen in vielen
11 Regionen Niedersachsens durch eine fehlende neurologische Expertise zur Behandlung von Schlag-
12 anfällen eine Versorgungslücke.

13 Die Lösung dieses Problems liegt in der Gründung eines landesweiten telemedizinischen Netzwerks
14 der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH). Diese besitzt bereits eine langjährige Expertise in
15 der Anwendung teleneurologischer Konzepte für den Schlaganfallbereich, inklusive Patientenunter-
16 suchung per Videokonferenz rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr. Ziel ist es, die Patienten mehr-
17 heitlich heimatnah weiter zu versorgen. Mit der Teleneurologie als Lotsenfunktion ist es möglich, für
18 schwere Formen des Schlaganfalls eine sofortige Weiterverlegung in ein spezialisiertes Schlagan-
19 fallzentrum bzw. ein sogenanntes neurointerventionelles Zentrum zu gewährleisten, das eine Kom-
20 plexbehandlung durch Intervention und/oder Operation vorhält.

21 Der telemedizinische Lösungsansatz ist nicht nur kostengünstig, sondern passt auch zum Digitali-
22 sierungskonzept des Landes. Bestehende Versorgungsstrukturen, aber auch die aktuellen Be-
23 schlüsse zu den Versorgungskonzepten der Krankenhäuser werden durch kontrollierte Zuweisung
24 nicht nur berücksichtigt, sondern bestärkt. Zur Verwirklichung des Konzeptes und Sicherstellung
25 der Schlaganfallversorgung in allen an der Notfallversorgung des Schlaganfalls teilnehmenden nie-
26 dersächsischen Kliniken wird eine Anschubfinanzierung des Landes sowie die anschließende Über-
27 nahme der durch Zentralisierung verdichteten Personalkosten im Bereitschaftsdienstmodell durch
28 die Krankenkassen benötigt.

29 Zusammenfassend stellt die Teleneurologie eine sichere sowie wenig personalintensive Lösung dar.
30 Aus diesem Grunde soll die SPD Niedersachsen sich für die Förderung dieses Projektes einsetzen.

31

32 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung.

33 Antragstext neu: Die SPD Niedersachsen setzt sich ein für die Schaffung eines niedersachsenweiten
34 Teleneurologie-Netzwerks zur Sicherstellung der Schlaganfallbehandlung, insbesondere in Land-
35 kreisen und Krankenhäusern ohne eigene neurologische Fachabteilung, ein.

36

37

38

39 **SG 4 OV Hannover Kleefeld-Heideviertel - Patientensicherheit ge-** 40 **meinsam systematisch implementieren und kontinuierlich in Nie-** 41 **dersachsen verbessern**

42

43 Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein,

44 1. Patientensicherheit als Disziplin im Gesundheitswesen für Niedersachsen zu deklarieren

- 1 2. eine landesweite abgestimmte Strategie und Ziele zu definieren, zugleich aber eine Anpassung
- 2 an das jeweilige Profil und die jeweilige Expertise der Einrichtungen des Gesundheitswesens zu
- 3 ermöglichen,
- 4 3. die Einrichtungen des Gesundheitswesens bei der Administration und Organisation von Patien-
- 5 tensicherheit zu unterstützen,
- 6 4. für alle Mitarbeitende der Patientensicherheit Qualifikationen sowie die gemeinsame und ge-
- 7 genseitige Beratung und Austausch zu ermöglichen und niederschwellig anzubieten,
- 8 5. und hierbei die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen.

9 **Begründung:**

10 Um die Patientensicherheit in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens in Niedersachsen zu im-
11 plementieren und umzusetzen, soll Patientensicherheit als eigene Disziplin deklariert und in einer
12 landesweiten Strategie hinterlegt werden. Diese Strategie soll an die Profile und Expertisen der Ein-
13 richtungen angepasst sein und die Administration und Organisation von Patientensicherheit unter-
14 stützen. Zur Erhöhung der Patientensicherheit sind entsprechende Qualifikationen für die Beschäf-
15 tigten im Gesundheitswesen anzubieten und die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen.

16 Jede Einrichtung des Gesundheitswesens hat inzwischen unterschiedliche Methoden, Strukturen,
17 Prozesse und Ressourcen zur Patientensicherheit implementiert und leitet verschiedene Aktivitäten
18 zur Verbesserung der Patientensicherheit ein. Hierbei müssen Ressourcen und Aktivitäten optimal
19 abgestimmt sein. Leider fehlt oft eine klare Strategie, und/oder die Methoden, Prozesse sowie Struk-
20 turen werden nicht synergistisch eingesetzt, die verfügbaren Ressourcen nicht optimal genutzt.
21 Auch unterscheiden sich häufig die Qualifikationen der Zuständigen, die Akzeptanz sowie die Durch-
22 dringung der Methoden.

23 Somit wird in Sachen Patientensicherheit viel Aufwand betrieben ohne zielführende Ergebnisse zu
24 erreichen.

25 Mit klarer, gemeinsamer und abgestimmter Strategie und Zielen sowie Koordination der vorhande-
26 nen Strukturen (Abteilungen/Stabsstellen/EDV/Methoden und Instrumente/Mitarbeitende) und Ak-
27 tivitäten der verschiedenen Einrichtungen in Niedersachsen soll ermöglicht werden, ohne großen
28 Mehraufwand einen Mehrwert für die Patientensicherheit der Bürger:innen (Patient:innen, Angehöri-
29 gen, Mitarbeitenden) in der Behandlung zu erreichen.

30 Zwar sind in jeder Klinik Beschwerde-, Qualitäts-, Risikomanagement, Mortalitäts- und Morbiditäts-
31 konferenzen, Qualitätssicherung als Methode bzw. Instrumente auf eigene Motivation oder zur Erfül-
32 lung der gesetzlichen Vorgaben vorhanden, werden aber oft nicht synergetisch eingesetzt, gerade
33 wenn diese nur in einer Zuständigkeit liegen. Qualifikationen für die genannten Methoden fehlen
34 häufig, weil diese kosten- und zeitintensiv sind. Fortbildungen werden oft von privaten Unternehmen
35 (Beratungsfirmen, Kongressveranstalter) und zudem nicht vor Ort und nicht für das Gesundheitswe-
36 sen angeboten (aus anderen Branchen), mit der Folge, dass eine Strategie nicht bekannt ist oder
37 fehlt, weil wenig interne und freiwillige Schulungen stattfinden und das Thema Patientensicherheit
38 von den Mitarbeitenden wenig durchdrungen oder akzeptiert wird. Dazu kommt, dass das gesamte
39 Thema sich nur noch an die Mitarbeitenden des Klinikbereiches richtet, die Mitarbeitenden der Ad-
40 ministration, Technik, Support usw. der Einrichtung kaum oder nicht eingebunden werden. So wird
41 Patientensicherheit zu einer Aufgabe einiger weniger Berufsgruppen und nicht als Aufgabe aller Mit-
42 arbeitenden und der gesamten Einrichtung verstanden und praktiziert.

43 Ein Austausch der Aktivitäten einer Einrichtung mit anderen Einrichtungen findet nur selten statt,
44 so dass andere Einrichtung des Gesundheitswesens kaum profitieren oder davon lernen können.
45 Weil Systemfehler überall ähnlich passieren, die Ursache von vermeidbaren Schäden sind, können
46 diese Fehler mit systemorientierten Lösungen reduziert oder vermieden werden. Dafür ist eine ge-
47 meinsame Strategie, entsprechende Pläne und ein Austausch für Niedersachsen abzustimmen und
48 zu definieren.

49 Letztes Jahr stand weltweit die Patientensicherheit unter dem Thema „Medication Without Harm“.
50 Solche Themen sind ideal, gemeinsam eine Verbesserung zu erarbeiten und die Einrichtungen evtl.
51 sogar Kosten reduzierten.

1 Als Ziel sollte erreicht werden gemeinsam Strategien, Qualifikationen und Austausch in Abstimmung mit dem Ministerium unter einer gemeinsamen Disziplin zu definieren und zu koordinieren.

3

4 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung.

5 Antragstext neu: Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein,

- 6 1. die Patientensicherheit im Gesundheitswesen in Niedersachsen weiter zu stärken
- 7 2. eine landesweite abgestimmte Strategie und Ziele zu definieren, zugleich aber eine Anpassung an das jeweilige Profil und die jeweilige Expertise der Einrichtungen des Gesundheitswesens zu ermöglichen,
- 8 3. die Einrichtungen des Gesundheitswesens bei der Administration und Organisation von Patientensicherheit zu unterstützen,
- 9 4. für alle Mitarbeitende der Patientensicherheit Qualifikationen sowie die gemeinsame und gegenseitige Beratung und Austausch zu ermöglichen und niederschwellig anzubieten,

14

15

16

17 **SG 5 OV Göttingen-Ost - Medizin-Studienplätze erhöhen**

18

19 Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, die Zahl der Studienplätze für Medizin deutlich zu erhöhen.

21 **Begründung**

22 In der Bundesrepublik zeichnet sich ein außerordentlicher Ärztemangel, ab dem nur mit einer Steigerung der Studienplätze begegnet werden kann.

24 Die Vorausschau halten jährlich 5.000 zusätzliche Studienplätze in der Bundesrepublik für notwendig, da sonst ein Ärztemangel vor allem in ländlichen Regionen drohe. Bezogen auf die Größe Niedersachsens müsste die Steigerung ca. 500 Studienplätze jährlich betragen.

27 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung

28 Antragstext neu: Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, die Zahl der Studienplätze für Medizin kontinuierlich zu erhöhen.

30

31

32

33 **Umweltpolitik**

34 **U 1 UB Oldenburg-Land - Möglichkeiten für Kostenbeteiligung von 35 Arzneimittelherstellern für notwendige Reinigungsstufen in Kläranlagen prüfen**

37

38 Die SPD-Fraktionen im Landtag und Bundestag sollen die Möglichkeit prüfen, ob Arzneimittelhersteller künftig an den Kosten der notwendigen zusätzlichen Reinigungsstufen in Kläranlagen beteiligt werden können.

40

1 **Begründung:**

2 Ca. 2/3 der eingenommenen Arzneimittel werden vom Körper wieder ausgeschieden. Damit gelangen
3 Spuren der Medikamente im Abwasser. Technisch lassen sich diese Spurenstoffe in Kläranlagen her-
4 ausfiltern. Allerdings ist das sehr aufwändig und wird nicht durchgehend vollzogen. Vor diesem Hin-
5 tergrund müssen zusätzliche Reinigungsstufen in Kläranlagen eingesetzt werden, was sehr kost-
6 spielig ist. Die privaten Haushalte müssen über die Abwassergebühren die Kosten übernehmen.

7

8 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

9

10

11

12 **Verkehrspolitik**

13 **VP 1 UB Göttingen - Straßenausbaubeiträge abschaffen!**

14

15 In § 111 Abs. 5 Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird ein Verbot für die
16 Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen. Das Land Niedersachsen übernimmt im
17 Rahmen der Konnexität den finanziellen Ausgleich an die Kommunen. Zudem werden die korrele-
18 renden §§ 6b und 6c des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes gestrichen.

19 **Begründung:**

20 Das Thema Straßenausbaubeiträge wird in der Öffentlichkeit vermehrt diskutiert und ist seit zwei
21 Jahren aktueller als je zuvor. In ganz Niedersachsen haben sich diverse Bürgerinitiativen gegründet,
22 die zu Recht sehr aktiv auf die ungerechte Verteilung der Sanierungskosten hinweisen. Straßen wer-
23 den von der Allgemeinheit genutzt und sollten deshalb auch durch diese als Teil der Daseinsfürsorge
24 finanziert werden. Die Finanzierung dieser notwendigen Infrastruktur darf sich nicht auf die an der
25 Straße wohnenden Anlieger*innen beschränken. Sie schaffen und erhalten mit ihren eigenen erspar-
26 ten finanziellen Mitteln kommunales Eigentum.

27 Für Grundstückseigentümer*innen bedeuten die Beiträge eine unverhältnismäßig hohe Belastung,
28 die gerade besonders für junge Familien, Rentner*innen, Gering- oder Alleinverdiener*innen kaum zu
29 finanzieren und der Auslöser für erhebliche finanzielle Schwierigkeiten sind. Junge Familien erwer-
30 ben alte Immobilien, bei denen neben den Kosten für Hauserwerb, Grunderwerbssteuer, Grundsteuer,
31 energetischer Sanierung sowie der notwendigen Renovierung auch noch Straßenausbaubeiträge an-
32 fallen können. Die nicht seltenen existenzbedrohenden Beiträge werden von einem sehr großen Teil
33 der Bürger*innen nicht mehr akzeptiert, auch wenn sie aktuell nicht von Zahlungen betroffen sind.
34 Mittlerweile besitzen knapp die Hälfte der Bürger*innen in Deutschland (47,5 %) ein eigenes Wohn-
35 haus.

36 Die Anzahl an Hausbesitzern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies ist auch
37 ein Resultat des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens und einer entsprechenden Politik. Da
38 das Eigenheim für viele Hausbesitzer oft der einzige Vermögenswert ist, der im Zuge der eigenen
39 Lebensplanung geschaffen worden ist, werden die durch die Straßenausbaubeiträge verursachten
40 hohen Zusatzkosten auch für unsere Wähler*innen zunehmend zu einer Gerechtigkeitsfrage, die wir
41 beantworten müssen. Auch Mieter*innen nutzen täglich die Infrastruktur Straße und parken ihre Au-
42 tos im öffentlichen Raum. Zahlen sollen aber allein Anlieger*innen für Ausbau und Erhalt. Die wie-
43 derkehrenden Beiträge sind von vielen Kommunen nicht umsetzbar, da häufig die Voraussetzungen

1 dafür nicht gegeben sind, Rechtsunsicherheit herrscht und sie mit erheblichem Verwaltungsauf-
2 wand verbunden sind. Eine Erhöhung der Grundsteuer als Ausgleich für das Wegfallen der Straßen-
3 ausbaubeiträge birgt rechtliche Risiken. Auch die Möglichkeit von Stundung und Ratenzahlung kön-
4 nen die generelle Problematik der starken finanziellen Belastung sowie die Ungerechtigkeit nicht
5 beseitigen.

6 Eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung ohne alternative Finanzierung stellt die meis-
7 ten Kommunen vor erhebliche Probleme. Sie sind kaum in der Lage, den kommunalen Anteil zu ge-
8 währleisten, so dass häufig die Infrastruktur Straße in einem schlechten Zustand ist. Die Kommunen
9 müssen in den nächsten Jahren enorme Summen in die Pflichtausgaben Schulen, Kindertagesstät-
10 ten und -krippen, sowie Feuerwehrhäuser investieren. Durch die Corona Pandemie sind die kommu-
11 nalen Einnahmen gesunken, die Ausgaben aber gestiegen. Schwimmbäder hatten kaum Einnahmen,
12 Kita-Beiträge wurden den Eltern erlassen, Steuereinnahmen sind weggebrochen. Um den kommunal-
13 en Straßenausbau dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es langfristiger und verlässlicher Finanze-
14 rungsalternativen vom Land Niedersachsen. Die Kommunen dürfen mit ihren vielfältigen Pflichtauf-
15 gaben nicht allein gelassen werden.

16 Unterstützung findet diese Forderung der Abschaffung der Beiträge von einer Verbände-Allianz, zu
17 der das Landvolk Niedersachsen, Haus & Grund, Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen
18 und der Verband Wohneigentümer Niedersachsen gehören, sowie von unzähligen Bürgerinitiativen
19 im ganzen Land. Die Straßenausbaubeiträge sind bereits in 9 von 16 Bundesländern abgeschafft wor-
20 den. Z.B. haben Im Landkreis Hildesheim von 18 Städten/Gemeinden/ Samtgemeinden 10 die Stra-
21 ßenausbaubeitragssatzung abgeschafft, bzw. hatten noch nie eine. Die derzeitige Rechtslage führt
22 in der Praxis zu der Situation, dass finanzstarke Kommunen auf Beiträge verzichten, finanzschwache
23 dazu nicht in der Lage sind und Grundstückseigentümer*innen weiter belastet werden. Das wird von
24 unseren Genoss*innen als ungerecht und unsolidarisch tituliert. Durch die unterschiedliche Hand-
25 habung der Straßenausbaubeiträge in den Bundesländern, lässt sich – mit Blick auf doch erhebliche
26 Kosten für betroffene Bürger*innen – die Frage stellen, ob auf diese Art und Weise die im Grundgesetz
27 geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland gewahrt

28

29 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Ablehnung des wortgleichen Antrages
30 16/I/2021 LPT 2021

31

32

33

34 **VP 2 OV Göttingen-Geismar - Verpflichtende regelmäßige Erste-** 35 **Hilfe-Kurse für alle Autofahrenden**

36

37 Der SPD Landesverband wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass gesetzlich vorgeschrieben wird,
38 dass alle Autofahrenden regelmäßig einen Erste-Hilfe-Kurs nachweisen müssen, um ihre Fahrerlaub-
39 nis zu behalten. Eine derartige Regelung könnte folgendermaßen aussehen:

40 Alle zehn Jahre muss ein:e Besitzer:in einer Fahrerlaubnis nachweisen, dass sie oder er innerhalb der
41 letzten Jahre mindestens einen Erste-Hilfe-Kurs besucht hat.

42 **Begründung:**

43 Der § 19 der Fahrerlaubnisverordnung verlangt, dass alle Bewerber einer Fahrerlaubnis bzw. eines
44 Führerscheins einen Erste-Hilfe-Kurs über 9 Unterrichtseinheiten zu je 45 Minuten absolviert haben
45 müssen, ansonsten bekommen sie ihren Führerschein nicht ausgehändigt. Da es im Straßenverkehr

1 zu erheblichen Gefahren kommen kann und an den allermeisten Unfällen im Straßenverkehr min-
2 destens ein Auto beteiligt ist, ist das absolut nachvollziehbar.

3 Nicht nachvollziehbar ist allerdings, wieso man davon ausgeht, dass das Wissen um das Leisten von
4 Erste-Hilfe immer noch vorhanden sein soll, wenn bei Autofahrenden der entsprechende Kurs teil-
5 weise mehrere Jahrzehnte her ist. Bei betrieblichen Ersthelfern oder Mitgliedern des Katastrophen-
6 schutzes zum Beispiel wird verlangt, dass sie alle zwei Jahre den Erste-Hilfe-Kurs wiederholen. Das
7 ist auch sinnvoll, weil das Wissen um Erste-Hilfe regelmäßig aufgefrischt werden muss, ansonsten
8 kann man nicht davon ausgehen, dass bei einem Unfall auch wirklich sinnvoll geholfen wird.

9 Von daher, wenn man schon Personen mit Fahrerlaubnis verlangt, einen Erste-Hilfe-Kurs besucht zu
10 haben, so muss man von ihnen auch verlangen, diesen regelmäßig zu wiederholen.

11

12 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung.

13 Antragstext neu: Der SPD Landesverband wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass gesetzlich
14 vorgeschrieben wird, dass alle Autofahrenden regelmäßig einen Erste-Hilfe-Kurs nachweisen müs-
15 sen. Eine derartige Regelung könnte folgendermaßen aussehen:

16 Alle zehn Jahre muss ein:e Besitzer:in einer Fahrerlaubnis nachweisen, dass sie oder er innerhalb
17 der letzten Jahre mindestens einen Erste-Hilfe-Kurs besucht hat. Wird das nicht nachgewiesen,
18 sollte ein Bußgeld festgesetzt werden.

19

20

21

22 **VP 3 Jusos Niedersachsen - Das Land in vollen Zügen genießen: für** 23 **ein 29 Euro Ticket, das inkludiert!** 24

25 Die Nutzung des 49 Euro Tickets zum 1. Mai zu einem grundsätzlich einheitlichen Tarif und auch die
26 vorherige Einigung zwischen Bund und Ländern sind gute und richtige Schritte für die sozialökolo-
27 gische Verkehrswende! Jedoch profitieren noch längst nicht alle Menschen von diesem Deutschland-
28 ticket! Eine sozialökologische Verkehrswende muss für alle gelten und dementsprechend möglich
29 gemacht werden.

30 Deswegen fordern wir:

- 31 • Ein Sozialticket für 29 Euro, ohne Abonnement, das überall, sowohl digital als auch analog er-
32 hältlich ist und niemanden exkludiert!

33 Für viele Menschen mit geringem Einkommen bleibt das Deutschlandticket unbezahlbar. Gerade
34 Menschen mit geringem Einkommen brauchen angesichts der hohen Inflation eine gezielte finanzi-
35 elle Entlastung. Wir unterstützen die Forderung des DGB nach einem Sozialticket für 29 Euro! Neben
36 einer Verkehrswende mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln, ist es ebenso wichtig, dass das ÖPNV-
37 Angebot sozial gerecht ist. Wir fordern ein Deutschlandticket, das flächendeckend und für alle be-
38 zahlbar ist. Damit auch wirklich alle sozial Benachteiligten vom Sozialticket profitieren können,
39 sollte dieses nicht nur digital, sondern auch analog am Automaten oder Schalter und ohne Abonne-
40 ment zu erwerben sein. Denn solange dies nicht der Fall ist, werden weiterhin sozial Benachteiligte
41 vom Ticket ausgeschlossen. Wir brauchen ein Sozialticket, das inkludiert und nicht exkludiert! Das
42 9-Euro-Ticket war ein erster guter Schritt in die richtige Richtung und zeigte, was möglich ist und in
43 Zukunft möglich sein sollte. Mit dem 9-Euro wurden die Bürger*innen kurzfristig von den steigenden

1 Kosten entlastet, was jedoch zu Lasten der Beschäftigten im ÖPNV geschah. Personalmangel, zu we-
2 nige Fahrzeuge und ein überlastetes Schienennetz zeigten schnell die Grenzen des jetzigen ÖPNV-
3 Systems. Infolgedessen heißt dies, dass die Politik aus den erkannten Mängeln des 9-Euro-Tickets
4 lernen muss! Die weiterführende und zukunftsichere Finanzierung des Deutschland Tickets und
5 der Ausbau eines solchen Angebots sind weiterhin strittige Punkte. Sowohl Beschäftigte als auch
6 Fahrgäste dürfen nicht die Leidtragenden für die unklare Finanzierung zwischen Bund und Ländern
7 sein. Die Bundesregierung muss endlich ein Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV be-
8 schließen!

9 Wir fordern außerdem:

- 10 • Eine schnellere Umsetzung des 29 Euro Ticket für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienst-
11 leistende!

12 Das geplante landesweite 29 Euro Ticket als vergünstigtes Deutschlandticket für Schüler*innen,
13 Azubis und Freiwilligendienstleistende einführen zu wollen, ist ein wichtiger und richtiger Schritt,
14 den wir sehr begrüßen! Denn besonders junge Menschen sind auf eine kostengünstige und gute Mo-
15 bilität angewiesen und benötigen gerade im Hinblick auf die steigenden Lebenshaltungskosten die
16 kostengünstige Mobilität so schnell wie möglich. Des Weiteren starten Azubis und Freiwilligen-
17 dienstleistende in der Regel im Sommer eines Jahrs mit der Ausbildung oder dem Freiwilligendienst,
18 daher ist es zu spät, erst im Laufe des Jahres 2024 ein 29 Euro Ticket einzuführen, wenn bereits
19 andere Personengruppen seit Anfang Mai vom 49 Euro Ticket profitieren. Ein 29 Euro Ticket ab dem
20 Sommer dieses Jahrs ist ein gutes und förderndes Angebot für Schüler*innen, Azubis und Freiwilli-
21 gendienstleistende. Gerade junge Menschen mussten in den letzten Jahren vielmals zurückstecken
22 und sollten endlich gleichwertig mit anderen Personengruppen von solch einem fortschrittlichen
23 Ticket profitieren. Auszubildende und Schüler*innen sollten unterstützt und das Engagement von
24 Freiwilligen Dienstleistenden gewürdigt und anerkannt werden! Eine schnell vergünstigte Mobilität
25 wäre also ein erster Schritt zu mehr Wertschätzung und Anerkennung und ein gutes Mittel, um Aus-
26 bildung und Freiwilligendienste attraktiver zu machen.

27 Generell muss bei der Debatte zur bezahlbaren Verkehrswende dringend bedacht werden, dass auch
28 fortwährend mehr Geld in den Ausbau von Streckennetzen, modernen und elektrischen Fahrzeugen,
29 in die Infrastruktur des ÖPNV-Systems und die Personalaufstellung im ÖPNV und in Modernisie-
30 rungsmaßnahmen zur Digitalisierung und Barrierefreiheit fließen muss. Sowohl Bund als auch Län-
31 der müssen langfristig sehr viel mehr Geld in die Stärkung des ÖPNV investieren. Denn klar ist: Kos-
32 tengünstiger, umweltfreundlicher und bezahlbarer Nahverkehr bringt keinem was, wenn es im ÖPNV
33 an Personal mangelt, Züge fehlen und entsprechende Modernisierungsprozesse ausbleiben!

34

35 **Empfehlung der Antragskommission:** Weiterleitung als Material an die Bundes- und Landtags-
36 fraktion

37

38

39

40 **VP 4 Jusos Niedersachsen - Außen grün, innen rot - die SPD kann** 41 **die Verkehrswende schaffen!**

42

43 Die Klimakrise ist die größte lokale wie auch globale Herausforderung unserer Zeit. Mit unserem heu-
44 tigen Handeln entscheiden wir über die Zukunft der Menschheit. Besonders im Verkehrssektor wer-
45 den am laufenden Band die Sektoren Ziele missachtet. Wir können es uns nicht leisten weiter diesen
46 asphaltierten Weg in Richtung Klimakrise zu fahren.

1 Daher fordern wir:

- 2 • **Bau und weitere Planung der Küstenautobahn A20/A26 sind sofort zu stoppen und einzu-**
3 **stellen.**
4 • Kein Bau neuer fossiler Verkehrsinfrastrukturen in Niedersachsen, die durch nachhaltige Infra-
5 struktur ersetzbar sind, sondern eine echte sozialökologische Verkehrswende
6 • Infrastrukturprobleme sind lokal und umweltschonend zu lösen. Lokale Lösungen wirken dort,
7 wo sie gebraucht werden.
8 • Die nahezu fertiggestellte Autobahn von Hamburg nach Stade (A26) ist nach Abschluss der
9 Bauarbeiten als in Betrieb zu nehmen.
10 • Ausbau und Modernisierung der Schieneninfrastruktur, Standard auf Hauptstrecken muss
11 elektrifiziert und mindestens zweigleisig sein. Errichtung neuer Güterumschlagplätze sowie
12 Ertüchtigung stillgelegter Bahnstrecken.

13 Klimaschutz, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind die wichtigsten Themen für die soziale Gerech-
14 tigkeit der jungen und zukünftigen Generationen. Die SPD muss deshalb Vorreiter für Klimagerech-
15 tigkeit sein. Die Planung und Umsetzung einer sozialökologischen Verkehrswende ist Aufgabe der
16 Sozialdemokratie. Wir sind alle gleichermaßen betroffen und müssen in der Debatte um nachhaltige
17 Verkehrskonzepte und im Kampf für Klimagerechtigkeit unsere Standpunkte setzen und durchset-
18 zen.

19 Die geplante Autobahn A20 ist ein aus der Zeit gefallenes Projekt. Sie ist weder verkehrs- noch wirt-
20 schafts- und finanzpolitisch sinnvoll. Dies haben mehrere Studien bestätigt.

21 Die Infrastrukturprobleme in der Region sind nicht zu leugnen, eine zusätzliche Autobahn ist aber
22 die falsche Lösung. Die Ursache liegt nicht an fehlenden Straßen, sondern im Straßengüterverkehr,
23 der eigentlich auf der Schiene stattfinden müsste. Wer sich in der Region öfter mit dem Auto bewegt
24 weiß, dass das Problem nicht in der Abwesenheit der Straßen liegt, sondern vielmehr an der Anwe-
25 senheit zahlloser LKW. Diese verlangsamen den Verkehr und machen gleichzeitig Überholmanöver
26 besonders gefährlich; ein Phänomen, das im Übrigen auch im Gebiet des geplanten Ausbaus der A39
27 zu beobachten ist. Daraus den Schluss zu ziehen, man brauche mehr Straßen, ist ökonomisch wie
28 ökologisch zu kurz gedacht. Die Lösung liegt vielmehr in der Schieneninfrastruktur. Diese ist sowohl
29 im Bau als auch im Betrieb umweltfreundlicher und kostengünstiger. Je näher die Ware ihrem Zielort
30 per Schiene kommt, desto besser ist dies auch für die Fahrsicherheit und -geschwindigkeit auf den
31 Straßen.

32 In den meisten größeren Ortschaften fahren viele Autos. In Bremervörde sind z. B. 86 Prozent des
33 Verkehrs Ziel- und Quellverkehr. Der meiste Verkehr in Orten wie Bremervörde entsteht, weil Men-
34 schen in diese Orte hinein- oder aus ihnen hinausfahren wollen. Sie fahren zur Arbeit, zum Einkaufen
35 oder nach Hause. Deshalb heißt der Verkehr, den sie erzeugen, „Ziel- und Quellverkehr“. Die Menschen
36 würden trotz der A 20 nach Bremervörde hinein- oder aus Bremervörde hinausfahren. Die A 20 wird
37 Bremervörde daher kaum entlasten. Die vorhandenen Straßen im Planungsraum der A 20 können
38 den Autoverkehr jetzt und in Zukunft aufnehmen. Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist der Bau der A20
39 als Fehler zu benennen. Eine Autobahn rechnet sich erst ab 18.000 Fahrzeugen am Tag. So viele Fahr-
40 zeuge werden sicherlich aber auch in Zukunft auf den vorhandenen Straßen im Planungsraum der
41 A20 nicht unterwegs sein. Das hat das Bundesverkehrsministerium in den Berechnungen für den
42 Bundesverkehrswegeplan 2030 festgestellt. Mit der A 28 und der ausgebauten A 1 gibt es bereits eine
43 leistungsfähige Ost-West-Verbindung, welche durch zahlreiche Bundesstraßen ergänzt wird.

44 Wir fordern daher

- 45 • vielmehr lokale Lösungen zu bauen, wo sie nötig sind, wie beispielsweise kleinräumige Ortsum-
46 gehungen

47 Wir wollen ein Niedersachsen des Fortschritts. Schon heute aber auch in Zukunft bietet die Nord-
48 seeküste mit ihrem Potential an OffShore-Energie und dem perspektivisch für den Import von grün-
49 em Wasserstoff genutzten LNG-Terminal in Wilhelmshaven einen idealen Standort für die klima-

1 neutrale Industrie. Klimaneutrale Produktion funktioniert jedoch nur mit einem schlüssigen Ge-
2 samtkonzept. Dazu gehört ganz zentral auch klimaneutrale Güterlogistik und die wird es mittelfris-
3 tzig schlichtweg nicht auf der Straße geben. Wir als Sozialdemokrat*innen denken Verkehrspolitik
4 mit Maß und Vernunft. Wir wollen eine sozialgerechte und klimaneutrale Verkehrsinfrastruktur, die
5 den Bedürfnissen der Region und der Menschen gerecht wird. Dort wo es möglich ist, in den urbanen
6 Zentren, aber auch in ländlicher Lage, müssen wir wegkommen vom motorisierten Individualverkehr
7 und öffentliche Mobilität stärken und schaffen. Stichworte sind hier: Fahrradstraßen, zuverlässiger
8 ÖPNV mit enger Taktung, Car-Sharing Konzepte und der Ausbau von Park&Ride Parkplätzen.

9 Die Inbetriebnahme nahezu fertiggestellter Bauabschnitte, wie etwa der Autobahn 26, bekräftigen
10 wir aufgrund des Baufortschrittes hingegen.

11 Eine starke Schiene bringt die Menschen zusammen. Die Bahninfrastruktur muss massiv gestärkt
12 werden, denn nur so kann die Verkehrswende gelingen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel ge-
13 setzt, die Fahrgastzahlen der Bahninfrastruktur bis 2030, gegenüber 2018, zu verdoppeln. Dies kann
14 nur geschehen, wenn die Infrastruktur massiv ausgebaut wird. Gerade Personen im ländlichen Raum
15 werden von einer Reaktivierung der stillgelegten Strecken und Bahnhöfe profitieren und einen
16 schnellen und zuverlässigen Anschluss an die Ballungszentren bekommen. Auch für die Wirtschaft
17 unseres Landes ist die Reaktivierung sinnvoll. Eine Bahnstrecke erhöht die Qualität eines Wirt-
18 schaftsstandortes und schafft wirtschaftlichen Aufschwung für die Region. An einigen Stellen des
19 Niedersächsischen Bahnnetzes gibt es Ausbaubedarf. Hierzu wollen wir einen neuen Standard etab-
20 lieren: Hauptstrecken müssen elektrifiziert und mindestens zweigleisig sein. Besonders stark fre-
21 quentierte Hauptstrecken müssen dementsprechend mehrgleisig sein. Hier ist als Beispiel die Stre-
22 cke Hamburg-Bremen zu nennen. Der Ausbau von Hauptstrecken betrifft in besonderem Maße die
23 Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg zu einer zweigleisigen, elektrifizierten Fernverkehrsstrecke, so-
24 wie den Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Leer zu einer zweigleisigen Fernverkehrsstrecke.

25 Lasst uns gemeinsam die sozialökologische Verkehrswende anpacken!

26

27 **Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

28

29

30

31 **VP 5 OV Hannover Oststadt/Zoo - Besteuerung hochklimaschädli-** 32 **cher Privatflüge**

33

34 Privatflüge mit unter 10 mitfliegenden Personen werden mit einer hohen Sondersteuer belegt, die
35 den Umstieg auf den Schienenverkehr erleichtert.

36 **Begründung:**

37 Dem Vernehmen nach fanden in Deutschland im Jahr 2022 rund 94.000 Privatflüge statt, von denen
38 über 80 % eine Entfernung von unter 500 km zurücklegten und sich alle deutlich klimaschädlicher
39 auswirkten als die Nutzung der Bahn oder des Autos. Ein Privatflug soll einen so hohen CO²-Fußab-
40 druck haben wie eine durchschnittliche Privatperson in einem halben Jahr.

41

42 **Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion**

43

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

VP 6 OV Georgsmarienhütte - Kommunales Förderprogramm für den Ausbau der schnellen Ladeinfrastruktur im kommunalen Bereich

Für den Ausbau der schnellen Ladeinfrastruktur für e-Fahrzeuge im kommunalen Bereich soll ein kommunales Förderprogramm geschaffen werden.

Begründung:

Für die Mobilitätswende hin zu klimafreundlichem Individualverkehr ist eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur eine Grundvoraussetzung.

Die Zulassungszahlen der rein batteriebetriebenen Fahrzeuge (BEV) seit 2020 sprechen eine deutliche Sprache, dass die Elektromobilität immer mehr Fahrt aufnimmt (2020: 194.163; 2021: 355.961 und in 2022: 366.267 Neuzulassungen in Deutschland).

Bislang ist die E-Mobilität hauptsächlich auf Eigenheimbesitzer ausgerichtet, da diese die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, ob sie an ihrem Haus eine Wallbox installieren.

Der Großteil der Bevölkerung wohnt jedoch in Mietshäusern zur Miete, wovon sehr viele vor 1990 gebaut wurden und deren Elektroinstallationen nicht dafür geeignet sind, Wallboxen zu installieren (dezentrale Stromzähler und Schaltkästen) und z. T. steht nicht jeder Mietpartei ein eigener Pkw-Stellplatz zur Verfügung.

Damit also der Großteil der Bevölkerung bei der Mobilitätswende hin zur Elektromobilität mitgenommen werden kann, müssen öffentliche Schnellladepunkte (sog. DC-Ladesäulen) in den einzelnen Städten und Stadtteilen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen.

Da die Kommunen und Städte bei dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden dürfen, soll die nds. Landesregierung ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung.

Überschrift neu: Förderung schneller Ladeinfrastruktur für Mehrfamilienhäuser verbessern

Antragstext neu: Für den Ausbau der schnellen Ladeinfrastruktur für e-Fahrzeuge sollen Förderprogramme mit Fokus auf Mehrfamilienhäuser geschaffen werden.

VP 7 OV Gleichen – Kommunale Selbstverwaltung - Das Recht auf Anordnung von Verkehrsregelungen

Das Recht auf Anordnung von Verkehrsregelungen (z.B. Tempo 30, Fußgängerüberweg, Radwegführung) für innerörtliche Durchgangsstraßen ins besonders im ländlichen Raum ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung (§ 1 NKomVG).

1 **Begründung:**

2 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich außerhalb der Kommunalparlamente immer stärker für ih-
3 ren Lebensraum. Dabei gibt es sehr häufig inhaltlichen Konsens mit der örtlichen Kommunalpolitik,
4 aber die Umsetzung scheitert an übergeordneten Regeln und Entscheidungen. Das widerspricht ei-
5 ner modernen Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, deren Spielraum heutigen Ansprü-
6 chen angemessen erweitert werden muss.

7 Ein hochgradig aktuelles Thema in diesen Komplex ist die innerörtliche Verkehrsregelung, die unbe-
8 dingt Teil der kommunalen Selbstverwaltung sein muss. Kommunale Politik ist näher am Bürger als
9 jede andere Form verfasster politischer Arbeit. Dazu gehört heute auch die bürgernahe Entschei-
10 dungsebene. Verkehrsschauen sind in der bisherigen Form nicht mehr das zeitgemäße Instrument
11 Entscheidungen zu treffen.

12 Temporeduzierungen im Innerortsbereich zum Lärmschutz und für die Sicherheit von Fußgängern,
13 Radfahrern und spielenden Kindern sind Gegenstand müssen auf die kommunale Entscheidungs-
14 ebene. Kommunen sind in der Lage die überörtliche Gesetzeslage, StVO etc., in eigener Kompetenz
15 einzubinden.

16 Verkehrsminister Olaf Lies hat angekündigt, dass es mehr Möglichkeiten für die Festsetzung von
17 Tempo 30 geben soll, wenn diese Anordnung auch für den Autofahrer nachvollziehbar ist. Dies ist ein
18 wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

19 Wir bitten die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend zu ändern. Dies stärkt die Kommunen
20 und damit die Interessenwahrnehmung Vor-Ort, übergeordnete Entscheidungswege werden redu-
21 ziert und die Gestaltungsmöglichkeit zur Entwicklung zu mehr Lebendigkeit, Lebensqualität und
22 Nachhaltigkeit gefördert.

23

24 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung.

25 Antragstext neu: Temporeduzierungen im Innerortsbereich zum Lärmschutz und für die Sicherheit
26 von Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrenden und spielenden Kindern müssen auf die kom-
27 munale Entscheidungsebene. Kommunen sind in der Lage die überörtliche Gesetzeslage, StVO etc.,
28 in eigener Kompetenz einzubinden.

29 Der Landesparteitag unterstützt daher die Initiativen der Landesregierung für mehr Entscheidungs-
30 freiheit bei Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Bundestagsfraktion wird gebeten, entsprechende
31 Initiativen aufzugreifen und die Anpassung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften voranzutrei-
32 ben

33

34

35

MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG:



